

Bauwesen und öffentliche Einrichtungen

Die Agenden des Bauwesens sowie die öffentlichen Einrichtungen waren in drei Geschäftsgruppen zusammengefaßt, die je unter der Leitung eines Amtsführenden Stadtrates standen. Diese drei Geschäftsgruppen umfaßten 21 Magistratsabteilungen, deren Tätigkeit von der Stadtbauamtsdirektion koordiniert wurde.

Stadtbauamtsdirektion

Der Dienstaufsicht der Stadtbauamtsdirektion unterstanden am 31. Dezember 1970 insgesamt 8.037 technische Bedienstete, 1.483 Saisonarbeiter und 552 Bedienstete des Verwaltungsdienstes. Während der Sommermonate waren im technischen Dienst überdies 25 inländische Feriapraktikanten beschäftigt.

Als Dienstaufsichtsstelle für das technische Personal hatte die Stadtbauamtsdirektion im Jahre 1970 insgesamt 20.783 Dienststücke allgemeiner und individueller Natur zu behandeln oder an ihrer Erledigung entscheidend mitzuwirken. Außerdem beantragte sie bei der Magistratsdirektion für Bedienstete, die ihrer Dienstaufsicht unterstanden, die Genehmigung von 255 Dienstreisen im Inland und von 236 Dienstreisen in das Ausland. Für diese Dienstreisen sowie für die 1.974 von der Magistratsdirektion routinemäßig genehmigten Inlandsdienstreisen überprüfte sie die formellen Erfordernisse und die Reisekostenrechnungen. Nach deren Genehmigung leitete sie diese dem Besoldungsamt zur Anweisung zu. Von den 3.500 vorgeschriebenen Theater-, Reserve- und Permanenzdiensten wurden 2.850 verrechnet.

Infolge der regen Bautätigkeit der Stadt Wien konnte während des ganzen Jahres 1970 auf den städtischen Baustellen eine große Anzahl von Arbeitskräften beschäftigt werden, wie die folgende Aufstellung zeigt:

Monate	Im Durchschnitt beschäftigte Arbeitskräfte		
	insgesamt	im Hochbau	im Tiefbau
Jänner bis März	10.450	8.828	1.622
April bis September	12.765	10.023	2.742
Oktober	12.565	9.955	2.610
November	12.855	10.185	2.670
Dezember	12.050	9.607	2.443

Um die Winterarbeitslosigkeit im Baugewerbe zu bekämpfen, wurden mit erheblichem finanziellem Aufwand wie in den Vorjahren alle nötigen Vorkehrungen getroffen, damit die Bauarbeiten auch in den Wintermonaten fortgeführt werden konnten. Den Erfolg dieser Maßnahme bestätigt die Zahl der Arbeitskräfte, die in den Wintermonaten auf städtischen Baustellen Arbeit fanden:

Jahr und Monate	Im Durchschnitt im Winter 1969/70 beschäftigte Arbeitskräfte		
	insgesamt	im Hochbau	im Tiefbau
1969			
Dezember	11.363	9.781	1.582
1970			
Jänner	9.931	8.477	1.454
Februar	10.621	8.944	1.677
März	10.912	9.142	1.770
Dezember	12.050	9.607	2.443

Allein beim U-Bahnbau, auf der Baustelle Karlsplatz, konnten während der Wintermonate bis zu 170 Arbeitskräfte beschäftigt werden.

Die Auftragslage war im Jahre 1970 im Wiener Baugewerbe besonders gut. Außerordentlich günstig war die Entwicklung auf dem Tiefbausektor.

Die schon im Jahre 1969 aufgenommene Projektsteuerung für das U-Bahn-Grundnetz hat sich im Jahre 1970 durch die Terminplanungsarbeiten für die in Kürze beginnenden Arbeiten an neuen Baulosen wesentlich erweitert. Diese Terminplanungen und Koordinierungen erstreckten sich zu Jahresende, mit Ausnahme der Baulose Reumannplatz und Praterstern, auf die gesamte Linie U 1, die Anschlußstellen der Linien U 2 und U 4 sowie auf die Probestrecke und den Betriebsbahnhof. Es konnten dadurch die Bauabläufe transparent gemacht und wahrscheinlich auftretende Engpässe rechtzeitig erkannt werden. Im Bauvorhaben Großfeldsiedlung wurden dank der intensiv fortgeführten Projektbearbeitung die zeitlichen Zusammenhänge zwischen Wohnhaus- und Folgebauten aufgezeigt und Lösungen der aufgetretenen Probleme, wie etwa Termine für die Fertigstellung von Schulen und

Kindergärten, vorgeschlagen. Ebenso wurden die Termine des Projekts für die „WIG 74“ wegen neuerer Entscheidungen, zum Beispiel über Hochbauten, überprüft. Es hatte sich nämlich gezeigt, daß dadurch der Endtermin nicht hätte eingehalten werden können. Die Koordinierung der Arbeiten an dem Projekt „Ringleitung Süd“ der Wiener Wasserwerke konnte im Frühjahr 1970 beendet werden, da diese nahezu abgeschlossen waren. Bei der im Jänner 1970 aufgenommenen Überprüfung des Projekts „Großgrünmarkt Wien-Inzersdorf“ waren einige Widersprüche im logischen Ablauf der Arbeiten entdeckt und behoben worden; die Durchführung des Projekts wurde sodann im Sommer 1970 einem Generalunternehmer übergeben.

Die im Jahre 1969 begonnene grundsätzliche Ablaufplanung wurde durch eine Menge neuer Erkenntnisse und Gesichtspunkte stark erweitert und im Detail verbessert. Gegen Ende des Jahres 1970 wurde ein „Grundsatz-Ablaufplan“ im wesentlichen fertiggestellt. In diesem wurde geklärt, wie der systematische Ablauf der Planung und der Entscheidungen zu erfolgen hat, so daß bei der Bearbeitung neuer Projekte danach vorgegangen werden kann. Im Herbst 1970 wurde als wichtige Ergänzung zur rein zeitlichen Projektsteuerung eine für die Durchführung mit Hilfe eines Computers geeignete Kostenrechnung erarbeitet, die auch die Zusammenhänge zwischen Termin- und Budgetplanung deutlich macht. Bei dieser werden die Kosten eines jeden Vorganges linear auf seine Dauer aufgeteilt und zu den errechneten Vorgangsterminen ausgedruckt. Die Kosten verschiedener Vorgänge desselben Zeitraumes werden addiert, womit sich der Gesamtkostenbedarf im jeweiligen Zeitraum ergibt. Mittels dieser Kostenrechnung ist auch eine Budgetberechnung möglich. Sie erlaubt nämlich, durch zeitliche Verschiebung der Projekte die Kosten in den gewünschten Zeiträumen den Erfordernissen anzugleichen und eine optimale Auslastung des Budgets zu ermitteln.

Für die Erstellung von Netzplänen wurden ebenfalls einige Verbesserungen gefunden. So wurden die Computerdrucke verkleinert und auch die Handhabung wurde vereinfacht, wodurch das erforderliche Berichtswesen erleichtert wurde. Zu ihrem Verständnis haben Erklärungen und Vorträge sowie die in den Vorbereitungskursen für die Dienstprüfungen gebrachten Erläuterungen wesentlich beigetragen.

Wie in früheren Jahren wurden die Dienststellen des Stadtbauamtes in Preisangelegenheiten unterstützt und im Verdingungswesen beraten. Oftmals legten sie Ausschreibungsergebnisse zur Prüfung auf die Preisangemessenheit des Bestbieters vor oder nahmen bei Rücktritten von Billigstbietern die Intervention der Stadtbauamtsdirektion in Anspruch. In einigen Fällen konnten die Rücktrittserklärungen im Verhandlungswege rückgängig gemacht werden. Vereinzelt wurden Angebote, die unter dem durchschnittlichen Preisniveau lagen, festgestellt und ausgeschrieben. Unzulänglichkeiten in den Ausschreibungen kamen kaum vor. Würden aber solche festgestellt, wurde den Abteilungen eine Neuausschreibung vorgeschlagen.

Schwierige Angebote bei freihändigen Vergaben, darunter solche, bei denen weder ausreichende Erfahrungswerte noch Gegenofferte vorlagen, mußten überprüft werden; dabei konnten manchmal große wirtschaftliche und finanzielle Erfolge erzielt werden. Auch bei der Überprüfung der Honorarangebote der Ziviltechniker aller Fachrichtungen, mit Ausnahme der Architekten, wurden Einsparungen erreicht. Selbst Verhandlungen, bei denen es den Abteilungen des Stadtbauamtes oder der Preisprüfungskommission nicht gelang, das Einvernehmen herzustellen, wurden zu einem positiven Abschluß gebracht. Weiters wurde die Stadtbauamtsdirektion wiederholt in Fragen der Bauzeit, bei Pönalen, diversen Umrechnungen, Lohnerhöhungen, Indexberechnungen und bei Vertragsauslegungen zu Rate gezogen. Die in Form von 4 Verständigungen mit einem Umfang von insgesamt 167 Seiten an die Stadtbauamtsabteilungen herausgegebenen Weisungen in Baupreisangelegenheiten wurden von einer großen Anzahl von amtlichen und halbamtlichen nichtstädtischen Stellen zu Informationszwecken bezogen. Außerdem wurden in Preisangelegenheiten mit den Innungen und Berufsvertretungen Besprechungen und Verhandlungen gepflogen. Bei Änderungen von Kollektivverträgen wurde für den kleinen Ausschuß der öffentlichen Auftraggeber die Erhöhung der Prozentsätze als Grundlage für die Verhandlungen im Bundesministerium für Finanzen zwischen den Vertretern der Auftraggeber und der Auftragnehmer errechnet. Preisänderungen von Baustoffen wurden nach Rücksprache mit der Paritätischen Kommission festgelegt.

Ferner wurden in die Normenausschüsse sachverständige Mitarbeiter als Vertreter der Stadt Wien entsendet, desgleichen in die „Große Preisprüfungskommission“ des Allgemeinen Krankenhauses. Auch in der Arbeitsgemeinschaft Österreichisches Standardleistungsbuch wurde an der Erstellung dieses Werkes mitgearbeitet. Vorträge in den Vorbereitungskursen für die Prüfungen für den Staatsbaudienst und den höheren technischen Dienst sowie für die Dienstprüfungen der technischen Bediensteten der Verwendungsgruppen C und D machten die jungen Beamten mit den Problemen des Normen- und Verdingungswesens sowie der Bauspreisprüfung vertraut. Schließlich wurden noch Leistungsverzeichnisse, Materialanalysen, Drucksorten und ähnliche Behelfe für den technischen Dienst ausgearbeitet oder auf die Zweckmäßigkeit und Richtigkeit der Textierung geprüft.

Im allgemeinen war im Jahre 1970 der Arbeitsanfall in Preisangelegenheiten wesentlich größer als im Vorjahr. Allein bei Bearbeitung von 480 schriftlichen Interventionensuchen konnten rund 5,160.000 Schilling erspart werden. Die durch telefonische Rücksprachen und mündliche Verhandlungen ersparten Beträge konnten zahlenmäßig nicht erfaßt werden, waren aber bedeutend.

Ferner wurden auch im Jahre 1970 Berufsbefähigungsprüfungen für Angehörige der Baugewerbe und Bau- und Nebengewerbe abgehalten. Zu diesen zugelassen wurden 355 Kandidaten, doch traten von diesen nur 291 zu den Prüfungen an; 189 bestanden ihre Berufsbefähigungsprüfung mit Erfolg und erlangten damit die grundsätzliche Voraussetzung für die selbständige Berufsausübung.

Wichtige Anliegen der Stadtbauamtsdirektion sind die Bekämpfung von Lärm sowie die Reinhaltung von Luft und Wasser. Der Baulärm wird von der Bevölkerung als besonders unangenehm empfunden, doch bestehen

zu seiner Bekämpfung noch keine gesetzlichen Handhaben. Das Stadtbaumeisteramt ist bemüht, wenigstens auf städtischen Baustellen diesen Lärm in erträglichen Grenzen zu halten. Deshalb wurde im Frühjahr 1970 auf der riesigen Baustelle am Karlsplatz eine Vorführung schalldämpfender Baugeräte veranlaßt, bei der die Öffentlichkeit, besonders aber die Bauunternehmer, Gelegenheit hatten, sich über die neuesten am Markt befindlichen Geräte zu informieren. Die inzwischen allgemein verwendeten Ausschreibungsunterlagen, die Vorkehrungen gegen den Baulärm vorsehen, wurden als Muster für Ausschreibungen der öffentlichen Hand auch außerhalb Wiens anerkannt. Überdies verlängert die Stadt Wien Arbeitsverträge mit Firmen nur dann, wenn sich diese verpflichten, lärmarme Baugeräte einzusetzen.

Die vor zwei Jahren begonnene Einrichtung eines Luftmeßstellennetzes wurde im Jahre 1970 erweitert. Nuncmehr wird die Luft an zahlreichen Meßpunkten kontinuierlich oder stichprobenweise auf den Gehalt an Schwefeldioxyd, Staub und Kohlenmonoxyd untersucht. Die Meßergebnisse lassen erkennen, daß zunächst Maßnahmen gegen den Hausbrand, aber auch Vorkehrungen auf dem Brennstoffsektor überhaupt notwendig sein werden.

Die Reinhaltung der Gewässer wurde in Zusammenarbeit mit der Magistratsabteilung für Brücken- und Wasserbau intensiviert.

Um der Forderung nach Bekämpfung der erwähnten Umweltschädigungen besser Nachdruck verleihen zu können, arbeiteten Vertreter der Stadt Wien in verschiedenen Gremien, die sich damit befassen, mit. Die Ergebnisse ihrer Tagungen wurden vielfach als Empfehlungen den interessierten Stellen des Wiener Magistrats mitgeteilt. Schließlich wurden Klagen, die schriftlich oder mündlich an die Stadtverwaltung, ja sogar an den Bürgermeister selbst oder an Amtsführende Stadträte herangetragen wurden, einzeln geprüft. In vielen Fällen konnten Ratschläge erteilt oder für Abhilfe gesorgt werden.

Architektur

Im Jahre 1970 wurden hauptsächlich Entwürfe und Pläne für städtische Wohn- und Nutzbauten ausgearbeitet. Daneben wurden private Bauherren bei ihren Planungsprojekten beraten. 169 größere und kleinere Projekte wurden von städtischen Architekten bearbeitet, 326 Aufträge, die 104 Nutzbau- und 97 Wohnbauprojekte betrafen, wurden an freischaffende Architekten vergeben. Bei 74 Arbeiten an 37 Projekten handelte es sich um Neuvergaben. Ferner wurden Pläne für 97 Wohnbauvorhaben entworfen, durch die 20.973 Wohnungen geschaffen werden sollen. Bei 34 Bauvorhaben für 6.739 Wohnungen wurde die architektonische Gestaltung festgelegt, bei 19 weiteren für 6.757 Wohnungen wurde bereits die Detailplanung vorgenommen, und 20 Bauvorhaben für 3.304 Wohnungen waren so weit gediehen, daß um die Baubewilligung eingereicht oder mit dem Bau begonnen werden konnte. Ferner wurden Entwürfe für 24 Bauvorhaben angefertigt, durch die 4.173 Wohnungen entstehen sollen; diese Arbeiten wurden bereits für das Bauprogramm 1971 gemacht.

Die reibungslose Abwicklung von Bauprogrammen erforderte ebenso wie die Vorarbeit für künftige Bauvorhaben eine entsprechende Vorbereitung. Es waren jeweils etliche Besprechungen abzuhalten, um die Arbeiten, die von verschiedenen Abteilungen durchzuführen waren, zu koordinieren, wie etwa dann, wenn Zentralheizungen, Einstellplätze, Lokale oder Betriebsräume für Bundes- wie für städtische Dienststellen einzuplanen waren.

Von städtischen Architekten wurden neben der Planung von 589 Wohnungen, deren Ausführung in einer Fertigteilbauweise vorgesehen war, vor allem Projekte bearbeitet, bei denen der Arbeitsaufwand wegen der Schwierigkeit der Planung im vorhinein kaum abschätzbar war, ferner Abänderungen und Zusatzplanungen. Weiters wurden von diesen alle Planungen für die Aus- oder Umgestaltung, Renovierung und Adaptierung von Amtshäusern, Spitälern, Schulen, Heimen und anderen Zweckbauten besorgt. Hierbei waren nicht nur genaue Detailplanungen vorzunehmen, sondern auch die ausführenden und liefernden Firmen ständig zu beaufsichtigen, so daß diese Arbeiten einen großen Zeitaufwand erforderten.

Eines der wesentlichsten und umfangreichsten Aufgabengebiete ist die Stadtbildpflege. Es sind nämlich alle privaten Bauvorhaben, die eine Baubewilligung erfordern, auf ihre architektonische Wirkung im Stadtbild hin zu begutachten. Im Jahre 1970 wurden annähernd 6.000 private Bauführer beraten, wobei 5.486 Gutachten schriftlich abgegeben wurden.

Ferner wurden, um den Wohnwert zu erhöhen, für Wohnbauten neue Grundrißlösungen erarbeitet, die tiefere Baukörper vorsehen. Dadurch wird die Bebauungsform verdichtet und ein Maximum an Wirtschaftlichkeit erreicht. Umfangreiche Mitarbeit erforderten auch Lösungen für große und langfristige Baumaßnahmen, wie die Errichtung von Versorgungsanlagen und Märkten. Für Schulen und Kindertagesheime wurden Prototypen für die serienmäßige Herstellung geschaffen. Es wurden aber auch Unterlagen für Wettbewerbe erstellt, die Projekte für die Ausgestaltung der U-Bahn-Stationen, die Neugestaltung des Rathausplatzes und des Sommerbades auf der Hohen Warte sowie für schlüsselfertige Wohnungen erbringen sollten, oder die Wettbewerbe selbst durchgeführt. Weiters wurde an Studien über die Probleme „Schulraum—Wohnraum“, „Wohnungen für Körperbehinderte“, „einschienige Energieversorgung“, „Terrassenhaus — ein geplantes Demonstrativbauvorhaben“ und „Garagenbau im kommunalen Wohnbau“ mitgewirkt. Eine ebenso umfangreiche wie verantwortungsvolle Tätigkeit war die Mitarbeit in der Spitalsplanungskommission. Anlässlich der Vergabe von Planungen an freischaffende Architekten waren überdies Vertragsverhandlungen zu führen, Honorarberechnungen vorzunehmen oder Honorare nach der neuen Gebührenordnung für Architekten neu zu berechnen. Diese Gebührenordnung ist auf Grund des Ingenieurkammergesetzes, BGBl. Nr. 71/1969, und einer Vereinbarung der Stadt Wien mit der Ingenieurkammer für Wien, Niederösterreich und das Burgenland vom 24. Februar 1970 anzuwenden. Die

Mitarbeit an der Altstadterhaltung umfaßte Verhandlungen mit Bundesdienststellen wegen der Assanierungsmaßnahmen und der Instandsetzung historischer Objekte.

Bei der künstlerischen Ausgestaltung städtischer Wohn- und Nutzbauten gelangten 169 Arbeiten der bildenden Kunst zur Ausführung. 217 Arbeiten wurden neu vergeben.

Im einzelnen wurden im Jahre 1970 die Planungsarbeiten für die nachstehend angeführten Projekte aufgenommen:

Wohnbauten

- 2, Zirkusgasse 1—5 —Große Mohrengasse 12—16
- 3, Seidlgasse 10—Kegelgasse 17
- 5, Gartengasse 10/12—Castelligasse 3
Schönbrunner Straße 17/19—Franzengasse 7/9
Spengergasse 30/32—Bacherplatz
- 10, Per Albin Hansson-Siedlung Ost, Bauteile V und VI
- 12, Am Schöpfwerk
Oswaldgasse—Liebenstraße
Hetzendorfer Straße 98—104
Ignazgasse 21—27
- 13, Speisinger Straße 100
- 14, Linzer Straße 253—255 (Erweiterung)
Salisstraße—Pachmannngasse
- 15, Sechshauser Straße 51
Pillergasse—Hofmoklgasse
Talasse 2
- 19, Heiligenstädter Straße 327—331
- 21, Großfeldsiedlung, Bauteile IV, V, VIa und VIb
- 22, östlich Ziegelhofstraße—Äußere Neurissen—Quadenstraße
- 23, Breitenfurter Straße 360—368
Breitenfurter Straße 555—557
Breitenfurter Straße—Gräfin Zichy-Straße
Wiener Flur

Schulen

- 2, Vorgartenstraße—Meiereistraße
- 9, Lichtentaler Gasse—Marktasse—Salzergasse
- 10, Ada Christen-Gasse 14 (Erweiterung)
Per Albin Hansson-Siedlung-Ost IIa
- 11, Mühlsangergasse
Weißböcksiedlung—Lorystraße (Erweiterung)
- 14, Karl Toldt-Weg
- 21, Großfeldsiedlung III, Ia und IIIa
Schloßhofer Straße, Ausbildungszentrum für Sozialberufe
Tetmajergasse, Zweiter Schulverkehrsgarten
- 22, Steinbrechergasse
Siebeckstraße 14, Berufsschule für Gärtner
- 23, Steinergerasse—Canavesegasse

Kindertageshime

- 2, Vorgartenstraße—Meiereistraße
- 10, Raxstraße—Gubriegelstraße
- 11, Mühlsangergasse
- 14, Karl Toldt-Weg
- 16, Johann Staud-Straße
- 17, Anton Haidl-Gasse
Lorenz Bayer-Platz
- 20, Spielmannngasse
- 21, Autokaderstraße
- 22, Ziegelhofstraße
- 23, Marktgemeindegasse

Erholungsheime

- 10, Laaer Berg-Straße 145, Tageserholungsstätte

- 18, Scheibenbergstraße, Zentralkinderheim (Ausbau)
- 23, Oelzelpark, Jugendherberge
- Vorder-Hainbach, Jugenderholungsheim
- Aflenz, Kindererholungsheim

Sportplätze (Spielplätze)

- 13, Wastlgasse, Kinderspielplatz
- 21, Berlagasse, Kinderspielplatz
- Großfeldsiedlung, Eisbahn
- 22, Plankenmaisstraße, Spielplatz

Bäder

- 11, Sommerbad Simmering
- 13, Hallenbad Hietzing
- 14, Sommerbad Hütteldorf
- 15, Stadthallenbad
- 17, Jörgerbad (Erweiterung)
- 21, Sommerbad Großfeldsiedlung
- 22, Ziegelhofstraße, Badeseen
- 23, Höpflerbad

Krankenhäuser

- 3, Rudolfstiftung (Isotopenstation, Vordach beim Haupteingang)
- 7, Sophienspital (Umbau der Stationen B und D)
- 9, Poliklinik (Fassade der Herzstation)
- Allgemeines Krankenhaus (Orthopädische Klinik im 9. Hof)
- Karolinen-Kinderspital
- 10, Franz Joseph-Spital (Krankenpflegeschule, Umbau des Pavillons G, Zubau für Garage, Aufzugseinbauten für die Stationen D und die chirurgische Abteilung)
- 10, Preyer'sches Kinderspital (Röntgenzubau)
- 13, Krankenhaus Lainz (Umbau der gynäkologischen Abteilung, Mehrzweckaufzüge für die Pavillons IIb, VI und VII)
- Neurologisches Krankenhaus Rosenhügel (Erweiterung des Röntgeninstituts, Tagräume in den Pavillons A und B, Aufzugseinbauten im Küchengebäude)
- 14, Lungenheilstätte Baumgartner Höhe (Umbau der Zentralröntgenstation, Zubauten in den Pavillons Wienerwald und Karlshaus, Möblierungspläne für den Pavillon Leopold)
- Psychiatrisches Krankenhaus Baumgartner Höhe (Umbauten in den Pavillons 4, 5, 16 und 21 sowie in der Wäscherei)
- 15, Elisabeth-Spital (Pavillon I)
- 16, Wilhelminenspital (Krankenpflegeschule, Röntgeninstitut, Sauerstoffzentrale, Portierloge)
- 18, Frauenklinik Gersthof (Gymnastikraum)
- 22, Krankenhaus Ost
- 23, Altersspital Süd

Altersheime

- 13, Lainz (Umbau der Leichenhalle, Adaptierung der Pavillons XIII und XVII, Fassade des Pavillons VI, Aufzug im Pavillon I)
- 14, Baumgarten (Aufbau eines 5. Stockwerkes im Pavillon II, Transportöffnung im Kesselhaus, Aufzug im Pavillon I)
- St. Rochus-Heim
- 19, Maria Theresien-Schlößl (Eingangsvorbau)
- 23, Liesing (Erweiterung der Diensträume)
- Klosterneuburg, Agnesheim
- St. Andrä an der Traisen (Ausgestaltung des Anstaltgartens)

Amtshäuser

- 1, Volksgartenstraße 1—3, Hansenstraße 3 (Adaptierung und Fenstererneuerung, WC-Anlagen, Aufzug)
- Schottenring 22—24 (Instandsetzungsarbeiten)
- Wipplingerstraße 6—8 (Instandsetzung des Gemeinderatssaales und des Bezirks-Gesundheitsamtes, Einrichtungs- und Möblierungspläne für verschiedene Dienststellen)
- Rathaus (Instandsetzung von Teilen des Ganges, des Festsaales und des Süd-Buffets sowie von Räumen der Stadtbibliothek und anderer Dienststellen, Möblierungsentwürfe, Entwürfe für Wandverbauten)

- Bartensteingasse 9—Rathausstraße 2 (Adaptierung der Räume einer Privatwohnung als Diensträume, Änderung der Raumeinteilung im 1. Stock, Dachbodenausbau, Stellplätze im Hof, Möblierungspläne)
 Rathausstraße 9 (Pläne für Raumaufteilung)
 Ebendorferstraße 1 (Vorentwurfs- und Kostenpläne für den Umbau von Diensträumen, WC und Eßraum)
 2, Karmelitergasse 9 (Beleuchtungskörper für den Festsaal)
 3, Karl Borromäus-Platz 3 (Fassaden- und Platzgestaltung, WC-Gruppen)
 4, Favoritenstraße 18 (Flugdach für Pkw-Abstellplätze)
 5, Einsiedlergasse 2 (Zentralheizungsanlage, Garage, Dachdeckung)
 6, Amerlingstraße 11 (Möblierungsplan für Bezirksvorstehung, Portierloge, Auswechslung des Haustores)
 Grabnergasse 6
 7, Hermannngasse 24 (Festsaalbeleuchtung, Einrichtung einer Portierloge)
 9, Währinger Straße 39 und 43 (Fassadeninstandsetzung)
 10, Laxenburger Straße 43—47 (Beleuchtung des Festsaales und der Garderobe, Vorhänge)
 11, Enkplatz 2 (Portierloge)
 12, Schönbrunner Straße 259 (Instandsetzung des Sitzungssaales der Bezirksvorstehung, des Festsaales und der Vorräume, Entwurf für Beleuchtungskörper und Vorhänge)
 13, Hietzinger Kai 1 (Einbau eines Personenaufzugs)
 Trauttmansdorffgasse (Verlegung des Bezirksgerichtes)
 16, Richard Wagner-Platz 19 (Instandsetzung der Räume des Fürsorgeamtes der Bezirksvorstehung, des Windfanges und der Haustore)
 17, Lienfeldergasse 96 (Instandsetzung des Saales und der Kassenanlage)
 18, Martinstraße 100 (Einrichtungsvorschläge für Bezirksvorstehungsräume und Anbringung einer Gedenktafel)
 20, Brigittaplatz 10 (Beleuchtung des Stiegenhauses)
 23, Perchtoldsdorfer Straße 2 (Festsaalbeleuchtung)

Betriebsgebäude

- 14, Guldengasse 2, Werkstättegebäude der Wasserwerke (Tank an der Treibstoffanlage)
 Hackinger Straße 3, Diensträume des Kanalbetriebes (Adaptierung)
 16, Flötzersteig 12, Müllverbrennungsanlage (Kühlturm)
 Hasnerstraße 123, Bäckerei (Zubau, Tiefkühlanlage)
 17, Lidlgasse 5, Hauptwerkstätte des Fuhrwerksbetriebes (Garderobe und Waschraum, Hofüberdachung)
 22, Waldrebgasse, Betriebslokal des Kanalbetriebes

Heime

- 3, Arsenalstraße 9—Gänsbachergasse (Zubau für Frauenheim)
 12, Kastanienallee 2, Obdachlosenheim (Umbau)
 20, Wasnergasse 33, Lehrlingsheim (Raumeinteilungspläne)
 20, Meldemannstraße, Städtische Herberge für Obdachlose (Adaptierung und Renovierung)

Feuerwachen

- 16, Johann Staud-Straße 75 (Pfeilerauswechslung)
 22, Süßenbrunner Platz, Freiwillige Feuerwehr

Volksheime, Bezirkszentren

- 8, Schmidgasse 18, Kulturzentrum Josefstadt (Vorprojekt, Einrichtung)
 10, Per Albin Hansson-Siedlung, Stockholmer Platz, Volksheim und Sozialzentrum
 15, Schwendergasse 39—43, Haus der Begegnung (Tiefgarage und Pkw-Stellplätze)
 17, Bezirkszentrum Hernals (Tiefgarage)
 21, Großfeldsiedlung, Haus der Begegnung (Fassadenplan, Vorentwurf)
 22, Bezirkszentrum Kagran (Tiefgarage)
 Volksheim Kaisermühlen (WC-Gruppe)
 23, Liesing, Haus der Begegnung (Raumprogrammänderung)

Museen

- 13, Hermes-Villa (Umbau, Bau einer Trafo-Anlage)
 19, Probusgasse 6, Beethoven-Haus (Renovierung)
 Döblinger Hauptstraße 9, Heimatmuseum (Instandsetzung des Stiegengeländers und der Türen)
 21, Prager Straße 33, Heimatmuseum (Instandsetzung)

Sonstige Planungen

- 1, Dr. Karl Lueger-Ring 10 (Umbau von Räumen als Diensträume)

- 2, Mehrzweckhalle für Information der Messebesucher (Neuplanung, Vorentwurf)
Prater, Rustenschacher Allee (Atelier für Prof. *Wotruba*)
- 3, Schweizer Garten, städtische Gastwirtschaft (Studie für Neubau und Erweiterung, Einreichpläne)
- 6, Lehargasse 5, Theater an der Wien (Abstellplatz für Müllgefäße)
- 8, Alser Straße—Landesgerichtsstraße, Landesgerichtsgebäude (Arkadierung, Variante 1 und 2)
- 13, Auhof, Forsthaus
Jaunerstraße, Gaststätte Napoleonwald (Sitzpläne)
- 19, Heiligenstädter Straße 82, Mutterberatung (Auffahrtsrampe)
Himmelstraße 115, Ausflugsrestaurant „Bellevue“ (Instandsetzung des Personalaufenthaltsraumes und des Daches)
Wehr Nußdorf (Umbau)
- 20, Adalbert Stifter-Straße—Jägerstraße 89—95, Tankstelle und Palettengarage
- 21, Schnellbahnhaltestelle Leopoldau (Straßenunterführung unter der Nordbahn)
- 22, Kagraner Platz 33, Städtische Gastwirtschaft (Instandsetzung und Umbau, Ausbau des Obergeschosses, Umbau des 1. Stockwerkes)
Erzherzog Karl-Straße, Unterführung Ostbahn (Ausgestaltung des Lüftungsturmes)

Kirchen, Denkmäler, Brunnen

- 1, Wipplingerstraße 8, Salvatorkapelle (Renovierung)
- 2, Große Pfarrgasse 15, Pfarrkirche St. Leopold (Instandsetzung)
- 6, Theobaldgasse, Tiertränkebrunnen (Renovierung)
- 16, Ottakringer Straße—Montleartstraße—Kantnerpark (Nischengitter)
- 23, Endresstraße (Abtragung der Kapelle)
Rudolf Waisenhorn-Gasse—Dreiständegasse, Bildstock (Instandsetzung)

WC-Anlagen

- 1, Neuer Markt
- 2, Straße des Ersten Mai, Parkplatz vor dem Riesenrad
Obere Augartenstraße—Taborstraße—Blumauergasse, Parkanlage
- 3, Modenapark
- 10, Arthaberplatz—Laxenburger Straße, Parkanlage
- 13, Auer-Welsbach-Park
- 17, Neuwaldegger Straße 13, Parkanlage
Schwarzenbergpark
- 18, Schubertpark
- 20, Leipziger Straße—Klosterneuburger Straße, Parkanlage
Brigittenufer Lände gegenüber Gerhardusgasse, Parkanlage
- 21, Jedleseer Aupark
- 23, Mauer, Rathauspark

Städtische Wohnhausneubauten

Zu Beginn des Jahres 1970 waren rund 9.400 Wohnungen im Bau; von diesen wurden etwa 4.600 bis Jahresende fertiggestellt. Da im Laufe des Jahres mit der Errichtung von ca. 4.700 Wohnungen begonnen worden war, wurde Ende Dezember am Bau von rund 9.500 Wohnungen gearbeitet. Ungefähr die Hälfte dieser Wohnungen wird in Fertigteilbauweise errichtet.

Ein großer Teil dieser Wohnbauten konzentrierte sich auf drei Gebiete, die großzügig bebaut werden. In der Per Albin Hansson-Siedlung waren zu Jahresende rund 2.000 Wohnungen auszuführen. Bis zu diesem Zeitpunkt wurde im Südosten von Wien die Anlage 11, Mitterweg, bis auf einen Erweiterungsbau fertiggestellt, desgleichen der erste Bauteil der Anlage 11, Thürndlhofstraße, und die Arbeit an einem weiteren Bauteil dieser Wohnhausanlage aufgenommen. Außerdem wurde ebenfalls im 11. Bezirk mit dem Bau einer großen Wohnhausanlage in der Mühlisangergasse begonnen, so daß dort um die Jahreswende 1970/71 an insgesamt 1.500 Wohnungen gebaut wurde. Das dritte große Baugebiet war die Großfeldsiedlung im 21. Bezirk. Hier sind zu den bereits fertiggestellten rund 1.800 Wohnungen etwa 700 weitere dazugekommen; rund 1.800 neu begonnene Wohnungen ergaben zusammen mit den im Jahre 1969 nicht fertiggestellten Ende Dezember 1970 etwa 2.300 Wohnungen, die noch zu vollenden waren.

Wegen ihrer Widmung hervorzuheben sind drei Wohnbauten, für die der Baubeginn ebenfalls in dieses Jahr fiel. Es sind dies Personalwohnhäuser im 3., 14. und 15. Bezirk. Als notwendige Folgeeinrichtungen zu den Wohnhausbauten wurde eine Reihe von Räumlichkeiten für Kindertagesheime, Mutterberatungsstellen, Post- und Polizeidienststellen, Dienststellen der Gebietskrankenkasse, städtische Betriebe, eine Rettungsstation, ferner für Ordinationen und Geschäfte gebaut. Mit der Übergabe von zwei Wohnhauswiederaufbauten mit zusammen 78 Wohnungen wurden die Bauführungen mit Mitteln des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds abgeschlossen.

Die Fülle der Bauarbeiten zwang dazu, die damit verbundenen Verwaltungsarbeiten zu vereinfachen. Die zeit-

aufwendige Abrechnung der Bauarbeiten durch qualifiziertes technisches Personal wurde auf Baustellen, auf denen dies mit Rücksicht auf die bauausführenden Firmen möglich war, durch eine elektronische, maschinelle Abrechnung der Baumassen ersetzt. Ebenso wird in Zukunft mittels einer Buchungsmaschine, die in der für die Verrechnung der Wohnhausbauten zuständigen Buchhaltungsabteilung in Betrieb genommen wurde, an Stelle des sonst zu führenden Kassabuches ein Tageskontoauszug erstellt, durch den sich auch die monatliche Abstimmung mit der Buchhaltung erübrigt. Bei einer Bauführung wird neuerdings versucht, die Termine der Bauarbeiten an Hand eines Netzplanes zu überwachen. In einem Vorgangsknotennetz wurden 460 Vorgänge technologisch gereiht und mit Zeitschätzungen versehen. In Abständen von 6 bis 8 Wochen erfolgt eine Computerauswertung des Netzes. Damit erhält man jeweils nicht nur einen aktuellen Bauzeitenplan, sondern auch eine verbesserte Aussage über den zu erwartenden Endtermin. Dieses moderne Planungsmittel ist demnach gegenüber den herkömmlichen Methoden aussagefähiger.

Eine Anzahl technischer Verbesserungen und Neuerungen ist ebenfalls erwähnenswert. Es wird zum Beispiel besonderer Wert auf einen erhöhten Wärme- und Schallschutz gelegt, wie er in der geplanten Novellierung der Bauordnung vorgeschrieben werden soll. Bei Wohnhausbauten werden deshalb Außenmauern hergestellt, deren Dämmung einer 51 cm starken Normformat-Ziegelmauer gleichkommt. Fallweise wird bei extremer Lage wegen des Wärmeschutzes überdies der Rat eines Bauphysikers eingeholt. Weiters sollen, um die Luftverunreinigung durch Einzelofenheizung zu vermindern und auch kleine Bauvorhaben den zeitgemäßen Anforderungen anzupassen, künftighin die Wohnungen solcher Bauten mittels Gasetagenheizungen mit Standgeräten für die Heizung oder mit Hängegeräten zwecks gemeinsamer Warmwasserbereitung für Heizung, Küche und Bad ausgestattet werden. Um das Problem der Rohrführung für die Warmwasserbereitung innerhalb der Wohnungen zu vereinfachen, wurde ein Verlegesystem mit Vierkantrohren an Stelle der Sesselleisten über dem Fußboden versuchsweise ausgeführt. Es soll damit eine günstige Fußbodenkonstruktion erreicht und Bauhöhe eingespart werden. Diese Art der Rohrführung ist für den nachträglichen Einbau in bereits bestehende Wohnungen sehr geeignet. Ferner soll ein Neubau von geringerem Ausmaß erstmals einschiengig mit Strom versorgt werden. Die nötigen Vorarbeiten werden, um eine wirtschaftlich und betrieblich optimale Lösung zu erzielen, gemeinsam mit einem Institut für Schall- und Wärmetechnik durchgeführt. Es wurden auch einige Verbesserungen der Elektro- und Sanitärinstallation vorgenommen, die geeignet sind, den Standard der Wohnungen zu heben.

Die Suche nach einer guten und verhältnismäßig preiswerten Ausführung von Außenwandelementen und Fenstern wurde fortgesetzt. Die Eignung der gefundenen Neukonstruktionen sowie die Qualitätskontrolle der Produkte wird am Prüfstand der Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien durchgeführt. Da es der gegenwärtige rasche wissenschaftliche und technische Fortschritt den praktisch tätigen Bauschaffenden unmöglich macht, die Errungenschaften größerer Fachgebiete des Bauens stets zu überblicken, dem städtischen Bauwesen aber die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse dienstbar gemacht werden sollen, wurde schon seit längerem enger Kontakt mit der Bauforschung aufgenommen und diese mit einer Reihe von Forschungsarbeiten beauftragt.

Bauliche Ersatzvornahmen, technische Begutachtung von Darlehensanträgen

Die Baupolizei beantragte im Jahre 1970, wegen Schäden an Gebäuden in 36 Fällen notstandspolizeiliche Maßnahmen und in 508 Fällen Ersatzvornahmen anzuordnen. Bei den Ersatzvornahmen handelte es sich um wesentlich umfangreichere Arbeiten als im Vorjahr, weil die Baupolizei die Instandsetzung von großen Gassenschaufflächen, Dachkonstruktionen und Dacheindeckungen vorgeschrieben hatte. Allerdings erübrigte sich die angedrohte Ersatzvornahme in einem großen Teil der Fälle, weil die Hauseigentümer die Arbeiten selbst durchführen ließen. Für 392 Ersatzvornahmeanträge, über die von der Magistratsabteilung für administrative Bau-, Elektrizitäts-, Eisenbahn- und Luftfahrtangelegenheiten zu entscheiden war, wurden Kostenschätzungen vorgenommen, die eine geschätzte Kostensumme von 22,644.300 S ergaben. 75 dieser Ersatzvornahmen wurden zugestimmt, 28 mußten tatsächlich durchgeführt werden. Auch 29 notstandspolizeiliche Maßnahmen wurden ausgeführt. Die Kosten der Arbeiten waren in 2 Fällen vom Gemeinderat, in 5 weiteren vom Gemeinderatsausschuß für baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten und in 7 Fällen vom Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe für baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten zu genehmigen; in 33 Fällen fiel die Genehmigung in die Kompetenz des Leiters der Magistratsabteilung für technische Prüfung, bauliche Ersatzvornahmen und technische Amtsgutachten über private Wohnbauten. Für die angeordneten Maßnahmen wurden 24 Vollstreckungsverfügungen erlassen, zur Hereinbringung der Kosten von notstandspolizeilichen Maßnahmen, einschließlich von solchen der Feuerwehr, 162 und von Ersatzvornahmen 9 Kostenbescheide mit einer Kostensumme von 1,333.146 S.

Über die wirtschaftliche Zumutbarkeit von Instandsetzungsarbeiten an privaten Wohngebäuden wurden 369 Gutachten ausgearbeitet, in 79 Fällen entschieden „Dreierkommissionen“ über diese. Die Gutachten bilden die Grundlage für die Erteilung von Abtragungsaufträgen, die zu erlassen weitaus häufiger beantragt wurde als im Vorjahr. Gründe hierfür sind der Mangel an Bauplätzen im Stadtgebiet und der Wunsch, die vorhandenen Bauflächen besser auszunützen, weil vor allem Menschen mittleren Alters eine Wohnung im Stadtgebiet anstreben, die ihnen die Vorteile der Nähe des Arbeitsplatzes, der Schulen für die Kinder, aber auch von Vergnügungstätten mit gehobenem Niveau, wie Theater und Konzertsäle, bietet. Für 805 Wohnungen wurde ein Räumungsauftrag erteilt und zu 44 Ortsaugenscheinverhandlungen ein Amtssachverständiger der Baupolizei entsendet. In 979 Fällen wurden technische Gutachten aus verschiedenen Anlässen abgegeben.

Obwohl die Aktion, die dazu ins Leben gerufen wurde, die Instandsetzung von Althäusern gemäß § 7 und § 8



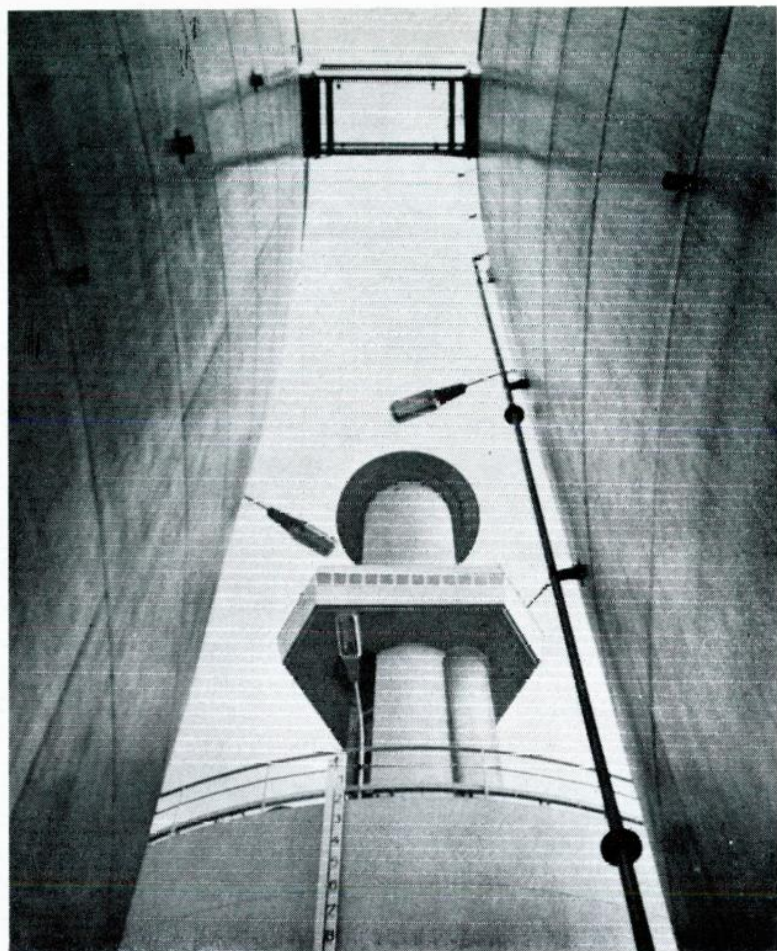
Stadtrat Hubert Pfoch (Hochbau) besichtigt die größte Baustelle des Wiener Wohnhausbaues, die Großfeldsiedlung, und informiert sich über den Fortschritt der Arbeiten

Städtische Wohnhausneubauten

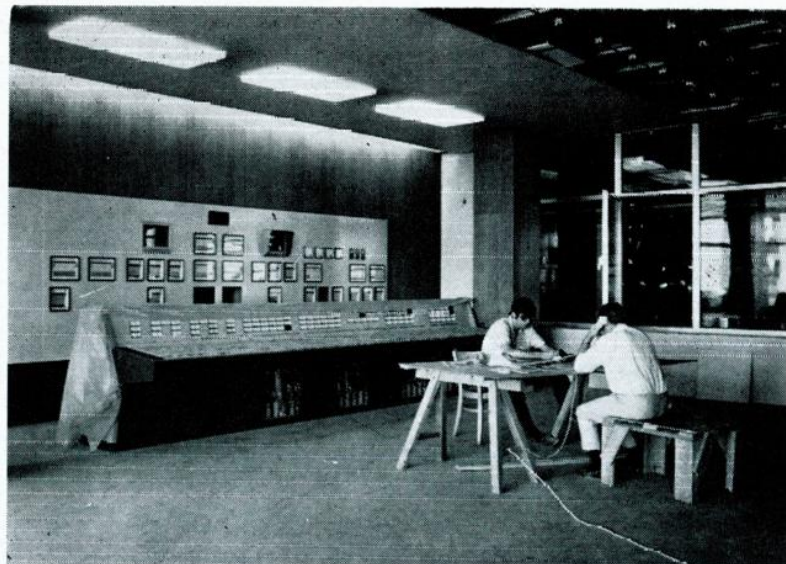
Die rege Bautätigkeit der Stadtverwaltung in der Brigittenau zeigt ein Blick vom Kamin des Fernwärmerwerks an der Spittelauer Lände



Der 129 m hohe Kamin des im September in Betrieb genommenen Fernwärmewerks Spittelau ersetzt Rauchabzüge von 10.000 bis 44.000 Wohnungen und trägt damit wesentlich zur Luftverbesserung über der Stadt bei



Fernwärme-
Neubauten



Sämtliche Vorgänge innerhalb der weitläufigen Anlage des Fernwärmewerks Spittelau können von dieser Schaltzentrale überwacht und gesteuert werden

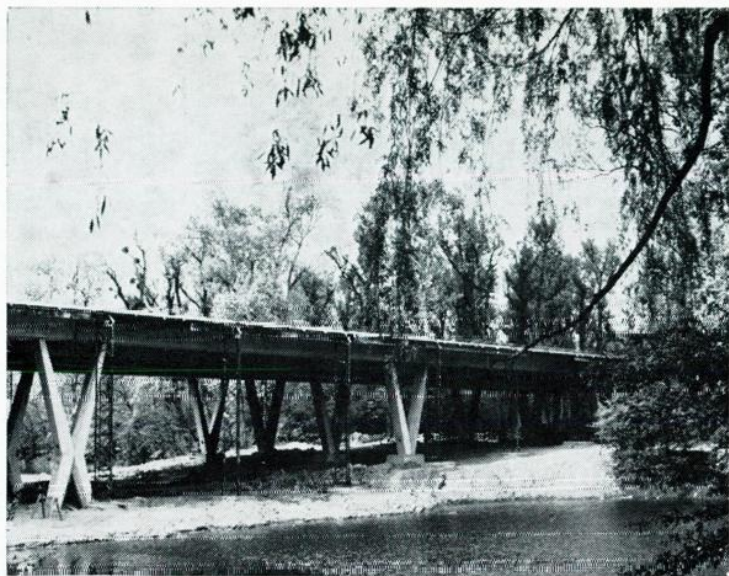


Das neue Kinderfreibad im 15. Bezirk, Loeschenkohlasse, hat ein Planschbecken, ein Schwimmbecken und Kleiderablagemöglichkeiten für 500 Kinder

Städtische Bäder

Die neue Schwimmhalle des Ottakringer Bades mit dem 25 x 10 m großen und 0,9 bis 1,6 m tiefen Schwimmbecken





Die „Hochstraße auf Stelzen“, die im Zuge der Nordostautobahn von der neuen Donaukanalbrücke zur vierten Donaubrücke durch den Prater führt, wurde aus Betonfertigteilen errichtet

Straßen- und Brückenbau

Die Praterbrücke über die Donau ist 1.002 m lang, 30 m breit und weist in jeder Richtung drei Fahrstreifen auf. Durch die Freigabe dieser vierten Straßenbrücke ist mit einer spürbaren Entlastung der Reichsbrücke zu rechnen. Die Gemeinde hat für das vom Bund finanzierte Projekt zusätzlich rund 30 Millionen Schilling aufgewendet



Mietengesetz durch zinsfreie Darlehen der Stadt Wien zu finanzieren, bereits im Jahre 1967 abgeschlossen wurde, konnten die letzten 133 Endabrechnungen erst im Jahre 1970 eingemahnt werden. Insgesamt wurden für die Instandsetzung von Althäusern 4.925 zinsfreie Darlehen für eine Kostensumme von 1.213,018.505 S von der Stadt Wien gewährt. Die Kosten von 63 Kanalanschlüssen, die sich auf 5,037.200 S beliefen, wurden ebenfalls durch Darlehen der Stadt Wien vorfinanziert.

Im Jahre 1970 wurden 71 mit Mitteln aus dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds 1948 errichtete Wohnbauten fertiggestellt; für sie wurden Fondsdarlehen in der Höhe von 477,816.920 S gewährt. Seit dem Jahre 1948 wurden insgesamt 6.348 Wohnhauswiederaufbauten mit einer Darlehenssumme von 10.454,256.720 S gefördert.

Nach einer fast zweijährigen Überleitungszeit der Wiederaufbauanträge in die Wohnbauförderung und den Wiener Wohnbaufonds machte sich erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1970 eine starke Wiederbelebung im Baugewerbe bemerkbar. Insgesamt wurden im Jahre 1970 für die Wohnbauförderung 1968 und den Wiener Wohnbaufonds 203 Anträge mit einer Kostensumme von 2.474,196.587 S überprüft.

Für Schlichtungsstellen und Gerichte wurden in Angelegenheiten der Instandsetzung von Wohnbauten gemäß § 7 und § 8 Mietengesetz insgesamt 5.560 Dienststücke bearbeitet. Bei den 1.372 überprüften Anträgen gemäß § 7 Mietengesetz wurde die beantragte Baukostensumme von 538,011.425 S auf 370,342.279 S berichtigt und bei den zu diesen eingereichten 1.478 Nachträgen von 85,855.027 S auf 56,544.923 S; bei den über die durchgeführten Arbeiten vorgelegten Rechnungen wurde die Kostensumme durch die Überprüfung von 476,558.089 S auf 440,325.088 S gesenkt. 56 überprüfte Anträge betrafen Verbesserungen gemäß § 8 Mietengesetz, 1.060 Anfragen verschiedene einschlägige Angelegenheiten.

Anlässlich des Inkrafttretens des Bundesgesetzes vom 22. Oktober 1969 über die Förderung der Verbesserung von Klein- und Mittelwohnungen (Wohnungsverbesserungsgesetz), BGBl. Nr. 426/1969, am 1. Jänner 1970 wurde die Magistratsabteilung für technische Prüfung bei Wohnbauförderungen, bauliche Ersatzmaßnahmen und technische Amtsgutachten über private Wohnbauten mit der technischen und wirtschaftlichen Beurteilung der beantragten Förderungsmaßnahmen, der Überprüfung der Rechnungen auf ihre Richtigkeit und Preisangemessenheit sowie mit der Bauüberwachung betraut. Hiefür mußte der schon bei der Bearbeitung der Anträge gemäß § 7 und § 8 Mietengesetz benutzte Preiskatalog entsprechend ergänzt werden; es waren zum Beispiel die Preise für Aufzüge, Zentralheizungen und Badinstallationen in diesen aufzunehmen. Im Laufe des Jahres 1970 wurden 993 eingereichte Anträge vorbegutachtet und 425 genehmigte behandelt. Hiebei wurde die für die Durchführung der Verbesserungen beantragte Summe von 73 Millionen Schilling auf 61 Millionen Schilling berichtigt. 72 Fälle mit einer Kostensumme von 6,292.000 S konnten bereits abgerechnet werden. In den genehmigten Anträgen betrafen die beabsichtigten Verbesserungen in 60 Fällen den Einbau von Aufzügen, in 280 Fällen die Installation von Zentralheizungen, in 204 Fällen die Einrichtung von Bädern und Wasserklosetten sowie in 170 Fällen die Verlegung oder Verstärkung der Steigleitungen für Gas, Elektrizität und Wasser; 45 Anträge wurden zur Förderung von Wohnungsteilungen oder Wohnungszusammenlegungen gestellt, 18 weitere wegen verschiedener Verbesserungen. Oft wurde in einem Ansuchen die Förderung von mehreren Verbesserungen beantragt.

Schließlich wurden im Laufe des Jahres 1970 noch 35 Bestätigungen über Kriegssachschäden ausgestellt.

Errichtung und Erhaltung von Nutzbauten

Der Bedarf an neuen Nutzbauten für öffentliche Zwecke wächst mit den von der öffentlichen Hand zu besorgenden Aufgaben und mit den Ansprüchen, die auf Grund zeitgemäßer wissenschaftlicher Erkenntnisse an diese gestellt werden müssen, da Umbauten alter Gebäude zur Adaptierung für neue Aufgaben oft nicht wirtschaftlich sind. Wo dies mit wirtschaftlichen Mitteln möglich war, wurden jedoch solche Umbauten durchgeführt. Daneben waren die ständig notwendigen Erhaltungsarbeiten an den im Eigentum der Stadt Wien stehenden Gebäuden durchzuführen. Es können aber hier wegen der Fülle der ausgeführten Arbeiten nur Neubauten sowie größere Umbauten und Instandsetzungen erwähnt werden.

Über die zu kulturellen, Volksbildungs- oder sportlichen Zwecken benützten Gebäude wäre zunächst zu berichten, daß mit der Bauvorbereitung für einen Neubau für die Volkshochschule Hietzing in 13, Speisinger Straße, begonnen wurde, während an den übrigen Volkshochschulen Bauarbeiten soweit durchgeführt wurden, als dies ihr Betrieb erforderte. Der Erweiterungsbau des Internationalen Studentenheimes Döbling, 19, Gymnasiumstraße 85, wurde fertiggestellt. Für das in 21, Großfeldsiedlung, zu errichtende Haus der Begegnung wurde nach Abschluß der Planung ebenfalls an der Bauvorbereitung gearbeitet. Im Konservatorium der Stadt Wien dienten bauliche Änderungen dazu, die Akustik in den Klassen günstiger zu gestalten; das Gebäude soll ferner einen Einbau für einen Vortragsaal und ein Foyer erhalten sowie aufgestockt werden, wofür Planungsarbeiten geleistet wurden. In dem von der Modeschule der Stadt Wien benützten Schloß Hetzendorf mußten die sanitären Anlagen und die Lautsprecheranlage verbessert werden. Am Historischen Museum der Stadt Wien am Karlsplatz wurde die Fassadenverkleidung instand gesetzt; außerdem wurde die Klimaanlage des Hauses überholt und in der Restaurierwerkstätte eine Absauganlage für die bei den dort ausgeführten Arbeiten entstehenden gesundheitsschädlichen Dämpfe installiert. Ins einzelne gehende Restaurierungsarbeiten waren an dem Beethoven-Haus in 19, Probusgasse 6, vorzunehmen, das anlässlich von *Beethovens* 200. Geburtstag als Beethoven-Gedenkstätte eingerichtet wurde. Der Aufwand von 2,750.000 S mag hier den Arbeitsumfang illustrieren.

Bei der Pflege von Denkmalen wurde unter anderem der schadhafte Sockel des Strauß-Lanner-Denkmales im

Rathauspark saniert; auch geschichtlich wertvolle Grabdenkmale im Gräberhain St. Marx wurden einer Restaurierung unterzogen.

An den von der Wiener Stadthalle-Kiba Betriebs- und Veranstaltungs-GmbH benützten Objekten waren Erneuerungen und größere Wiederherstellungsarbeiten durchzuführen. Im Wiener Stadionbad wurde ein Wasserballbecken und im Wiener Stadion eine Zweimastflutlichtanlage, die auch für das Farbfernsehen geeignet ist, errichtet. Ferner wurde mit dem Bau des Hallenstadions (Radrennbahn) in 2, Engerthstraße, begonnen; als Baurate für das Jahr 1970 waren 10 Millionen Schilling vorgesehen. Eine weitere Sportanlage wird in 10, Laxenburger Straße, gebaut; für diese wurden zunächst der Anschluß an das Kanalnetz und andere Einbauten hergestellt. Auf der Sportanlage 11, Werkstättenweg, wurde damit angefangen, ein Garderobehaus zu errichten und den Eislaufplatz instand zu setzen. Für den Bau des Sportzentrums West in 14, Deutschordenstraße, wurden Vorarbeiten geleistet. Ferner wurden für die Sportanlage 19, Krottenbachstraße, Pkw-Abstellplätze geschaffen und für die Sportanlage 19, Hohe Warte, eine Tribüne sowie ein Garderobehaus geplant. Schließlich wurde noch neben dem Spielfeld für Kleinfeldhandball der Sportanlage 23, Atzgersdorf, Steingasse, eine Stahlrohrgerüsttribüne aufgestellt.

Planungs- und Bauvorbereitungsarbeiten für allgemeingebildende Pflichtschulen wurden für die Schulneubauten 2, Vorgartenstraße (Prototyp), 8, Pfeilgasse (Erweiterung), 9, Marktgasse 31–35, 10, Migerkastraße—Georg Wilhelm Pabst-Gasse (Erweiterung), 10, Per Albin Hansson-Siedlung IIa (Schule und Wohnhaus), sowie 10, Per Albin Hansson-Siedlung Ost (Erweiterung) geleistet. Fertiggestellt und ihrer Bestimmung übergeben wurden die Schulgebäude 10, Carl Prohaska-Platz (Erweiterung), 10, Klausenburger Straße, 21, Großfeldsiedlung I, 21, Strebersdorf, Irenäusgasse, 21, Jochbergengasse, 21, Prießnitzgasse, 22, Quadenstraße, und 23, Altmannsdorfer Straße. Gebaut wurde an Schulgebäuden für je eine Volks- und eine Hauptschule in 10, Per Albin Hansson-Siedlung Ost, Zentrum, an je einem Volks-, Haupt- und Sonderschulgebäude in 11, Kaiser-Ebersdorfer Straße, ferner an den Schulen 11, Haeckelplatz, 19, Grinzinger Straße, 21, Großfeldsiedlung II, und 23, Ambrosweg, sowie an den Schulerweiterungen 21, Autokaderstraße, und 22, Georg Bilgeri-Straße.

Der in manchen Wohngebieten zeitweise auftretende Spitzenbedarf an Klassenräumen hatte bereits im Jahre 1969 dazu geführt, daß 22 mobile Schulklassen angeschafft wurden. Im Jahre 1970 wurden 24 weitere mobile Klassen neben Schulgebäuden im 11., 21. und 22. Bezirk aufgestellt. Diese Objekte wurden von einer Grazer Firma zerlegbar hergestellt und können bei späterer Verwendung auf einem anderen Standort in Teilen befördert werden. Die im Jahre 1969 angeschafften mobilen Klassen holländischen Systems müssen hingegen in zwei Hälften mit einem Fahrgestell transportiert werden. Wegen der schwierigen Verkehrsverhältnisse im Wiener Stadtgebiet und der geltenden strengen Verkehrsvorschriften hat sich das System der Grazer Firma als wirtschaftlicher erwiesen, aber auch besser bewährt. Von den im Vorjahre aufgestellten mobilen Klassen wurden zwei bereits an einen anderen Standort gebracht.

An 39 Schulgebäuden wurden zum Teil umfangreiche Umbauten und Instandsetzungen vorgenommen. Meist handelte es sich bei den Umbauten um die Modernisierung einzelner Klassen oder ganzer Schulteile, in manchen Fällen galt es, Räumlichkeiten einem bestimmten Verwendungszweck anzupassen. Unter den Erhaltungsarbeiten befanden sich auch Fassadeninstandsetzungen und Dachreparaturen. In einigen Schulen wurde das Heizungssystem auf Arbeitskraft sparende Zentralheizungen oder Heizungen mit Einzelöfen mit zentraler Ölversorgung umgestellt.

Auch in drei Berufsschulgebäuden wurden größere Instandsetzungsarbeiten vorgenommen. In der I. Zentralberufsschule 6, Mollardgasse 87, wurde überdies das Labor für Elektrotechnik modernisiert. Ferner wurden in der Fachschule für wirtschaftliche Frauenberufe, 12, Dörfelstraße 1, die Fenster instand gesetzt.

In den Heimen für Kinder und Jugendliche und in den Jugenderholungsheimen wurden die Instandsetzungs- und Modernisierungsarbeiten großzügig fortgesetzt, wie etwa im Zentralkinderheim, wo der Pavillon I mit einem Aufwand von 18 Millionen Schilling zur Gänze in einer Weise umgebaut wurde, daß er einem Neubau durchaus vergleichbar ist; besonders hervorzuheben ist die im letzten Stockwerk errichtete Sonnenstation für die Säuglinge. Als weiteres Beispiel möge das Heim Lindenhof dienen, wo neben dem schon seit Jahren betriebenen Gruppenumbau die Fassade und die Fenster des Hauptgebäudes erneuert sowie ein Öltankraum und eine Fernheizleitung in den neuen Teil der Anstalt errichtet wurden.

In ähnlicher Weise wird getrachtet, die Lehrlingsheime in einem guten Bauzustand zu erhalten. Das Lehrlingsheim Leopoldstadt wird zur Gänze instand gesetzt und erhält eine Zentralheizung.

Dem großen Bedarf entsprechend, müssen Kindertagesheime in größerer Zahl gebaut werden. Die steigenden Baupreise, aber auch die Notwendigkeit, diese bald zur Verfügung zu haben, zwingen dazu, beim Bau neue Wege zu gehen. Von den mit den einschlägigen Arbeiten befaßten Abteilungen des Stadtbauamtes wurde in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt der Stadt Wien ein Prototyp eines Kindertagesheimes geplant, der bei geringem Bauaufwand den betrieblichen und funktionellen Anforderungen weitgehend entsprechen wird. Dieser Prototyp wurde einer Ausschreibung für 10 Kindertagesheime zugrunde gelegt. Für die Ausführung wurde Leichtbauweise bedungen, doch wurde das zu verwendende Material, Stahlbeton oder Holz, völlig freigestellt. Selbstverständlich konnte auch angeboten werden, diese 10 Kindertagesheime in konventioneller Bauweise zu errichten, falls die Bedingungen, vor allem die Bauzeit und die bauphysikalischen Eigenschaften, eingehalten werden konnten. Als wirtschaftlichstes System erwies sich ein von einer Firma entwickeltes Wandelement mit einem Traggerüst aus Stahl, das mit konventionellen Baustoffen verkleidet wird; es wird sich um etwa 25 Prozent billiger stellen als die bisher verwendeten Bauweisen.

Das bisher größte Kindertagesheim der Stadt Wien wird in 8, Josefstädter Straße, errichtet. Es handelt sich hiebei

um ein dreistöckiges Gebäude, das 15 Gruppen Platz bietet. Im Juli 1970 konnte die Gleiche gefeiert werden. Bei den Abbrucharbeiten an dem bisher auf diesem Areal gestandenen Gebäude wurden vermauerte, drei Stockwerke tiefe, gewölbte Keller freigelegt. An dieser Stelle sollen sich angeblich Befestigungsanlagen aus der Zeit Prinz Eugens befunden haben. Diese tief in das Erdreich eingebetteten Bauten erschwerten die Fundierung des Neubaus wesentlich. Sie wurden hier deshalb erwähnt, weil solche Erschwernisse bei Bauten im Stadtgebiet weitaus häufiger auftreten als man gemeinlich annimmt. Bei dem Neubau des Sonderkindertagesheimes 21, Ringelseeplatz, wurde die Fundamentgleiche erreicht. Das Kindertagesheim wird aus 5 Gruppenräumen, 1 Mehrzweckraum und den dazu nötigen Nebenräumen sowie einer Unterwassertherapiestation, einem großen Bewegungsraum und einem zusätzlichen Therapieraum bei jeder einzelnen Gruppe bestehen. Es wird in konventioneller Bauweise errichtet. Ein weiteres Beispiel dafür, daß nicht vorgesehen ist, alle Kindertagesheime in Fertigteilbauweise zu errichten, ist das Kindertagesheim 23, Mauer, Marktgemeindegasse—Hörbigergasse, das, entsprechend seiner Lage, ebenfalls in konventioneller Bauweise errichtet wird.

Die Erhaltung der schon bestehenden Kindertagesheime umfaßte neben verschiedenen Bauarbeiten die Errichtung und Instandsetzung von Spielplätzen und Einfriedungen. Vor allem waren größere Arbeiten am Mauerwerk mit der Installation von Zentralheizungsanlagen und anderen Leitungslegungen verbunden. Zu erwähnen wäre noch der Abschluß der Modernisierungsarbeiten an den Kindertagesheimen 12, Hetzendorfer Straße, und 16, Arnebergasse, sowie an der Tageserholungsstätte „Schafberg“, 17, Anton Haidl-Gasse 20—22, in der auch eine Zentralheizung eingebaut wurde.

An den Herbergen für Obdachlose wurden verschiedene Erhaltungsarbeiten durchgeführt. Außerdem wurden in 12, Kastanienallee, die Wohnungstüren und Fußböden sowie in 20, Meldemannstraße, die Fenster und die Fassade erneuert; in dem zuletzt genannten Heim wurden auch die Küche und die Tagräume umgebaut. Im Heim 3, Arsenalstraße—Gänsbachergasse, wurde die Zentralheizung für die Verwendung von Mischkoks als Feuerungsmaterial umgebaut.

Für die Hygienisch-bakteriologische Untersuchungsanstalt waren lediglich kleinere bauliche Herstellungen auszuführen, und in einer der beiden Desinfektionsanstalten war der Hofbelag auszuwechseln.

Große Arbeiten, die vor allem die Forderungen der modernen Medizin zu erfüllen trachteten, wurden in den städtischen Krankenanstalten vorgenommen. Im Krankenhaus Lainz wurde der Ausbau der elektrischen Versorgungsleitungen weitergeführt und auch die Arbeiten zur Errichtung einer zentralen Rohrpostanlage, die sämtliche Objekte der Anstalt verbinden soll, wurden fortgesetzt. Von den sieben Mehrzweckaufzügen, die wegen der Umstellung des Ausspeisesystems eingebaut werden müssen, wurde je einer in den Pavillons III, IIIa und V fertiggestellt. Ferner wurde mit den Auswechslungsarbeiten an der einsturzgefährdeten Kellergeschoßdecke im Aufnahmetrakt des Direktionsgebäudes begonnen, die Diätküche im Tiefgeschoß des Pavillons V instand gesetzt und die Sterilisationsanlage im Operationssaal des Pavillons XVI erneuert. In der Allgemeinen Poliklinik wurde die gemischte Abteilung mit dem Tonsillektomieraum neu adaptiert. Außerdem wurde mit den Bauarbeiten für den Anschluß der Anstalt an das Fernheiznetz begonnen. Im Krankenhaus Floridsdorf konnte der Ausbau des Kesselhauses I gänzlich fertiggestellt werden. Im Franz Joseph-Spital wurde für den Umbau der Aufzugsanlagen je ein Zubau am Pavillon G 3 bereits errichtet und am Pavillon D begonnen; außerdem soll in diesem Krankenhaus eine Aufwachstation geschaffen werden, für die die Vorarbeiten abgeschlossen werden konnten. Gleichfalls beendet wurden im Elisabeth-Spital der Umbau des chirurgischen Operationssaales, die Abtragung der Verbindungsgänge, die Ausgestaltung des Hofes, die Instandsetzung der Straßen sowie am Pavillon I die Erneuerung der Fenster und der Dacheindeckung. Ferner wurde im Sophienspital die dritte Ausbaustufe des Schwestertraktes fertiggestellt und die medizinische Station D umgebaut, aber auch baulich renoviert.

In der Krankenanstalt Rudolfstiftung wurden an der dort untergebrachten Krankenpflegeschule die Dusch- und WC-Anlagen in sämtlichen Geschossen saniert sowie die Adaptierungsarbeiten im Erdgeschoß und im ersten Stockwerk fortgesetzt. Auch in verschiedenen Stationen sowie in den Verwaltungsräumen wurden allgemeine Erhaltungsarbeiten, wie Maler- und Anstreicherarbeiten, durchgeführt. Die Hauptaufgabe war jedoch weiterhin der Neubau der Anstalt. Als Provisorium für die im Jahre 1970 abgebrochene Zentralröntgenstation wurde im Altgebäude eine provisorische Röntgenstation eingerichtet. Auch die alte Trafostation konnte stillgelegt werden, nachdem die endgültige Anlage zur Aufnahme des Betriebes bereit war. Beim Neubau der Anstalt selbst wurde die Hauptgleiche des achtzehngeschossigen Bettenhochhauses erreicht; der Bau des nördlichen Behandlungstraktes wird voraussichtlich im Frühjahr 1971 bis zur Dachgleiche gediehen sein. Im Hochhaus und im Behandlungstrakt Süd wurden Innenausbau- sowie Installationsarbeiten vorgenommen.

Ein wichtiger Spitalsneubau ist ferner die Unfall- und Dringlichkeitschirurgie im Wilhelminenspital, die mit Ausnahme des Röntgens fast fertiggestellt werden konnte, wobei getrachtet wurde, die von der medizinischen Wissenschaft an einen solchen Bau gestellten Anforderungen mit den modernsten Mitteln der Technik zu erfüllen. Die Röntgenanlage wird erst knapp vor Fertigstellung der Gesamtanlage eingebaut werden, um sicherlich ein dem letzten Stand der Technik entsprechendes Röntgengerät dabei verwenden zu können. Besonderer Wert wurde bei der Errichtung des Gebäudes auf den Schallschutz gelegt, weil in diesem doch schwerstkranken Patienten untergebracht werden sollen, die einer besonderen Pflege und Ruhe bedürfen. Der Um- und Ausbau der Prosektur des Wilhelminenspitals wurde fortgesetzt, ebenso der Umbau des ehemaligen Röntgeninstituts im Pavillon 26 in Ambulanzen für physikalische Medizin. Ferner wird eine zentrale Sauerstoffanlage mit den Anschlüssen zu einzelnen Pavillons errichtet. Der Neubau der Zentraldesinfektion konnte im Rohbau fertiggestellt werden.

In der Semmelweis-Frauenklinik wurde die Station 10 im Haus 1 völlig instand gesetzt und im Mautner-Mark-

hof'schen Kinderspital der neuerrichtete Operationstrakt zwischen der Boxenstation und dem Hauptgebäude nahezu fertiggestellt. Am Karolinen-Kinderspital wurde damit begonnen, Räume im Dachgeschoß des Schwesterntraktes zu adaptieren, um 6 Schwesternzimmer zu gewinnen. Ferner wurde die Heizanlage im Preyer'schen Kinderspital mit einem neuen Heizkessel ausgestattet. Im C. M. Frank'schen Kinderspital in Lilienfeld konnte der Einbau von Wasseraufbereitungsgeräten für die gesamte Trinkwasserleitung abgeschlossen werden.

Einem dringenden Bedürfnis entsprechend, wird auf dem Gelände des Neurologischen Krankenhauses Rosenhügel ein neuer Pavillon errichtet, der die Abteilung für entwicklungsgestörte Kinder aufnehmen wird. Diese ist derzeit im Altersheim Lainz untergebracht, wo es ihr an Raum mangelt. Das Objekt wird vom Kesselhaus des neu errichteten Schwesternhauses in der Riedelgasse aus mit Wärme versorgt werden; mit dem Bau des Heizkanals wurde bereits begonnen. Dieser Heizkanal wird auch die Möglichkeit bieten, die schon bestehenden Objekte dieses Krankenhauses an das neue zentrale Kesselhaus anzuschließen. Derzeit besitzt, nach einem völlig veralteten System, jeder Pavillon ein eigenes Kesselhaus. Ferner wird am Kurhaus ein Röntgentrakt angebaut, der voraussichtlich im Laufe des Jahres 1971 fertiggestellt werden kann. Die beiden Terrassen im Pavillon A wurden in Aufenthaltsräume umgestaltet. Einer allgemeinen Instandsetzung werden auch die Abteilungen 2, 4 und 6 des Neurologischen Krankenhauses der Stadt Wien Maria Theresien-Schlüssel unterworfen.

Der Umbau des Pavillons Leopold der Lungenheilstätte Baumgartner Höhe wurde ebenso fertiggestellt wie die Erneuerung der elektrischen Versorgungsleitungen und die Instandsetzung der Straßen; mit dem Einbau eines Aufzuges in den zu diesem Zweck dem Pavillon Wienerwald angefügten Zubau wurde begonnen.

Der Neubau des Allgemeinen Krankenhauses machte gute Fortschritte. Die Kältezentrale I im Schulgebäude des Wohnbezirks, die für eine Kühlleistung von rund 8 Gcal pro Stunde ausgelegt ist, wurde fertiggestellt. Im Bettenhaus und im Behandlungskörper der neuen Psychiatrischen Klinik wurden die Installations- und Ausbauarbeiten fortgesetzt, in der Kinderklinik wurde die Rohbaugleiche erreicht. Für die dreigeschossige Tiefgarage wurde mit den Stahlbetonarbeiten begonnen. Es wurden aber auch Bauvorbereitungsarbeiten für das Krankengebäude aufgenommen, wie etwa die Herstellung eines Sammelkanals. Nach Abschluß der Bauvorbereitungsarbeiten wird der nordöstliche Seitenflügel der alten Psychiatrischen Klinik abgebrochen und mit den Arbeiten am östlichen Teil des Hauptgebäudes begonnen werden.

Die Um- und Zubauarbeiten an der I. Medizinischen Universitätsklinik, die als Akutprogramm genehmigt sind, konnten zum Teil bereits fertiggestellt werden. An der Universitätsklinik für Hals-, Nasen- und Ohren-Erkrankungen wurde das Dach instand gesetzt. Im alten Labor der II. Universitäts-Frauenklinik, das umgebaut und erweitert wird, wurde eine Lüftungsanlage eingebaut.

Infolge der langen Bauzeit, die der Neubau des Allgemeinen Krankenhauses in Anspruch nehmen wird, müssen auch größere Investitionen im alten Teil dieses Krankenhauses vorgenommen werden. Zum Beispiel wurde in der I. und in der II. Universitäts-Frauenklinik im Jahre 1970 der Neubau einer Kobaltanlage fertiggestellt. Es wurde ein Strahlenschutzbunker eingebaut und ein Zubau zum Isolierpavillon für einen Betriebs- und einen Nebenraum in der I. Universitäts-Frauenklinik geschaffen; außerdem wurden Räume als Krankenzimmer adaptiert. Auch eine Lüftungsanlage wurde eingebaut. Ferner wurde für die Urologische Universitätsklinik eine Ambulanz im Erdgeschoß des Traktes an der Alser Straße eingerichtet, wo auch an der Straßenseite ein Gang und ein Zwischengeschoß für Nebenräume angeordnet wurden; außerdem wurde die Raumaufteilung geändert. In der I. Universitäts-Hautklinik wurden die Stationen 70 und 71 dem gegenwärtigen Stand der Medizin und Technik angepaßt sowie ein Untersuchungszimmer geschaffen. Die Einzelöfen wurden durch eine Warmwasserpumpenheizung ersetzt. Weiters wurden im Keller des Altbaues Lagerräume, ein Betriebsraum für die Klimaanlage sowie eine Zentrale für medizinische Gase geschaffen. Im Erdgeschoß wurden die Krankenzimmer sowie die Betriebs-, Dienst- und Nebenräume überholt und Alarm-, Untersuchungs-, Behandlungs- sowie Diensträume für die Kardiologie mit allen erforderlichen Nebenräumen adaptiert, die Untersuchungs- und Behandlungsräume wurden auch klimatisiert. Im ersten Stockwerk wurden Räume dem Verwendungszweck als Krankenstationen, Dienst-, Betriebs- und Wirtschaftsräume für die Strahlentherapeutische Klinik der Universität Wien angepaßt. Ferner wurden ein neues Stiegenhaus und ein Krankenbettenaufzug eingebaut und eine Warmwasserpumpenheizung installiert. Anlässlich der angeführten Instandsetzungsarbeiten wurden in den einzelnen Kliniken sämtliche Installationen erneuert und ebenso wie die Kanalisation jeweils dem Bedarf angepaßt. Auch die Fenster, Türen und Fußböden der renovierten und adaptierten Räume wurden erneuert.

Im Jahre 1970 wurde auch mit der Sanierung eines der bedeutendsten Bauwerke Otto Wagners, der Anstaltskirche des Psychiatrischen Krankenhauses Baumgartner Höhe, begonnen. Diese Kirche ist der einzige bedeutende Sakralbau Europas im sezessionistischen Stil. Er weist schwere Witterungsschäden auf, die unbedingt behoben werden müssen. Der Ausbau der Wasserversorgungsanlage sowie der elektrischen Versorgungsleitungen und die Instandsetzung der Straßen nach dem Entfernen der elektrischen Kleinbahn und dem Verlegen der Versorgungsleitungen wurde fortgesetzt, ebenso die Sanierung der Flachdächer von Anstaltsgebäuden. Im Theatergebäude wurde die Erneuerung der elektrischen Installationen und der Lüftungsanlage nahezu abgeschlossen. Für die Modernisierung der Wäscherei wurden Vorarbeiten geleistet, so der Einbau einer Trafostation und die Erneuerung des Daches. Im Psychiatrischen Krankenhaus der Stadt Wien in Ybbs an der Donau wurde der Einbau einer Zentralheizung mit Kalt- und Warmwasserversorgung im Versorgungsanstaltstrakt, das Asphaltieren des Küchenhofes und der Wege der Gärtnerei sowie die Instandsetzung der Frauenkrankenabteilungen XIV und XVI fortgesetzt.

Der Neubau der Rettungsstation 17, Lidlgasse, konnte fertiggestellt werden. In der Zentrale des Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes wurde damit begonnen, den Betonbelag des Hofes zu erneuern sowie die Kanali-

sation und die Heizungsschächte instand zu setzen. Die Dampfheizung wird in eine Warmwasserpumpenheizung umgewandelt. In den übrigen Rettungs- und Sanitätsstationen waren verschiedene Erhaltungsarbeiten auszuführen, ebenso am Anstaltenhauptlager.

Im Altersheim Lainz hat es sich als zweckmäßig erwiesen, nach dem Einbau einer Zentralheizung in den Pavillons IV, VI und XIV zunächst den Pavillon VI von Grund auf zu sanieren. Dieser Pavillon wurde während der sechs Jahrzehnte seines Bestehens nie umgebaut. Er wies daher auch, gemessen an den Anforderungen, die heute an einen Krankenpavillon gestellt werden, eine Reihe von Mängeln auf, besonders das Fehlen von Nebenräumen machte sich unangenehm bemerkbar. Allerdings mußte, da die Betten gebraucht wurden, der halbe Pavillon belegt bleiben, und es konnte im Jahr 1970 nur an dem freigemachten Teil gearbeitet werden, was dazu führte, daß die völlige Instandsetzung des Pavillons erst im Jahre 1971 erfolgen kann. Beim Umbau des Pavillons wurden die Loggien geschlossen und damit neue Nebenräume geschaffen. Nach Möglichkeit wurden die Krankensäle durch Wände abgeteilt, um kleinere Einheiten zu gewinnen. Die Elektro- und Wasserinstallationen wurden ausgewechselt, die veralteten Sanitäräume umgebaut und neu eingerichtet. Sämtliche Fenster und Türen wurden ebenso wie die Fassade und das Dach erneuert. An Stelle der sehr schadhafte Fußböden wurde in den Sanitär- und Schmutzarbeitsräumen Terrazzoplatte verlegt, in sämtlichen anderen Räumen ein Kunststoffbelag verlegt. Die Krankenzimmer wurden mit einer optischen und akustischen Rufanlage sowie einer Rundfunkempfangsanlage ausgestattet. In ähnlicher Weise wird der Pavillon II des Altersheimes Baumgarten renoviert und umgestaltet. Auch hier werden die Säle in Zimmer für 5 bis 7 Betten umgebaut und die nötigen Funktionsräume geschaffen. Überdies erhält das Gebäude zwei Allzweckaufzüge. Da der Pavillon zum größten Teil belegt bleiben muß, gehen die Arbeiten nicht so rasch vonstatten wie bei einem Neubau, so daß mit einer einige Jahre dauernden Bauzeit gerechnet werden muß. In dem zum Altersheim Baumgarten gehörenden St. Rochus-Heim wurden Kanäle, Straßen und Fenster instand gesetzt oder erneuert. Der Pavillon I, der in eine Krankenstation umgewandelt wurde, erhielt einen Aufzug eingebaut. Im Altersheim Liesing wurde ebenfalls eine Krankenabteilung eingerichtet; außerdem wurde dort die Ambulanz renoviert und die Dächer am Neugebäude wurden neu eingedeckt. Im Altersheim St. Andrä an der Traisen wurde der Zubau eines Bettenhauses abgeschlossen. Im übrigen wird der Anstaltsumbau fortgeführt, vor allem wird der linke Flügel des Altbaues modernisiert, wobei auch Decken ausgewechselt werden müssen. Ebenso wurde damit angefangen, die Anstaltswerkstätten zu sanieren.

Am Raumprogramm des Altersheimes Süd, das nach dem letzten Entwurf 500 Betten Raum bieten soll, hatte die Spitalplanungskommission noch Arbeit zu leisten. Mit den eigentlichen Planungsarbeiten wird voraussichtlich noch das Jahr 1971 ausgefüllt sein. Auch der Neubau des Altersheimes und Krankenhauses Ost bedarf noch eingehender Planungsarbeiten.

Der Empfehlung der Jury für die Errichtung des Amtssitzes internationaler Organisationen und eines Konferenzentrums in Wien, die ersten 4 Preisträger des internationalen Wettbewerbes einzuladen, ihre Projekte zu überarbeiten, wurde vom Kontaktkomitee, in dem die Stadt Wien und der Bund vertreten sind, entsprochen. Die überarbeiteten Projekte wurden von einem Expertenkomitee, dem international anerkannte Fachleute angehörten, unter dem Vorsitz von Architekt Prof. Dr. Rainer geprüft. Hierbei waren Probleme des Grundbaues ebenso zu berücksichtigen wie statische, bauphysikalische, heizungs- und klimatische Momente. Ferner waren architektonische und städtebauliche Gesichtspunkte sowie Fragen der Organisation und Funktion der einzelnen Baukörper, nicht zuletzt auch wirtschaftliche Erwägungen zu beachten. Es zeigte sich, daß den überarbeiteten Projekten eine andere als die ursprüngliche Bewertung zukam. Überdies waren die von den Sprechern der Vereinten Nationen vorgebrachten Wünsche zu berücksichtigen. Schließlich wurde von allen Beteiligten das Projekt des österreichischen Architekten *Staber* gutgeheißen. Mit dem Bau wird voraussichtlich im Jahre 1972 begonnen werden.

Im Rathaus wurde die Modernisierung der Amtsräume fortgesetzt, wobei die von zwei Magistratsabteilungen und von der Rathausverwaltung benützten Räumlichkeiten instand gesetzt wurden. Selbst in Amtsräumen, die in absehbarer Zeit nicht modernisiert werden, wurden Radiatorenheizungen installiert und die alten Dampföfen entfernt. Ferner wurden die ehemals von einer städtischen Bücherei benützt gewesenen Räume bei der Feststiege II in einen Schulungs- und Vortragssaal mit einem dazugehörenden Nebenraum umgestaltet. Auch die Archivanlage im Dachgeschoß des Rathauses wurde weiter ausgebaut. Mit dem Umbau und der Instandsetzung des Süd-Büffets wurde begonnen. Ferner wurden Schutzmaßnahmen an den elektrischen Steigleitungen vorgenommen sowie die Fernmeldeanlagen und das Telefonleitungsnetz verbessert, wie überhaupt in einer Reihe von Räumen die Elektroinstallationen anlässlich von Instandsetzungsarbeiten abgeändert wurden. Die Verstärkeranlage des Rathauses wurde erneuert; die Trafoanlage und die Niederspannungsanlage wurden erweitert und umgebaut. Auch in den übrigen, in unmittelbarer Nähe des Rathauses gelegenen Amtshäusern wurden mehr oder weniger umfangreiche Umbauten und Instandsetzungen vorgenommen. Im Amtshaus Rathausstraße 2-4 wurde im Keller eine Registratur eingebaut. Im Felderhaus, Ebendorferstraße 2, wurden auf Wunsch des Vertreters der UNIDO, die vorläufig noch Räume in diesem Amtshaus benutzt, bauliche Abänderungen durchgeführt. An den Objekten Volksgartenstraße 1-3-Hansenstraße 3 wurden die Adaptierungsarbeiten fortgeführt. Ferner wurden die im Haus Dr. Karl Lueger-Ring 10 gemieteten Räumlichkeiten für das Büro für Verwaltungstechnik und Organisation instand gesetzt. Die Renovierung der Amtsräume im Amtshaus 8, Friedrich Schmidt-Platz 5, wurde abgeschlossen. Auch an 21 weiteren, in den Wiener Gemeindebezirken gelegenen Amtshäusern wurden teils Umbauten, teils Erhaltungsarbeiten ausgeführt. Hervorzuheben wären die Dachreparaturen am Uhrenmuseum, 1, Schulhof 2, die Instandsetzung der Steinfassade des Amtshauses 1, Parkring 8, sowie die langwierigen Restau-

rierungs- und Umbauarbeiten am Alten Rathaus, 1, Wipplingerstraße 8. Im Amtshaus 15, Selzergasse 19, wurden zwei für das Elektropathologische Museum bestimmte Geschosse dem neuen Verwendungszweck angepaßt. Das Amtshaus 16, Richard Wagner-Platz 19, wird völlig renoviert, ebenso das Nonnenstöckl der Villa Wertheimstein. Größere Planungsarbeiten betrafen den Neubau des Schülerinternats „Herderheim“, 10, Wirerstraße—Hebbelplatz, des Bezirkszentrums Hernals, 17, Hormayrgasse—Rötzergasse, und das Kulturzentrum Donaustadt, 22, Bernoullistraße. Ein Zubau für die Straßenverwaltung wurde am Amtshaus 17, Lienfeldergasse, geplant. An der Pfarrkirche St. Leopold, 2, Alexander Poch-Platz 6, an der die Stadt Wien Patronatsverpflichtungen zu erfüllen hat, wurde die Fassade instand gesetzt.

Ferner wurden am Gebäude der Wiener Urania, 1, Uraniastraße 1, sowie am Europahaus des Kindes, 16, Vogeltenngasse 2, Instandsetzungsarbeiten, an letzterem auch Adaptierungen vorgenommen.

Einer baulichen Umgestaltung wurden die Mutterberatungsstelle 15, Rosinagasse 4, sowie die Tuberkulosefürsorgestelle 20, Pappenheimgasse 48—52, unterzogen. In dieser Tuberkulosefürsorgestelle wurde auch ein Bildschirmgerät installiert. An der Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen 15, Siebeneichengasse 17, sowie an der Tuberkulosefürsorgestelle 11, Simmeringer Hauptstraße 93—95, wurde neben anderen Instandsetzungsarbeiten das Dach neu eingedeckt.

Auch an der städtischen Gastwirtschaft 22, Kagraner Platz 33, waren Dachreparaturen auszuführen, während am Jugendgästehaus 18, Schloß Pötzeinsdorf, die Fenster und Türen sowie die Fassade instand gesetzt wurden.

Für das Stadtgartenamt waren einige Glashäuser, Gärtnerunterkünfte und ähnliche Objekte herzustellen. In 21, Tetmajergasse, wurde ein Schulverkehrsgarten errichtet. Ferner wurde der Anschluß des Reservegartens 22, Hirschstetten, an die Fernheizung Kagran vorbereitet. Im Reservegarten selbst wurden die Rationalisierungsmaßnahmen, die darauf abzielen, das Niederglas durch Hochglas zu ersetzen, fortgesetzt.

Neben der stets reparaturbedürftigen Umfriedungsmauer wurden im Lainzer Tiergarten die Wirtschaftsstraßen und Wanderwege instandgesetzt, aber auch ausgebaut. Am Verwaltungsgebäude Hermesvilla wurde das Dach repariert, im Forsthaus „Altes Dianator“ wurden ein Bad und eine Küche einschließlich der Installationen eingebaut, außerdem wurde eine Abwasserbeseitigungsanlage hergestellt. Weiters wurden für das Stadtforstamt Planungsarbeiten für die Errichtung eines Forsthauses mit 2 Wohnungen im 13. Wiener Gemeindebezirk ausgeführt und das Forsthaus St. Oswald in der Steiermark den modernen Wohnbedürfnissen angepaßt.

Umfangreiche Arbeiten waren an den städtischen Bädern auszuführen. Beim Neubau des Dianabades konnte zu Ende des Jahres 1970 bereits mit der Montage der Stahldachkonstruktion über der Schwimmhalle begonnen werden. Die Arbeiten an diesem Bad gestalteten sich im Anfang äußerst schwierig. Waren es zunächst die Bodenverbesserungsarbeiten mit Tiefenverdichtungen, die den Fundierungsarbeiten vorangehen mußten, so hemmte in der Folge die Notwendigkeit, den Aushub im Bereich der Nachbarhäuser stückweise vorzunehmen, den Baufortschritt. Nachdem diese Schwierigkeiten überwunden waren, machte der Bau aber gute Fortschritte. Für das Stadthallenbad wurden die Einreichpläne sowie die statische Vorbemessung der Tragwerke fertiggestellt. Vom Ottakringer Bad wird die Schwimmhalle voraussichtlich im Frühjahr 1971 fertiggestellt sein. Die beiden Badebecken dieser Schwimmhalle wurden während der Sommer 1969 und 1970 bereits für den Badebetrieb verwendet. Am Garderobe- und am Saunatrakt sind die Bauarbeiten so weit gediehen, daß sie ebenfalls im Frühjahr 1971 beendet sein werden. Es ist dann noch das bestehende Sommerbad zu modernisieren und für zusätzliche Parkflächen zu sorgen. Im Schafbergbad war das Jahr 1970 mit Abbruchs-, Kanalisierungs-, Erd- und Fundamentarbeiten ausgefüllt. Da sich die Bodenverhältnisse als ungewöhnlich schwierig erwiesen — das Bad steht auf einem Rutschhang —, mußte das ursprüngliche Projekt umgeplant werden.

Im Zentrallager des Beschaffungsamtes sowie in der städtischen Bäckerei waren Erhaltungsarbeiten vorzunehmen; in der Bäckerei waren außerdem die Zentralheizkörper im Gärraum und im Trockenraum zu erneuern.

Die Arbeiten am Großmarkt Wien-Inzersdorf konnten durch den Einsatz großer Baumaschinen und die Verwendung von Fertigteilen so weit gebracht werden, daß im Frühjahr 1971 weitere 6 Hallen errichtet werden können. Am Zentralviehmarkt, an den Markthallen und an den offenen Märkten wurden die stets nötig werdenden Erhaltungs- und Ergänzungsarbeiten ausgeführt, am Genochmarkt im 22. Bezirk außerdem 4 Marktstände errichtet.

Für die neuen zentralen Versorgungsanlagen in St. Marx konnte der Rohbau der Fleischmarkthalle und des Kühlhauses fertiggestellt werden. Am Viehmarkt wurden Adaptierungsarbeiten vorgenommen. Gleichzeitig wurde die Detailplanung des Schlachteiles und des Maschinenhauses fortgeführt. Die Baumeisterarbeiten für diesen Teil der Anlagen können im Jahre 1971 vergeben werden. Da im Sommer anlässlich einer Dienstreise eine sehr zweckmäßig erscheinende Erfindung bekannt wurde, entschloß man sich, den Schlachteil völlig neu zu planen. Nach dem bisher üblichen System werden die getöteten Schweine in einen Brühkessel geworfen und anschließend enthaart. Das führt meist dazu, daß sich die Lungen der Tiere mit dem infizierten Brühwasser füllen. Diese Lungen verfallen der Konfiskation. Das neue Verfahren sieht an Stelle der Brühkessel eine Dampfbestrahlung vor, so daß ein Unbrauchbarwerden der Lungen nicht mehr möglich ist. An den zur Zeit bestehenden Anlagen von St. Marx wurden nur die zum Betrieb notwendigen Instandhaltungsarbeiten vorgenommen.

Die Betriebsgebäude der Stadtreinigung und des Fuhrparks in 5, Einsiedlergasse 2, wurden durch den Zubau eines weiteren vermehrt; außerdem wurden die Werkstätten und die Hallentore vergrößert. In der Hauptwerkstätte dieses städtischen Betriebes in 17, Lidlgasse 5, wurde die Hoffläche zwischen den Hallen 7 und 13 überdacht, um dort, von der Witterung unabhängig, Reparaturarbeiten an Kraftfahrzeugen und im Winter die Montage der Schneepflüge vornehmen zu können. Ferner wurde an der Planung für den Einbau einer Garderobe und einer Waschanlage für die Bediensteten im Dachgeschoß des Pneuulagers gearbeitet.

Für die Feuerwehr der Stadt Wien wurden in verschiedenen Feuerwachen Notstromaggregate und Schutz-
erdungen angebracht, die Eingangs- und Ausfahrtsanlagen umgebaut und die Heizungen auf Zentralheizungen
umgestellt. In der Zentralfeuerwache 1, Am Hof, wurden die sanitären Anlagen durch einen Umbau verbessert.
Die neue Feuerwache Simmering in 11, Weißenböckstraße—Neugebäudestraße, konnte fertiggestellt werden.

Technische Baupolizei

Das Jahr 1970 brachte einige für die Handhabung der technischen Baupolizei wichtige Veränderungen. Mit
dem Gesetz vom 19. Dezember 1969, LGBl. für Wien Nr. 2/1970, wurde das Gesetz über Kanalanlagen und
Einnüchtungsgebühren in der Fassung vom 22. Dezember 1966, LGBl. für Wien Nr. 13/1967, dahin abgeändert,
daß eine Verpflichtung zur Einnüchtung aller Abwässer in den Straßenkanal nicht schon bei 20 m, sondern
erst bei 30 m Entfernung besteht; außerdem wurden diejenigen Stoffe, die in den Kanal nicht eingeleitet werden dürfen,
taxativ aufgezählt. Ein weiteres Gesetz vom 19. Dezember 1969, LGBl. für Wien Nr. 6/1970, verlängerte die
Gültigkeit der mit der Bauordnungsnovelle 1956 geänderten Gebäudehöhen in den einzelnen Bauklassen (§ 75
der Bauordnung für Wien) bis 1. Jänner 1972. Mit dem Gesetz vom 23. Jänner 1970, LGBl. für Wien Nr. 9/1970,
mit dem das Müllabfuhrgesetz 1965 abgeändert wurde, wurde unter anderem auch die Größe der aufzustellenden
Sammelgefäße neu bestimmt. Ferner übertrug eine Verordnung der Wiener Landesregierung vom 10. März 1970
über den Dienstnehmerschutz in Betrieben der Land- und Forstwirtschaft (Land- und forstwirtschaftliche Dienst-
nehmerschutzverordnung) die Wahrung der Interessen der Dienstnehmer in den einschlägigen Betrieben der Land-
und Forstwirtschaftsinspektion, die nunmehr dem baubehördlichen Verfahren in dem selben Umfang wie dies
sonst bei den Arbeitsinspektoraten der Fall ist, beizuziehen ist. Eine weitere Verordnung der Wiener Landes-
regierung vom 7. April 1970, LGBl. für Wien Nr. 13/1970, novellierte die Durchführungsverordnung zum Wiener
Garagensetz, LGBl. für Wien Nr. 14/1962, dahin, daß der Einheitssatz der Ausgleichsabgabe je Quadratmeter
fehlender Stellplatzfläche von 800 S auf 1.100 S erhöht wurde; demnach beträgt ab 21. April 1970 die Ausgleichs-
abgabe für einen Kraftfahrzeugstellplatz (25 m²) statt 20.000 S nunmehr 27.500 S. Schließlich wurden mit Gesetz
vom 13. März 1970 (Bauordnungsnovelle 1970), LGBl. für Wien Nr. 15/1970, die in der Wiener Bauordnung
festgelegten Kompetenzen und Wirkungsbereiche geändert.

Diese Änderungen bestehender landesrechtlicher Gesetze und Verordnungen machten eine Fülle von hand-
schriftlichen Änderungen und Ergänzungen vorhandener amtlicher Drucksorten und Schreibhilfen notwendig,
die jeweils mit Dienstanweisungen anzuordnen waren. Nach eingehenden Verhandlungen wurde auch ein abge-
kürztes Verfahren gefunden, das die Einhebung von Verwaltungsabgaben, Kommissionsgebühren und Über-
wachungsgebühren bei Bauführungen durch städtische Dienststellen und städtische Unternehmungen vereinfacht.
Bisher waren bei allen Fluchtlinienbekanntgaben, Baubewilligungen, Planwechselbewilligungen, Überprüfungen
statischer Berechnungen, Beschauten, Bewilligungen für Aufzüge und Ölfeuerungen sowie Benützungsbewillig-
ungen die Gebühren jeweils gesondert mit einer amtlichen Drucksorte in vierfacher Ausfertigung vorzuschreiben.
Nunmehr werden diese Abgaben und Gebühren für jedes einzelne Bauvorhaben pauschaliert vorgeschrieben.
Als Pauschale für alle bei einem Bauvorhaben zu entrichtenden Verwaltungsabgaben, Kommissionsgebühren
und Überwachungsgebühren wurde ein einmaliger Betrag von 0,03 Prozent des Sachkredits des jeweiligen Bau-
vorhabens als angemessen angenommen. Die Entrichtung der pauschalierten Abgaben und Gebühren ist anlässlich
der ersten Baubewilligung aufzutragen, wobei eine neu aufgelegte Drucksorte zu verwenden ist. Die sich dadurch
ergebende Verwaltungsvereinfachung ist bedeutend. Um auch andere, annähernd gleich bleibende Arbeitsvorgänge
im baubehördlichen Verwaltungsverfahren zu vereinfachen, wurden neue Schreibhilfen aufgelegt. Im Zusammen-
hang mit den vorangeführten Änderungen gesetzlicher Bestimmungen war es auch notwendig, die Auflage neuer
amtlicher Drucksorten zu beantragen.

Die Beratungen zur Novellierung der Bauordnung wurden unter dem Vorsitz der Magistratsdirektion auf
breiter Basis fortgesetzt. Desgleichen wurden Abänderungen anderer gesetzlicher Bestimmungen beraten.

Aus der behördlichen Tätigkeit wäre zu bemerken, daß im Laufe des Jahres 1970 die Ansuchen um Genehmi-
gungen von Ölfeuerungsanlagen und Öllagerungen auffallend zunahmen; in den Monaten Juni bis Oktober 1970
verdoppelte sich ihre Zahl gegenüber den Monaten Jänner bis Mai. Neben der Koksknappheit waren hierfür die
Modernisierung verschiedener Heizanlagen und die Ausstattung fast sämtlicher Neubauten mit automatischen
Heizanlagen ausschlaggebend. Auch Ansuchen um die Erteilung von wasserrechtlichen Bewilligungen auf Grund
der Wasserrechtsnovelle 1969 langten in großer Zahl ein.

Ferner wurde durch das Wohnungsverbesserungsgesetz für viele Hauseigentümer der Anreiz geschaffen, in
Althäusern Ölfeuerungsanlagen und Aufzüge einzubauen. Die diesbezüglichen Ansuchen um Erteilung der Be-
willigung mußten vordringlich behandelt werden, weil die Genehmigungsbescide die Grundlage für die Kredit-
gewährung bilden. Wegen des damit verbundenen Arbeitsumfanges wären die Verfahren zur Genehmigung der
beiden großen Tankanlagen der Firmen Shell Austria AG und Turmöl Mineralprodukte-Großhandlung Martin
Maimann & Co. im Ölhafen Lobau besonders anzuführen.

Anlässlich von Grundabteilungen waren zu Enteignungs- und Einlösungsverhandlungen technische Amtssach-
verständige zu entsenden. Meist handelte es sich um Gründe, die für eine neue Schnellstraße zur 4. Donaubrücke,
für die Ausgestaltung des Laaer Berges, für die Gartenausstellung WIG 1974 sowie für andere öffentliche Bau-
vorhaben gebraucht wurden.

Größere Bauvorhaben, die in Vorbesprechungen vorbereitet oder nach Bauverhandlungen bewilligt wurden, waren die städtischen Wohnhausanlagen 10, Wienerfeldgasse, und Per Albin Hansson-Siedlung Ost (Erweiterung), 11, Mühlsangergasse—Mitterweg, 19, Krottenbachstraße, 21, Großfeldsiedlung, und 22, Quadenstraße, das Radstadion, das Stadion West, das Schafbergbad sowie das Kraftwerk der Wiener Elektrizitätswerke am Steinspornweg, ferner die Neubauten der juristischen Fakultät der Universität Wien und eines Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung, verschiedene Umbauten am Messegelände sowie Neubauten, die das Österreichische Statistische Zentralamt, Zolldienststellen und das Bundesamt für Zivilluftfahrt aufnehmen sollen.

Bei den beantragten Zulassungen von neuen Baustoffen und Bauweisen wird vornehmlich die Verwendung von Kunststoffen aller Art angestrebt. Es wird versucht, die Kunststoffe auf allen Gebieten des technischen Lebens, aber auch bei Bauweisen, heranzuziehen. Hierbei sind die Vorteile und Nachteile genau abzuwägen, vor allem sind nicht alle Kunststoffe wegen ihrer leichten Brennbarkeit oder Schmelzbarkeit sowie wegen der sich beim Verbrennen oder Schmelzen entwickelnden, zum Teil giftigen Dämpfe überall verwendbar. Es bestehen auch Bestrebungen, ungeachtet landesgesetzlicher Regelungen, gemeinsam mit Vertretern anderer Bundesländer für Baustoffe und Bauweisen möglichst einheitliche Vorschriften für ganz Österreich zu erreichen.

Bei der Renovierung oder Umgestaltung von Privattheatern, Veranstaltungsstätten und Kinos wurde die Gelegenheit wahrgenommen, in diesen Gebäuden die Sicherheit der Besucher durch neue technische Einrichtungen zu erhöhen. In einigen Fällen wurden auch die spieltechnischen Einrichtungen verbessert. Ferner wurden für die Neubauten des Radstadions, des Stadions West sowie des Sportzentrums Mittersteig die vom theaterpolizeilichen Standpunkt notwendigen Vorschriften erlassen.

Die Theaterkommission für Wien überprüfte das Raimundtheater, das Konzerthaus einschließlich des Kleinen Theaters in der Josefstadt im Konzerthaus, das Renaissancetheater, die Kammerspiele, das Theater an der Wien sowie die Wiener Kammeroper. Der Entwurf eines Wiener Veranstaltungsgesetzes ist so weit gediehen, daß er voraussichtlich zu Beginn des Jahres 1971 dem Wiener Landtag zur Beschlußfassung vorgelegt werden kann. Parallel zu diesem Gesetzentwurf wurde ein Wiener Veranstaltungsstättengesetz beraten, das die technischen Belange regeln soll.

Der Bau der U-Bahn am Karlsplatz wurde ständig überwacht, wobei mit anderen verantwortlichen Stellen zusammenzuarbeiten war. Es wurden auch bereits die Bauverhandlungen für die nächsten Bauabschnitte, Favoritenstraße, Stephansplatz, Untertunnelung des Donaukanals und Praterstraße, vorbereitet.

Bei der zentral geführten Bekämpfung des „Wilden Bauens“ wurden von den 470 vorhandenen Siedlungen bisher 325 mit insgesamt 31.213 Gebäuden in ihrem Bestand erfaßt. Die Unterlagen für 248 dieser Siedlungen mit insgesamt 18.962 Gebäuden wurden der Stadt- und Landesplanung übermittelt, die die Flächenwidmung prüfen und allenfalls durch Änderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes die Möglichkeit einer baubehördlichen Bewilligung schaffen soll. Ebenfalls zentral wird die Herstellung von Gehsteigen überwacht. Im Jahre 1970 wurden 1.160 Aufträge erteilt, vorschriftsmäßige Gehsteige herzustellen.

Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien

Im Jahre 1970 waren alle drei Laboratorien voll ausgelastet, werden doch schon seit Jahren neben den ursprünglich der Versuchsanstalt zukommenden Prüfungen, Untersuchungen und Qualitätskontrollen von Baustoffen, Materialien, Werkstoffen, Bauweisen und Baumethoden zunehmend auch andere Arbeiten ausgeführt. Im Jahre 1970 wurde mit der Messung von Luftverunreinigungen (Staubmenge und Sulfatgehalt) im Stadtbereich begonnen. Diese Messungen werden periodisch, jeden Monat, durchgeführt, so daß im Laufe der Jahre die Zunahme der Luftverschmutzung genau erkannt werden kann. Bedeutende Fortschritte wurden auch bei der Vernichtung von Giften, gifthaltigen Stoffen und nicht vernichtbaren Chemikalien erzielt; an der Lösung dieses Problems wird seit dem Jahre 1969 gearbeitet. Aufgaben dieser Art werden immer häufiger an die Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien herangetragen. Mit ihrer Lösung wird ein wertvoller Beitrag zur Reinhaltung des Grundwassers geleistet. Eine weitere, im Jahre 1970 übernommene Arbeit ist die Abnahme und Kontrolle von Bauteilen (Tübbings) für die U-Bahn in den beiden Werken der Vereinigten Österreichischen Eisen- und Stahlwerke (VÖEST) in Linz und Liezen.

Außerordentlich nahm die Häufigkeit von Lärmbelästigungsklagen, die von der Bevölkerung an die Magistratischen Bezirksämter herangetragen werden, zu. Diese mußten nicht bloß begutachtet werden, es war auch die Möglichkeit einer Abhilfe zu finden. In weit mehr als 100 Fällen wurden unzumutbare Störungen durch Lärm von Gewerbe- oder anderen Betrieben beseitigt oder gemildert. Obwohl diese Tätigkeit ebenfalls erst anfangs 1969 aufgenommen wurde, werden Sachverständige der Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien regelmäßig der kommissionellen Behandlung von Lärmbelästigungsklagen beigezogen. Da die Messungen mit dem Schallpegelmeßgerät eine objektive Beurteilung ermöglichen, konnten durchwegs einvernehmliche Lösungen zur Beseitigung des Lärms gefunden werden.

Die neue Prüfhalle auf dem Gelände der Versuchsanstalt in 11, Rinnböckstraße 15, wurde im April 1970 eröffnet. Die Einrichtung der Halle wurde in Eigenregie vorgenommen. Die Einrichtungen dieser Prüfhalle bieten die Möglichkeit, vollkommen neue mechanische und physikalische Versuche durchzuführen. Zeitweise war die Auslastung so groß, daß die Halle überfüllt war.

Heizungs- und Maschinenbau

Um die durch den sozialen Wohnhausbau errichteten Wohnungen den modernen Wohnbedürfnissen gemäß auszustatten, erhielten 5.262 Wohnungen Zentralheizung. Die meisten dieser Wohnungen liegen in den Aufschließungsgebieten Großfeldsiedlung und Per Albin Hansson-Siedlung, ein nicht unbedeutender Teil auch im 11. Bezirk, in den Wohnhausanlagen Mitterweg und Thürndlhofstraße. Hier entstanden zwei neue Blockheizwerke mit einer Leistung von 33 Gcal/h. Weitere Wohnhausanlagen, die zentral beheizt werden, befinden sich an den Froschlacken im 12. Bezirk und in der Ruthnergasse im 21. Bezirk. Einschließlich der Hausanlagen wurden 14 Kesselhäuser fertiggestellt, deren Gesamtleistung 41,3 Gcal beträgt.

Wo Zentralheizungen nicht wirtschaftlich gewesen wären, wurden Etagenheizungen errichtet. So wurden in der Hackhofergasse im 19. Bezirk 48 Gasetagenheizungen mit Warmwasserbereitung (Gastherme) eingebaut. Die Heizkörpermontage und Rohrverlegung konnten fertiggestellt werden, die Montage der Gasthermen und die Komplettierungsarbeiten erfolgen je nach dem Baufortschritt. Die Rohre sind über dem Fußboden an den Wänden in Rechteckrohren mit Maßen von 25:20 mm verlegt. Weiters wurden in der Trauttmansdorffgasse im 13. Bezirk 4 Etagenheizungen eingebaut. 31 Wohnungen wurden mit 112 Stück gasgefeuerten Außenwandkonvektoren ausgestattet. In dem in dieser Anlage befindlichen Betriebslokal der Stadtreinigung wurde auch ein hydraulischer Aufzug eingebaut. In einer weiteren Wohnhausanlage in 20, Engerthstraße, wurde die Zentralwaschküche mit einer gasgefeuerten Warmluftheizung ausgestattet, die im Winter zur Heizung (Luftheizung) und im Sommer zur Be- und Entlüftung verwendet wird.

Im Haus der Begegnung, 21, Angerer Straße, wurden die Lebensmittelkühlanlagen und Büffeteinrichtungen erweitert.

Im Fernwärmewerk Spittelau konnten am ersten und zweiten Bauabschnitt, an der Heißwasserkesselanlage und der Müllverbrennungsanlage, nahezu alle wichtigen Arbeiten vollendet werden. Die Arbeiten für die Isolierung, die Isolierung der internen Heißwasserverrohrung, die Müllbunkertore, die Garagenlüftung und verschiedene Nebenanlagen wurden im Laufe des Jahres 1970 ausgeschrieben und vergeben. Die erste Wärmelieferung erfolgte durch die Heißwasserkesselanlage Ende September. Von diesem Zeitpunkt an bis zum Jahresende wurden über die Fernleitung in die Brigittenau 1.314,2 Gcal und über die Fernleitung in das Allgemeine Krankenhaus, nachdem dort laufend Objekte angeschlossen worden waren, 3.108,0 Gcal abgegeben. Die Vorbereitungsarbeiten für die Inbetriebnahme der Müllverbrennungsanlage sind in vollem Gange, nach dem Spülen wurde das Ausheizen der Kessel abgeschlossen. Im dritten Bauabschnitt, der die Wärmekraftkupplung in Form einer Gasturbine mit geschlossenem Kreislauf umfaßt, wurde mit den Montagearbeiten begonnen. An wesentlichen Teilen sind der Wärmetauscher mit 3,8 m Querschnitt, 16 m Länge und ca. 125 t Gewicht für die Kreislauf Luft, der Turbinentisch, die Lufterhitzergestelle sowie Teile der Heizflächen und Sammler eingebracht worden. Mit der Inbetriebnahme der Ölkessel des Fernwärmewerkes Spittelau konnten über die bereits im Jahre 1969 fertiggestellte Fernheizung Brigittenau im Oktober 1970 die ersten Objekte fernbeheizt werden. Es waren dies die beiden Wohnhausanlagen Brigittenauer Lände und nördlich Adalbert Stifter-Straße (Bauheizung) sowie die Filiale der Konsumgenossenschaft Wien in 20, Dietmayrgasse mit einem Gesamtanschlußwert von ca. 5 Gcal/h. Ebenso wurde über die Fernheizung zum Allgemeinen Krankenhaus und die Abzweigung zum Internationalen Studentenheim Döbling die Wärmelieferung an das Studentenheim und an 9 private Abnehmer aufgenommen. Im Dezember 1970 wurde der Wohnbezirk (Schule und Schwesternhäuser) sowie die Bauheizung der neuen Kinderklinik und der Psychiatrie des Allgemeinen Krankenhauses, aber auch die Allgemeine Poliklinik auf Fernwärmebetrieb umgestellt. Die übrigen, westlich der Spitalgasse gelegenen Objekte des Allgemeinen Krankenhauses werden nach Fertigstellung der Heizleitungen und Umformerstationen bis Mitte des Jahres 1971 am Fernwärmewerk Spittelau angeschlossen sein. Für den alten Teil des Allgemeinen Krankenhauses, der östlich der Spitalgasse liegt, wird die Umstellung auf Fernwärme geplant; ab Beginn der Heizperiode 1971/72 können voraussichtlich alle Objekte des Allgemeinen Krankenhauses mit Fernwärme versorgt werden. Dann könnte der Betrieb von 36 Kesselhäusern mit insgesamt 80 Kesseln, deren Rauchentwicklung in niedriger Quellhöhe liegt, stillgelegt werden. Die Abzweigung zum Sanatorium Hera wurde Ende des Jahres 1970 fertiggestellt. An diese Leitung konnte noch in demselben Jahr das Studentenheim Säulengasse angeschlossen werden. Weitere Leitungsverlegungen sind bis zum Zentrum Landstraße, ferner durch die Türkenstraße, Hörlgasse und Hohenstaufengasse geplant. Es besteht die Absicht, das Karolinen-Kinderspital, die Volksoper, das Technologische Gewerbemuseum und das Jörgerbad ebenfalls mit Fernwärme zu versorgen.

Um die Bauarbeiten an der Fernwärmeleitung vom Fernwärmewerk Spittelau zum Dianazentrum durchführen zu können, mußten zuerst die Einbauten in der Spittelauer Lände saniert und umgelegt werden. Erst nach der Neuverlegung von Gas- und Wasserleitungen sowie von Elektro- und Postkabeln konnte mit den Arbeiten am Heizkanal begonnen werden. Diese Arbeiten, derentwegen die Spittelauer Lände zeitweise gesperrt werden mußte, konnten im Oktober beendet werden, so daß auch die Spittelauer Lände, mit Ausnahme des Teilstückes beim Fernwärmewerk selbst, noch im Jahre 1970 zu einer dreispurigen Schnellstraße ausgebaut werden konnte. Nach Fertigstellung des Wasserentnahme- und Rückkühlbauwerkes kann die Fernwärmeleitung den Betrieb aufnehmen und die Spittelauer Lände zur Gänze ohne Behinderung für den Verkehr freigegeben werden. Der zweite Bauabschnitt, von der Friedensbrücke zur Salztorbrücke entlang des Treppelweges, verläuft stellenweise so nahe am Donaukanal, daß dieser während der Arbeiten abgesenkt werden mußte, doch konnte während der Arbeiten der Betrieb am Fischmarkt aufrechterhalten werden. Da die Arbeiten zeitgerecht beendet waren, behinderten sie den

vor den Weihnachtsfeiertagen verstärkten Marktverkehr nicht mehr. Die interessantesten, jedoch auch schwierigsten Abschnitte der Bauarbeiten waren die beiden je 100 m langen Minierungen unter der Stadtbahn. Der Stollen bei der Friedensbrücke mußte nach einem Wassereinbruch mit Druckluft angeblasen werden.

Nachdem für den Neubau eines Fernwärmewerkes in Kagran in der ersten Jahreshälfte 1970 letzte Entscheidungen getroffen worden waren, konnte die Planung des Werkes fertiggestellt werden. Die den neuen Gegebenheiten angepaßten Ausschreibungen für die Heißwasserpumpenstation samt Verrohrung, die Heißwasserspeicher und für die Wasseraufbereitung wurden verfaßt und durchgeführt. An wichtigen Arbeiten konnte die Errichtung des Stahlbaues für das Kesselhaus, der Heißwasserpumpenstation samt Verrohrung sowie von 6 Heißwasserspeichern vergeben werden. Es gelang auch, noch vor Ende des Jahres mit der Stahlbaumontage für das Kesselhaus zu beginnen. Der Neubau war notwendig geworden, weil das bestehende Fernheizwerk Kagran auch nach seinem Ausbau infolge der starken kommunalen Bautätigkeit in Kagran (Donaustadt) dem steigenden Wärmebedarf nicht mehr gerecht werden konnte. Um den notwendigen Baugrund freizumachen, wurde für die Heizbetriebe Wien GesmbH eine neue Kiesdeponie errichtet. Der zu Ende des Sommers 1970 begonnene Neubau des Fernheizwerkes wird bis Ende des Jahres 1971 soweit gediehen sein, daß die Fundamente aller Anlagenteile, die bei großen technischen Anlagen einen wesentlichen Teil ausmachen, sowie die Montage des Kesselgerüsts (Stahlhalle) fertiggestellt sein werden. Die Kosten der gesamten Anlage von ca. 250 Millionen Schilling werden von der Heizbetriebe Wien GesmbH getragen.

Der Bau der Fernleitungen hält mit der übrigen Bautätigkeit in diesem Gebiet Schritt. An den Fernwärmeleitungen für die Wohnhausanlage Quadenstraße waren die Arbeiten zu Ende des Jahres 1970 nahezu abgeschlossen, an den Fernwärmeleitungen für die Wohnhausanlage Ziegelhofstraße wurde noch gebaut.

Die Heizzentrale Hütteldorfer Straße muß wegen der Errichtung des Stadthallenbades ausgebaut werden. Eine Vergrößerung der Kessel könnte die Leistung der Anlage erhöhen, so daß es möglich wäre, das zu errichtende Bad bei der Stadthalle mit Wärme zu versorgen.

Für den Großgrünmarkt Inzersdorf wurden die Aufträge für den Bau der Heizung und der Lüftung vergeben.

Die Arbeiten an den städtischen Bädern wurden fortgesetzt. Für das Dianabad wurden sämtliche Ausschreibungen abgeschlossen und, je nach dem Baufortschritt, die Arbeiten aufgenommen. Im Jörgerbad ist der Umbau der Wannenbäder abgeschlossen. Es wurden auch moderne Heizgeräte installiert. Soweit dies mit dem Betrieb vereinbar war, wurde die alte Kesselanlage demontiert und der Fernwärmebetrieb aufgenommen. Ferner wurden im Ottakringer Hallenbad eine Umformerstation sowie eine Badewasserheizungsanlage errichtet und während der Sommer-Badesaison provisorisch in Betrieb genommen. Auch mit der Installation der Raumheizungs-, Warmwasserbereitungs- und Lüftungsanlagen wurde begonnen. Die Planungsarbeiten für die Heizung, Lüftung und Wasseraufbereitung im Stadthallenbad wurden weitergeführt.

Der städtische Reservergarten in 22, Hirschstetten, der im Jahre 1971 mit Fernwärme vom Heizwerk Kagran aus versorgt werden wird, konnte durch entsprechende Umbauten auf eine kurze Umstellungsfrist vorbereitet werden.

Im alten Teil des Allgemeinen Krankenhauses wurden die Klima- und Warmwasserheizungsanlagen im Operationsaal der I. Universitäts-Augenklinik sowie die Warmwasserheizung der Urologie-Dialyse, der I. Chirurgischen Universitätsklinik (Baulos II), der I. Universitäts-Hautklinik und der Hausarbeiterbaracke fertiggestellt. In der Zentraldesinfektion wurde ebenfalls eine Warmwasserheizung installiert und ein Gaskessel aufgestellt. Weiters wurde je eine neue Umformerstation in der I. Universitäts-Augenklinik und in der II. Universitäts-Frauenklinik in Betrieb genommen. In der I. Universitätsklinik für Hals-, Nasen- und Ohrenerkrankungen wurde ein schadhafter Kessel erneuert. Schließlich wurde noch mit dem Bau einer Leichenkühlanlage in der Pathologie und einer Laboratoriumskühlanlage in der II. Universitäts-Frauenklinik begonnen. Im Neubau des Allgemeinen Krankenhauses wurden die Umformerstationen für den Wohnbezirk sowie die Kältezentrale I an das Fernwärmewerk Spittelau angeschlossen. In den in generalsanierten Objekten untergebrachten neuen Kliniken wurden teils in den Kesselräumen, teils außerhalb derselben Umformerstationen errichtet und somit dieser Teil des Neuen Allgemeinen Krankenhauses auf den Fernwärmeanschluß vorbereitet. Ebenso wurde in der Allgemeinen Poliklinik eine Übernahmestation für die Wärmeversorgung des Spitals aus dem Fernheizwerk Spittelau fertiggestellt.

Im Krankenhaus Lainz mußte im Direktionsgebäude wegen der Auswechslung der Kellerschoßdecke ein Heizprovisorium geschaffen werden. Ferner wurden Vorarbeiten für den Bau eines Fernheizungssystems im Neurologischen Krankenhaus Rosenhügel geleistet, das an die bereits errichtete Heizzentrale des Schwesternwohnhauses angeschlossen werden wird. Die Vorarbeiten für den Einbau von Warmwasserpumpenheizungs- und Warmwasserbereitungsanlagen in sämtlichen Objekten dieser Anstalt sowie für den Neubau eines Pavillons für entwicklungs-gestörte Kinder wurden beendet. Ferner wurde im Rudolfsspital mit dem Einbau von Heizungs-, Lüftungs- und Klimaanlage im Neubau des Hauptgebäudes begonnen sowie der Bau eines 80 m hohen Schornsteins mit 2 Zügen für den Neubau der Anstalt abgeschlossen; auch die Lebensmittelkühlanlagen konnten fertiggestellt werden. Im Wilhelminenspital wurden die Montagearbeiten an der Heizungs- und Lüftungsanlage im Erdgeschoß des Pavillons 26 aufgenommen. Eine nach den modernsten technischen Erkenntnissen ausgestattete Vollklimaanlage wurde im neuerbauten Operationstrakt des Mautner Markhofschen Kinderspitals eingehaut. Weiters wurde von der Heizzentrale dieses Spitals zum Schwesternwohnhaus eine Fernheizleitung gelegt, wobei die Schlachthausgasse unterdückt wurde, ohne den Verkehr zu stören. Im Kinderkrankenhaus Lilienfeld wurde eine Lebensmittelkühlanlage gebaut. Ferner wurde für das Psychiatrische Krankenhaus der Stadt Wien Ybbs an der Donau eine Heizzentrale geplant, die die ganze Anstalt mit Wärme versorgen soll, und auch bereits mit dem Einbau der

Kessel begonnen; der Bau einer Lebensmittelkühlanlage konnte abgeschlossen werden. In verschiedenen anderen Spitälern wurden an den Kühlanlagen größere Erhaltungs- oder Erneuerungsarbeiten vorgenommen.

Weiters wurde im Altersheim Lainz der Einbau einer Zentralheizungs- und Warmwasserbereitungsanlage im Pavillon XIII, die an die Heizzentrale des Pavillons XI angeschlossen ist, fertiggestellt. Auch die nun geschlossenen Terrassen an der linken Seite und im Mitteltrakt des Pavillons VI wurden mit einer Warmwasserpumpenheizung ausgestattet. Die im Pavillon XV eingebaute Be- und Entlüftungsanlage für die Unterwassertherapie konnte bereits in Betrieb genommen werden.

Die ständig weitergeführten Modernisierungsarbeiten in den Amtsräumen des Rathauses sind so weit gediehen, daß die Umstellung der alten Heizungsanlage von einer Hochdruckdampf- auf eine Warmwasserpumpenheizung beinahe vollendet ist. In weiteren 4 Amtshäusern, 12 Schulen sowie in 5 Kindertagesstätten und -heimen wurden die vorhandenen Heizungsanlagen renoviert und den modernen hygienischen und betrieblichen Anforderungen angepaßt. 5 neue Schulbauten, 2 Kindergärten sowie 4 größere Bauten, die als Feuerwachen, Rettungsstationen oder für andere öffentliche Zwecke verwendet werden, wurden mit Zentralheizungen ausgestattet. 5 weitere Schulneubauten und 2 Kindergärten sowie das Kulturzentrum Kagran wurden teils an Fernheizungen, teils an Blockheizwerke angeschlossen, wodurch dort eigene Kesselhäuser und auch Heizer entbehrlich wurden. War bei derartigen Bauten der Anschluß an Fernheizungen nicht möglich, wurden die Feuerungen meist auf Gas oder Heizöl eingestellt und mit automatischen Brennern ausgerüstet, um das nur knapp vorhandene Heizpersonal zu sparen.

Die Schulneubauten wurden zum Großteil in Fertigteilbauweise ausgeführt, wobei auch die Heizungsinstalltionen zum Teil vorgefertigt auf die Baustelle kamen und dort in Fließarbeit montiert wurden. Dadurch konnten die Baukosten und die Bauzeiten nicht unwesentlich gesenkt werden. Für den Neubau von Zentralheizungen wurden 25 Millionen Schilling, für die Erhaltung von Heizungsanlagen 12 Millionen Schilling und für die Brennstoffbeschaffung 57 Millionen Schilling aufgewendet.

Die Kühlschränkkaktion der Magistratsdirektion für die städtischen Dienststellen wurde fortgesetzt. Auch Kindergärten wurden mit Kühlschränken ausgestattet.

Im Internationalen Studentenheim Döbling, das mittels einer Einkanal-Hochdruckanlage be- und entlüftet und gleichzeitig beheizt wird, in dem aber auch eine zentrale Warmwasserbereitungsanlage für rund 370 Zimmer sowie eine Großküchenanlage, die ca. 2.500 Personen pro Mahlzeit versorgen kann, errichtet wurden, konnten sämtliche Anlagen fertiggestellt werden. Die Energieversorgung der Küche ist dreischienig (Dampf, Gas, Strom), so daß bei Ausfall einer Schiene ein Notbetrieb geführt werden kann. Auf der Neff-Transfer-Kochstraße mit Ausgabeband werden die Speisen in automatischen Kochapparaten in kleinen Mengen kontinuierlich zubereitet und in Speisemulden ausgegeben. Durch diese Kochstraße ist es möglich, stets frisch gekochtes Essen auszugeben. Sie liefert jeweils in Zeitabständen von drei Sekunden ein komplettes Menü. In der Kochstraße können drei Menüarten gleichzeitig und außerdem in einer konventionellen Küche A-la-carte-Menüs zubereitet werden. Das Schmutzgeschirr wird vom Speisesaal mittels eines Geschirrpaternosters zur Spüle gebracht. Mit Wärme wird das Internationale Studentenheim Döbling vom Fernheizwerk Spittelau aus versorgt; der Anschlußwert beträgt 6 Gcal/h. Schließlich wurde noch eine Speisen-Annoncieranlage eingebaut.

In der Zentralwäscherei 14, Steinbruchstraße, wurden die wärme- und lüftungstechnischen Einrichtungen fertiggestellt.

Mit den Arbeiten an der Belüftungsanlage für den Auto- und Straßenbahntunnel der Unterführung der Ostbahn mit der Erzherzog Karl-Straße wurde begonnen. Die Arbeiten entsprechen dem Baufortschritt und werden voraussichtlich im Frühjahr 1971 beendet sein.

Für das Projekt der Wiener U-Bahn fanden für alle Stationen, mit Ausnahme der Station Praterstern, gemeinsam mit Statikern, Architekten und Brückenbauern laufend Planungsgespräche statt. Für die Station Karlsplatz liegen bereits konkrete Planungsunterlagen vor. Im übrigen wurden für den U-Bahnbau einige grundlegende Unterlagen erarbeitet. Dazu zählen: ein Bericht über Wassersparmaßnahmen bei privaten Klimaanlageanlagen im Bereich der Grundwasserabsenkung für das Baulos 1 Karlsplatz; eine Studie über Be- und Entlüftungs- sowie Heizungsanlagen für Tiefgaragen im Umkreis von U-Bahnstationen; eine Studie über die Schleusenbauwerke bei der Donaukanalunterführung und schließlich Untersuchungsberichte über aero- und thermodynamische Probleme einer U-Bahn. Die zuletzt genannten Berichte gliedern sich in drei Teilberichte über „Theoretische Untersuchungen über lufttechnische Probleme der U-Bahn“, „Untersuchungen über thermodynamische Probleme der U-Bahn“ und „Messungen in Streckenabschnitten der London-Victoria-Linie und der SL Stockholm-Tunnelbau“. Die Modellversuche über geeignete Maßnahmen zur Verminderung des Luftschalles und der Wärmeabfuhr aus den Fahrtunnels sind noch nicht abgeschlossen.

Die für den U-Bahnbau eingerichtete Baukanzlei Favoritenstraße wurde mit einer gasgefeuerten Zentralheizung ausgestattet. Die Vorarbeiten für die Errichtung einer Baukanzlei Stephansplatz waren zu Jahresende noch nicht beendet. Für die U-Bahn selbst wurde an der Planung von 8 der insgesamt 12 Stationen gearbeitet, die Planung der Schleusenanlagen kann erst nach einer Vorentscheidung der zuständigen Organe weitergeführt werden. Es sind die Probleme der Luftschwallbauwerke und der Tunnelentlüftungen zu klären und auch über die Wärmeversorgung der Stationen Stephansplatz, Karlsplatz und Reumannplatz (Amalienbad) muß entschieden werden. Hiefür sind aber noch umfangreiche Erhebungen und Auswertungen notwendig.

Für die Errichtung der Prüfanstalt 11, Rinnböckstraße, wurden die Vorarbeiten für den Baubeginn, die Planung und die Ausschreibung der Arbeiten durchgeführt.

Weitere Planungsarbeiten erstreckten sich beim Autobahntunnel Objekt E 519 auf die Belüftung des Tunnels, die CO-Warnanlage und die Sichttrübungsmeßgeräte.

Im Hochwasserpumpwerk der Wiener Kanalisation 22, Schierlinggrund, wurde nach dem Einbau einer Propellerpumpe mit einer Leistung von 1.000 l/sek. der Probetrieb beendet und eine letzte Überprüfung der durchgeführten Arbeiten vorgenommen. Im Hochwasserpumpwerk 22, An der unteren Alten Donau, wurde nach Abschluß des Einbaues von 2 Jenbach-Dieselmotoren mit je 200 PS mit der Auswechslung der alten Pumpen aus dem Jahre 1890 gegen 2 neue Achsialpumpen mit einer Leistung von je 820 l/sek. begonnen. Die Planungsarbeiten für die Hauptkläranlage Simmering wurden weitergeführt. Im Rechengebäude dieser Kläranlage wurde überdies eine Lüftungs- und Heizungsanlage mit PVC-Luftkanälen eingebaut, die sich wegen ihrer Korrosionsbeständigkeit hierfür besonders gut eignen. In der Kläranlage Inzersdorf-Blumental wurden Probeläufe der Schneckenpumpwerke, der Mammutrotoren, der Schlammräumer und des Sandfanges durchgeführt. Schließlich wurde noch im Betriebslokal der Magistratsabteilung für Kanalisation 21, Fännergasse 2—4, in der Garage für Einsatzfahrzeuge und Pumpenwagen eine ölbefeuerte Warmluftheizung eingebaut.

Die Arbeiten für das Fleischzentrum St. Marx konnten vergeben und auch aufgenommen werden. Ebenso wurde der Bau der Wiegeanlagen für den Schlachthof und für den Lebendviehmarkt bereits in Auftrag gegeben. Ferner ergaben sich größere Instandsetzungs- und Herstellungsarbeiten an den städtischen Großkühlanlagen.

Auf den Friedhöfen Hernals, Hietzing, Mauer und Ottakring sowie in der Halle I des Zentralfriedhofes wurden Leichenkühlanlagen gebaut.

Weitere Arbeiten, die generell anzuwendende Normen zum Ziele hatten, galten den Bemühungen um die Reinhaltung von Luft und Wasser. So wurden im Auftrag der Stadtbauamtsdirektion Besprechungen abgehalten, um einen Antrag auf Herabsetzung des maximalen Schwefelgehaltes in der Ö-Norm C 1108, die die Anforderungen an Heizöle festlegt, zu formulieren.

Weiters wurde die Frage der Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung der Abfuhr von mineralöhlhaltigen Abfallstoffen im Gebiet der Bundeshauptstadt Wien geprüft. Auch eine Note des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie wurde beraten, in der angeregt wurde, in allen Bundesländern die Lagerung von extra leichtem Heizöl einheitlich zu regeln.

Den Umfang der im Jahre 1970 bewältigten Arbeiten mögen einige zahlenmäßige Angaben illustrieren. Es wurden etwa 8.200 Aufträge mit einer Kostensumme von 230 Millionen Schilling vergeben. Für bereits fertiggestellte Arbeiten langten rund 12.300 Rechnungen ein, von denen etwa 11.800 nach Überprüfung zur Anweisung der Rechnungsbeträge weitergeleitet wurden. Ferner wurden 429 Dienststücke, die bau-, gewerbe- und theaterbehördliche Angelegenheiten betrafen, bearbeitet und Sachverständige dieser Arbeitsgebiete zu 89 kommissionellen Augenscheinsverhandlungen anlässlich von Genehmigungsverfahren entsendet, an denen sie durch die Abgabe von Gutachten und fachlichem Rat mitwirkten.

Die Dampfkesselüberwachung im Bundeslande Wien besorgten 5 Dampfkesselprüfungskommissäre, die bei Kesselprüfungen 3.239 äußere und 1.787 innere Untersuchungen sowie 1.124 Feuerzuguntersuchungen anstellten. Außerdem nahmen sie 1.003 Wasserdruckproben vor und stellten auf Grund der Untersuchungsergebnisse 644 Druckbehälterbescheinigungen aus; außerdem prüften sie 98 Betriebswärter.

175 Untersuchungen galten der Rauchplagebekämpfung. Die erhobenen Befunde wurden in Form von Gutachten den Magistratischen Bezirksämtern, die die Untersuchungen angeregt hatten, mitgeteilt. Überdies wurden bei der Überprüfung von Rauchfangkehrerarbeiten 2.650 Berechnungsblätter revidiert, aber auch 1.840 Rauchfang- und Schornsteinanlagen sowie etwa 8.000 Mängelanzeigen überprüft.

Die Heizkontrolle besorgten 14 Werkmeister in ca. 1.200 Objekten, wobei sie neben der Brennstoffgebarung das wirtschaftliche Heizen und den Betrieb der technischen Einrichtungen, aber auch die Dienstleistung der Heizer überwachten. Für die Beheizung der städtischen Objekte wurden rund 1.450 t feste und 1.250 t flüssige Brennstoffe, 4,500.000 m² Gas und 2,300.000 kWh elektrische Energie verbraucht.

Technische Angelegenheiten des Gas- und Elektrizitätswesens

Bei der behördlichen Überprüfung und Überwachung von Elektro- und Gasanlagen für Stadt- und Flüssiggas in Theatern, Kinos, Ausstellungen und Gewerbetrieben sowie in Einrichtungen des Sanitätswesens, aber auch von Hausinstallationen wurden 1.949 Dienststücke erledigt. Daneben war zu beurteilen, ob der Befähigungsnachweis von Bewerbern für die Erteilung von Konzessionen für das Elektro- sowie das Gas- und Wasserinstallationsgewerbe als erbracht anzusehen war. Ferner war an den Prüfungen für Kinooperateure und Theaterbeleuchter mitzuwirken.

Für Hochspannungsfreileitungen, Umspann- und Unterwerke der Wiener Stadtwerke wurden Kollaudierungen und für Gashochdruckleitungen sowie für Gasreglerstationen Prüfverfahren durchgeführt. Auch beim U-Bahnbau und für andere Bauten und Einrichtungen waren in kommissionellen Verhandlungen von den Amtssachverständigen Gutachten abzugeben und die einzuhaltenden Bedingungen vorzuschreiben.

Ebenso wurde an der Formulierung eines Entwurfes einer Novelle zum Wiener Gasgesetz sowie einer Wiener Gastechnikverordnung mitgewirkt. Weitere Mitarbeit war in den vom Bundesministerium für Bauten und Technik eingesetzten und vom Elektrotechnischen Verein geführten Fachausschüssen zur Schaffung neuer elektrotechnischer Vorschriften sowie im Fachnormenausschuß des Fachverbandes der Gaswerke zu leisten.

Um die Bevölkerung vor Unfällen durch schadhafte oder vorschriftswidrige Installationen und Geräte zu

bewahren, wurde die Außerbetriebnahme vorschriftswidriger elektrischer Anlagen und Betriebsmittel oder die Einhaltung der elektrotechnischen Sicherheitsvorschriften mit Bescheid aufgetragen.

Es wurden aber auch für städtische Dienststellen und an den von den städtischen Technikern zu betreuenden Anlagen größere Arbeiten durchgeführt.

So wurde im Allgemeinen Krankenhaus die gesamte elektrische Anlage von 5 auf 10 kV beziehungsweise von 3×220 V auf 3×380 V umgestellt, wobei die Hoch- und die Niederspannungsanlage erneuert werden mußten. Ferner wurden für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses unter anderem moderne elektrische Einrichtungen für die Turbokompressoren der Kältezentrale (Sanftanlasser für ca. 400 kW) geschaffen. Weiters wurde an der sehr exponiert gelegenen Wohnhausanlage 14, Mauerbachstraße 38, die 5 Blöcke mit 12 Stiegen und 95 Wohnungen umfaßt, eine elektrische Dachrinnenheizung installiert, die vollautomatisch bei Temperaturen um den Gefrier- und Taupunkt (ca. -2°C bis 2°C) arbeitet. Dadurch kann sich bei diesen Temperaturen Eis in den Dachrinnen und den dazugehörigen Regenabfallrohren nicht bilden. Am Blumengroßmarkt Inzersdorf wurden die Versorgungsleitungen für Strom, Wasser- und Fernwärme in Kollektoren (Installationsgängen) verlegt, die Reparaturen an diesen Leitungen ohne Behinderung des Straßenverkehrs ermöglichen und auch jederzeitige Kontrollen gestatten. Außerdem wurde in der Blumenhalle eine Sprühanlage eingebaut, um die für den Blumenbestand notwendige Luftfeuchtigkeit herstellen zu können. Bei dieser Sprühanlage wird das Wasser über eine Enthärtungsanlage geführt und mittels Spezialdüsen hauchfein in der Halle versprüht. Auch das Beleuchtungsproblem der Blumenhalle konnte gelöst werden. Bei zahlreichen Versuchen wurde eine Lichtfarbe der Leuchtstofflampen ermittelt, bei der Farben, speziell Blumenfarben, farbrichtig wahrgenommen werden können; das Beleuchtungsniveau beträgt ca. 350 Lux. Schließlich wäre noch die Großküchenanlage im zweiten Bauteil des Internationalen Studentenheimes 19, Gymnasiumstraße, zu erwähnen, die ebenfalls eingerichtet wurde. Es handelt sich hierbei um eine der modernsten Anlagen, die für den automatischen Betrieb mit umfangreichen Schalt- und Steueranlagen ausgestattet wurde. Eine im Raum des Küchenchefs installierte Betriebsanzeigtabelle erlaubt es, sämtliche Küchenmaschinen, unabhängig von ihrem Aufstellungsort in Küche oder Keller, von hier aus zu überwachen. Die Abgabe der verschiedenen Menüs wird durch eine optisch-akustische Signalisierungsanlage mit Zählwarte gesteuert.

Ferner wurde das im Objekt 1, Dr. Karl Lueger-Ring 10, provisorisch untergebrachte Büro für Verwaltungstechnik und Organisation mit einer Telefonanlage ausgestattet; außerdem wurden für die dort installierte Datenverarbeitungsanlage 5 Stromwege zum Rathaus zur Verfügung gestellt. Mit der Post- und Telegraphendirektion für Wien wurde überdies eine Vereinbarung getroffen, um für den künftigen Anschluß der Standesämter an die zentrale Datenverarbeitungsanlage im gegebenen Zeitpunkt Leitungen in Betrieb nehmen zu können. Auch für die Abfassung des Erlasses der Magistratsdirektion vom 24. Juni 1970, MD - 3346/1969, der die Genehmigung, Beschaffung, Instandhaltung und Benützungsgebühren von Fernmeldeanlagen regelt, wurden die notwendigen Informationen erteilt.

Für die öffentliche Beleuchtung wurden rund 11.000 Lichtstellen und Leuchten beim Neu- und Umbau von Straßenbeleuchtungsanlagen hergestellt oder instandgesetzt. 3.567 Glühlampen mit einer Leistung von je 200 Watt wurden durch Gasentladungslampen ersetzt.

Obwohl im Jahre 1970 um 6.970 Lampen und 2.298 Leuchten mehr in Betrieb waren als im Vorjahr, sank der Anschlußwert der gesamten öffentlichen Beleuchtung um insgesamt 119 kW und betrug zu Jahresende 13.351 kW. Hingegen erhöhte sich die Lichtausbeute des installierten Gesamtlichtstroms um 30,330.000 Lumen auf 471,523.000 Lumen. Dies entspricht ungefähr der Lichtmenge, die von 692.511 Stück der üblichen 60-Watt-Glühlampen abgegeben wird. Allein in den Passagen wurde eine Lichtmenge von 11,451.000 Lumen erzielt.

Neben umfangreichen Beleuchtungsbauten in ganz Wien, vorzüglich in neuen Wohnbaugebieten, in Betriebsbaugebieten und auf den neueröffneten Autobahnteilstücken, wurden zwei erwähnenswerte Beleuchtungsanlagen in den Innenbezirken installiert, und zwar am Michaelerplatz eine Hochbeleuchtung mit Hochleistungsanstrahlgeräten am Dach eines Hauses und auf der Mariahilfer Straße, zwischen Gürtel und Getreidemarkt, eine Längsbeleuchtung mit einer mittleren Beleuchtungsstärke von ca. 50 bis 55 Lux. Beide Anlagen sind mit modernen Natriumhochdruckdampflampen bestückt. Hier wurde mit dem gleichen Energieaufwand wie für eine Glühlampenbeleuchtung (44 kW) eine etwa siebenmal so starke Helligkeit erreicht.

Administrative und arbeitstechnische Verbesserungen verhalfen zu finanziellen Ersparnissen und gaben die Möglichkeit, trotz Personalmangels die Arbeit zu bewältigen. So wurde auf Grund von Vorversuchen im Jahre 1969 ein Weg gefunden, mit Hilfe einer Xerox-Kopieranlage die Organisation und die Budgeterstellung zeiteinsparender zu gestalten. Es wird für die zu bearbeitenden Beleuchtungsanlagen jeweils ein Projektblatt erstellt, auf dem Bauart und Kosten angegeben sind. Vorerst stellt dieses Blatt eine Wunschkodokumentation für die Budgeterstellung dar, doch wird es nach endgültiger Festlegung des Bauvorhabens auch weiterhin zur Durchführung, zur Kalkulation, ja bis zum Bauabschluß und zur Abrechnung verwendet. Bisher mußten nach diesen Blättern Listen für den Voranschlag und für Berichte nach der Perlustrierung meist sogar mehrmals neu geschrieben werden. Nunmehr werden die Köpfe der Projektblätter so ausgeführt, daß sie mit Hilfe einer geeigneten Schablone in der Kopieranlage zu einer Liste vereint werden können, ohne daß eine Schreibkraft mehrere Stunden damit beschäftigt wäre.

Auch die Mastfundierung auf Autobahnteilstücken wurde erstmals nach einer zeit- und kostensparenden Methode vorgenommen. Bisher mußten für die Fundamente von Lichtmasten Löcher von 0,8 m Durchmesser und 1,80 m Tiefe gegraben werden, was vor allem im geschütteten Boden mit beträchtlichen Schwierigkeiten verbunden war.

Dann wurde der Mast ins Loch eingesetzt, gerichtet und mit Beton eingegossen. Bei dem neuen Verfahren, für das 2 Jahre hindurch Versuche angestellt wurden, wird ein Pfahl mit einem Doppel-T-Profil durch eine Ramme so in den Boden geschlagen, daß etwa 0,8 m aus dem Boden ragen. Der nur um 1,8 m kürzere Mast wird nun über dieses Pfahlende gestülpt und innen mit Sand oder Magerbeton ausgefüllt. Die Kabelzuleitung erfolgt durch vorher in den Profildpfahl eingelegte Kunststoffrohre. Bei dieser Art der Einbringung der Mastfundamente in den Straßengrund wird überdies an der Straßendecke die Frostschuttschicht nur wenig beschädigt. Diese Methode kann überall dort angewendet werden, wo keine Einbauten, wie Rohrleitung und Kabel, vorhanden sind oder wo zumindest deren Lage bekannt ist. Die Beleuchtungsanlagen an den neuen Autobahnteilstücken wurden mit Hilfe dieser Methode hergestellt.

Eine weitere Maßnahme, Bauvorhaben auf öffentlichem Gut zu beschleunigen, wurde, ebenfalls nach Versuchen, erstmals auf der Mariahilfer Straße angewendet. Hierbei werden alle Arbeiten, die nicht notwendig im Verkehrsraum gemacht werden müssen, am Lagerplatz der Magistratsabteilung für öffentliche Beleuchtung, Elektrizitätswesen und brennbare Gase oder bei den Montagefirmen ausgeführt. So wurde zum Beispiel eine Vorfertigung von Stahldrahtverspannungen außerhalb der Baustelle entwickelt. Dabei wurden auf der Mariahilfer Straße mit Kunststoff überzogene feuerverzinkte, in der Fabrik nach genauen Angaben bereits abgepaßte Seile montiert. Die Möglichkeit dazu ergab sich dadurch, daß im Laufe der letzten Jahre den an der öffentlichen Beleuchtung arbeitenden Firmen nahegelegt wurde, fahrbare Hebebühnen, sogenannte Hubkanzeln oder Steiger, anzuschaffen, die mit elektrischen oder pneumatischen Arbeitsgeräten, wie Bohrmaschinen und Schlagbohrgeräten, ausgestattet sind. Zehn derartige Steiger sind über dem flutenden Verkehr täglich im Einsatz und behindern denselben nur wenig. Auf diese Weise wurde die Beleuchtung auf einer 1,8 km langen Strecke in der Mariahilfer Straße in 21 Tagen komplett fertiggestellt. Früher hatte man dazu etwa 40 bis 50 Tage gebraucht.

Zu Ende des Jahres 1970 waren 173 öffentliche Uhren in Betrieb. Außer den Würfeluhren zählten auch die Uhren auf Kirchen, Amtshäusern und Schulen dazu. 2 Würfeluhren waren wegen großer Bauvorhaben demontiert. Bei 12 weiteren Uhren, meist auf Kirchtürmen, wurde nur die Zifferblattbeleuchtung betreut. 121 Uhren sind zentralgesteuert.

Im Jahre 1970 wurden 235 Kontrollgänge und 135 Bauüberwachungen durchgeführt. 277 Störungsmeldungen langten ein.

Nach ausgedehnten Versuchen mit der Versuchsfrequenz einer Lieferfirma für Funksender wurde die allmähliche Umstellung der Uhren auf Funkfernsteuerung vorbereitet. Allerdings konnte mit den Arbeiten im Jahre 1970 nicht mehr begonnen werden, weil die provisorische Funkbewilligung von der Post- und Telegraphenverwaltung erst im Dezember erteilt wurde. Weiters wurden Maßnahmen zur Sicherung der Zeitanzeige untersucht. Unter anderem wurde eine elektronische, netzgesteuerte Uhr mit Zifferanzeige entwickelt, die dazu verwendet werden kann, bei Ausfall der Funkverbindung für einige Zeit an Ort und Stelle die Steuerung einer öffentlichen Uhr oder einer Uhrengruppe zu übernehmen.

Im Versuchsraum wurden neben Material- und Lieferkontrollen insgesamt 46 Versuchsreihen durchgeführt. Hiezu gehörte die Entwicklung einer Einbaudeckenleuchte für die Straßenunterführung Erzherzog Karl-Straße, die in Zusammenarbeit mit der Industrie durchgeführt wurde und bei Bewährung allgemein verwendet werden könnte. Zahlreiche weitere Geräte und Materialien konnten auf Grund der Versuchsergebnisse verbessert werden. Eine Untersuchung von Leuchten für Altstadtgebiete hat ergeben, daß diese der Umgebung angepaßten Leuchten wegen der geringen lichttechnischen Qualität nur nach den Gesichtspunkten der Anschaffungskosten, Lagerhaltung und Instandhaltung auswählbar sind.

In Zusammenarbeit mit der Magistratsabteilung für technische Verkehrsangelegenheiten wurden 41 Verkehrssignal- und 5 Blinkanlagen errichtet und 6 Verkehrssignalanlagen umgebaut. Bei 37 provisorischen Verkehrssignalanlagen für die Baustellen anderer Dienststellen wurde die Stromversorgung bereitgestellt und die Bauausführung überprüft. Für größere Baustellen, vor allem für Straßenbauten, wurden 10 Stück Schaltgeräte und dazugehörige Einrichtungen angekauft. Bei Bedarf werden diese Anlagen beigelegt.

Die Anstrahlung von Baudenkmälern, Brücken und Brunnen im Auftrage des Kulturamtes umfaßte 49 Objekte. Die Anstrahlungsanlagen des Burgtheaters und des Burgtores am Michaelerplatz wurden verbessert. Beim Burgtor geschah dies anlässlich des Umbaus der Platzbeleuchtung, wobei ebenso wie beim Burgtheater das Beleuchtungsniveau gehoben wurde, die Betriebskosten aber gesenkt werden konnten.

Technische Verkehrsangelegenheiten

Die Straßenverkehrsbehörde hatte für die Verkehrsorganisation und die Verkehrsregelung, Planungen mit Entwürfen sowie Berechnungen durchzuführen, die zum Teil mit Verkehrszählungen verbunden waren. Es waren ferner die Verkehrslichtsignalanlagen und sonstigen technischen Verkehrsanlagen zu überprüfen. Zahlreiche Ermittlungsverfahren waren für die Festlegung der notwendigen verkehrsbehördlichen Verfügungen, die durch das Aufstellen von Verkehrszeichen oder das Anbringen von Bodenmarkierungen kundgemacht wurden, aber auch für andere Verkehrsmaßnahmen durchzuführen. Häufig mußten dann die Rückwirkungen solcher Maßnahmen auf größere Gebiete verkehrstechnisch untersucht werden. Für insgesamt 40 Gefahrenpunkte an Verkehrsflächen wurden Verkehrslichtsignalprojekte mit Schutzwegen von der Magistratsabteilung für technische Verkehrsangelegenheiten ausgearbeitet. Weiters konnten Bodenmarkierungspläne für 232 Örtlichkeiten und Signalpläne von 45 bestehenden signalgeregelten Kreuzungen, an denen sich im Laufe der Zeit andere Verkehrs-

situationen oder durch Straßenumbauten Änderungen ergeben hatten, entsprechend geändert oder neu gezeichnet werden. Verkehrszählungen wurden an 5 Örtlichkeiten vorgenommen. Erstmals wurden auch Pläne für Umleitungsstrecken von vorübergehenden Verkehrsmaßnahmen gezeichnet.

In den Bezirken 1 bis 11 wurden insgesamt 188 Verkehrslichtsignalanlagen auf ihre weitere Notwendigkeit überprüft. Hierbei wurde die Verkehrslichtsignalanlage an der Simmeringer Hauptstraße—Kaiser-Ebersdorfer Straße im 11. Bezirk wegen der Sperre der Ausfahrtmöglichkeit von der Kaiser-Ebersdorfer Straße in die Simmeringer Hauptstraße, und an der Brünner Straße bei Nr. 57, nächst der Lokomotivfabrik, als nicht mehr notwendig außer Betrieb genommen. Hingegen wurden 5 Straßenübergänge mit Gelbblinklicht gesichert und an 31 weiteren Örtlichkeiten mit Verkehrszeichen gekennzeichnete Schutzwege festgelegt.

In allgemeinen verkehrsbehördlichen Angelegenheiten wurden 1.426 Geschäftsfälle behandelt. Davon betrafen 710 Ladezonen und fallweise Halteverbote, 121 Parkplatzreservierungen für Veranstaltungen und Diplomatenfahrzeuge sowie 72 Taxi- und Stadtrundfahrten-Autobusstandplätze. In 523 Fällen waren Maßnahmen für den ruhenden Verkehr zu treffen. Es waren Fahrverbote und Fahrbeschränkungen (Spitzenzeitenhalteverbote) anzuordnen, Kurzparkzonen, besondere Parkordnungen (Schrägparkzonen, auch mit teilweiser Benützung von Gehsteigflächen), Ausnahmen von Schienenstraßenparkverbot, Einbahn- und Vorrangstraßen festzulegen, die vermehrten Verkehrsströme zu Allerheiligen und zu Weihnachten zu lenken, die zulässigen Höchstgeschwindigkeiten auf bestimmten Straßenzügen zu erhöhen und Bodenmarkierungen festzulegen. Ferner waren für beabsichtigte Omnibus- und Straßenbahnhaltestellen verkehrstechnische Gutachten abzugeben. Besonders zu erwähnen wären die Festlegung von Einbahnstraßensystemen für Teile des 10. und des 12. Bezirks, Untersuchungen an Kreuzungen mit hoher Unfallhäufigkeit, bei denen Kollisionsdiagramme und Unfallsstatistiken ausgewertet wurden, sowie Ermittlungsverfahren zur Unfallverhütung.

Es wurden auch regelmäßig Sachverständige in den Normungsausschuß für Brückenbau, in den Fachbeirat des Österreichischen Statistischen Zentralamtes für die Statistik der Straßenverkehrsunfälle, ferner zu den Besprechungen des Verkehrsschwerpunktprogramms in der Verbindungsstelle der Bundesländer beim Amt der niederösterreichischen Landesregierung und zu den Beratungen bezüglich eines Entwurfes eines Parkmetergesetzes entsendet. Eine weitere Verpflichtung war die Teilnahme an den U-Bahn-Planungsgesprächen sowie an den Koordinierungsgesprächen in der Stadtbauamtsdirektion. Ferner war an einer Straßenverkehrsnovelle, am eisenbahnrechtlichen Ermittlungsverfahren, an der Klärung der Schulwegsicherung sowie an der Erstellung der rechtlichen Grundlagen der Straßenbahnlichtsignale, aber auch an der Einführung von Blindensignalen mitzuwirken. Ebenso war in den Bezirksvorstehersitzungen über die Verkehrsprobleme der einzelnen Bezirke Auskunft zu geben.

Verkehrstechnische Gutachten wurden zu Projekten der Stadt- und Landesplanung, für den Straßen- und Brückenbau, für Zufahrten zu Märkten sowie zu Vorhaben der Wiener Verkehrsbetriebe abgegeben. Sanierungsarbeiten an Straßen, die zum Teil von Bezirksvorstehungen und von Bundespolizeidienststellen beantragt wurden und geeignet waren, den Straßenverkehr wesentlich zu beeinflussen, mußten ebenfalls begutachtet werden. Meist waren die Gutachten bei Orts- und Büroverhandlungen anlässlich von Bauverfahren abzugeben. Es war an etwa 60, teils sehr umfangreichen Bauvorhaben mitzuwirken.

Sachverständigenutachten in technischen Angelegenheiten des Eisenbahnwesens, die Haupt- und Nebenbahnen, Straßenbahnen, Haupt- und Kleinseilbahnen sowie Anschlußbahnen betrafen, waren in ca. 95 eisenbahnbehördlichen Verfahren abzugeben, mit deren Durchführung das Bundesministerium für Verkehr den Landeshauptmann von Wien betraut hatte. Als Beispiele zu erwähnen wären hier die immer wieder vorzunehmenden Erweiterungen der Anschlußbahnanlagen im Umkreis des Liesinger Industriezentrums, am Handelskai und in den Hafenbereichen sowie die Überprüfung, Errichtung und Auflassung von Eisenbahnkreuzungen im Zusammenhang mit Gleis- und Straßenumbauten. Größere Bauvorhaben dieser Art sind die Beseitigung der schienengleichen Kreuzung mit der Altmannsdorfer Straße durch die Tieflegung der Donauländebahn, die im Zusammenhang mit dem Ausbau der Heiligenstädter Straße notwendige Verlegung der Franz Josefs-Bahn, der Bau der Gleisschleifen bei der Nordbrücke sowie die Elektrifizierung der Verbindungsbahn. Ebenso waren Bauvorhaben der Österreichischen Bundesbahnen und privater Bauwerber auf Eisenbahngrund oder im Bauverbots- und Gefährdungsbereich von Bahnen vom verkehrstechnischen Standpunkt zu beurteilen, wobei auch die Interessen der Stadt Wien zu wahren waren. Weiters mußten alle Gleis-, Hoch- und Tiefbauprojekte der Wiener Verkehrsbetriebe im eisenbahnbehördlichen Verfahren technisch und überdies straßenpolizeilich begutachtet werden. Ferner waren zu Verhandlungen im Zusammenhang mit der Errichtung, Auflassung oder Verlegung von Gleisanlagen, Haltestellen und Expeditgebäuden Sachverständige zu entsenden. Erwähnenswerte Gleisumbauten wurden am Gürtel, in der Mariahilfer Straße und in der Josefstädter Straße vorgenommen. Weitere Straßen, in denen meist anlässlich von Straßenumbauten Änderungen an den Straßenbahngleisen vorgenommen wurden, waren die Alser Straße, Quellenstraße, Geiselbergstraße, Hütteldorfer Straße, Märzstraße und die Ottakringer Straße. Es waren aber auch die Umbauten von Gleisen in Betriebsbahnhöfen sowie die Gleisum- und -neubauten im Zusammenhang mit dem Bau der Wiener U-Bahn zu begutachten. Für Gleisbauvorhaben der Wiener Verkehrsbetriebe wurden rund 60 Verkehrsverhandlungen abgeführt.

Bei eisenbahnähnlichen Unternehmungen, wie die Donaupark- und Liliputbahn, sowie die Doppelsesselliftanlage im Donaupark, waren Sachverständige zu der jährlichen Revision zu entsenden.

Für Arbeiten auf und neben der Straße wurden zahlreiche Bewilligungen erteilt. Bei größeren Bauvorhaben waren oft zeitlich befristete Verkehrsverfügungen notwendig, wie die Sperre von Straßenabschnitten und die Festlegung von Umleitungsstrecken. Diese mußten dann durch provisorische Verkehrslichtsignalanlagen und

Leiteinrichtungen gekennzeichnet werden. Da im Interesse des Verkehrs alle Arbeiten auf Verkehrsflächen, aber auch alle verkehrsregelnden und verkehrsorganisatorischen Maßnahmen koordiniert werden müssen, wurde damit begonnen, die Projekte und den Bauablauf aller noch nicht zur Gänze abgeschlossenen Bauvorhaben zu erfassen. Ferner wurde jeweils die Informationsstelle für Maßnahmen im Straßenbereich des Büros für Verwaltungstechnik und Organisation von solchen Bauvorhaben in Kenntnis gesetzt.

Besonders umfangreiche straßenpolizeiliche Maßnahmen waren für die Vorbereitungsarbeiten für Straßeneinbauten sowie für Straßen- und Brückenbauten im Autobahnabschnitt Favoritenstraße, beim Knoten Prater und beim Südautobahnanschluß zur Altmannsdorfer Straße zu treffen, ferner beim Bau der Ringwasserleitung, der Verbindung vom rechten Hauptammkanal zur Hauptkläranlage, beim Kanalbau in der Industriestraße, bei Einbauten anlässlich der Umstellung auf Erdgas sowie beim Bau von Fernwärmeleitungen. Derartige Maßnahmen waren auch für die Weiterführung der Südautobahn Inzersdorf—Favoritenstraße mit dem Überführungsbauwerk im Zuge der Laxenburger Straße, für die Straßen- und Brückenbauten der Ostautobahn vom Knoten Prater bis zum Knoten Kaisermühlen sowie für den Bau der anschließenden Schnellstraße zur Wagramer Straße notwendig. Ebenso waren die Abschlußarbeiten beim Unterführungsbauwerk Erzherzog Karl-Straße in Stadlau mit den dazu gehörenden Straßen- und Gleisumbauarbeiten für die Straßenbahnverlängerung zur Langobardenstraße, die Vorarbeiten zur Unterführung der Altmannsdorfer Straße mit der Donauländebahn und der Edelsinnstraße, der Umbau der Spittelauer Lände im Zusammenhang mit Leitungsbauten des Fernwärmewerkes Spittelau sowie die Umbauarbeiten an der Mariahilfer Straße, an den Fahrbahnen des Mariahilfer und Gumpendorfer Gürtels, der Schönbrunner Straße und des Gaudenzdorfer Gürtels sowie der Geiselbergstraße, aber auch zahlreiche Straßenumbauten im 4. und 10. Bezirk für künftige Umleitungen im Zusammenhang mit dem Bau der Wiener U-Bahn und schließlich die infolge von Frostschäden notwendig gewordenen Fahrbahnsanierungen durch straßenpolizeiliche Verfügungen zu ermöglichen und zu sichern, desgleichen die Vorbereitungsarbeiten für die WIG 1974 im Bereich der Laaer Berg-Straße. Zur Festlegung der notwendigen befristeten und vorübergehenden Verkehrsverfügungen einschließlich der Errichtung provisorischer Verkehrslichtsignalanlagen, Bodenmarkierungen und der vorübergehend aufzustellenden Verkehrszeichen anlässlich von Bauführungen der Stadt Wien, des Bundes und der Österreichischen Bundesbahnen sowie privater Bauherren wurden 951 Verkehrsverhandlungen durchgeführt. Allein während der Sperrung der Mariahilfer Straße waren zur Kundmachung der hierfür erforderlichen Verkehrsmaßnahmen und die Sicherung des Umleitungsverkehrs rund 100 provisorische Verkehrszeichen und 6 provisorische Verkehrslichtsignalanlagen aufzustellen. Bei ca. 6.000 Bauvorhaben geringeren Umfangs benützten die bauführenden Stellen der Stadt Wien und des Kabelbauamtes das von der Magistratsabteilung für technische Verkehrsangelegenheiten herausgegebene Bewilligungsformular, das die Verwaltungsarbeit auf ein Minimum reduzierte.

Schließlich wurden noch wegen der Benützung von Straßengrund zu verkehrsfremden Zwecken Sachverständige zu 4.624 Verhandlungen der Baupolizei und der Marktamtsdirektion entsendet. Gegenstand der Verhandlungen waren meist öffentliche Bauvorhaben oder Genehmigungsverfahren, denen Ansuchen um die Erlaubnis zur Errichtung von Geschäftsportalen, Kiosken, Zeitungsverkaufseinrichtungen sowie Lichtreklameanlagen (Weihnachtsbeleuchtungen), aber auch zur Abhaltung von Marktveranstaltungen oder zu anderem Gebrauch von öffentlichen Verkehrsflächen zugrunde lagen. Bei plötzlich aufgetretenen Straßen-, Leitungs- und Baugebrechen größeren Umfangs wurden die dringend notwendigen Verkehrsverfügungen gemeinsam mit den zuständigen Polizeidienststellen sofort getroffen, wie etwa bei dem Wasserrohrgebrechen in der Lerchenfelder Straße. In einzelnen Fällen, meist in den Villen-, Siedlungs- und Kleingartengebieten der Randbezirke, mußten Grundeigentümer aufgefordert werden, Bäume, Sträucher oder Hecken, die die Verkehrssicherheit, die freie Sicht über den Straßenverlauf oder die Einrichtungen des Verkehrs beeinträchtigten, auszuästen oder zu entfernen.

Von den nur mit dem U-Bahnbau befaßten Sachbearbeitern wurden im Jahre 1970 in verkehrsbehördlichen Angelegenheiten 124 Verhandlungen durchgeführt und Geschäftsfälle behandelt. Vor allem wurde das verkehrsbehördliche Verfahren zur Festlegung der Verkehrsmaßnahmen für die Umleitungsstrecken des Bauabschnittes Favoritenstraße im 4., 5. und 10. Bezirk durchgeführt und abgeschlossen. Ebenso wurde in mehreren Vorbesprechungen das Verkehrskonzept für die U-Bahnbauabschnitte Stephansplatz—Nestroyplatz, Praterstraße—Praterstern und Franz Josefs-Kai—Ringturm erarbeitet und generell festgelegt.

Es wurde auch ein sachverständiger Vertreter zur 10. Studienwoche für Verkehrstechnik und Sicherheit des Straßenverkehrs in Rotterdam entsendet.

Ferner wurden 873 verkehrstechnische Gutachten für Bau- und Betriebsanlagen nach zahlreichen Ortserhebungen und gemeinsam mit der Bau- und Gewerbebehörde durchgeführten Verhandlungen ausgearbeitet. In 10 Fällen waren verkehrstechnische Gutachten in Berufungssachen für die Bauoberbehörde zu erstellen. Im einzelnen behandelten die Gutachten die Zulässigkeit der Errichtung von Wohn-, Büro- und Geschäftshäusern, Industriebauten, Spitälern, Schulen, Sportanlagen, gewerbliche Anlagen, wie Garagen, Kraftfahrzeugreparaturwerkstätten und -servicestationen, besonders von automatischen Autowaschanlagen, sowie von Transport- und Erzeugungsbetrieben, aber auch Standortkonzessionsangelegenheiten. Wiederholte Begutachtungen mußten wegen verkehrstechnischer Mängel angestellt werden. In den amtlichen Sprechstunden zur verkehrstechnischen Beratung an Dienstagen und Freitagen, seit September 1970 an Donnerstagen, wurden ca. 1.380 Bau- und Betriebsanlagen mit den Planverfassern, meist freischaffenden Architekten, durchbesprochen. Zur Verwaltungsvereinfachung und rascheren Erledigung wurden bei anstandsloser Planung die Pläne sogleich mit Sichtvermerken versehen; solche Fälle wurden statistisch nicht festgehalten.

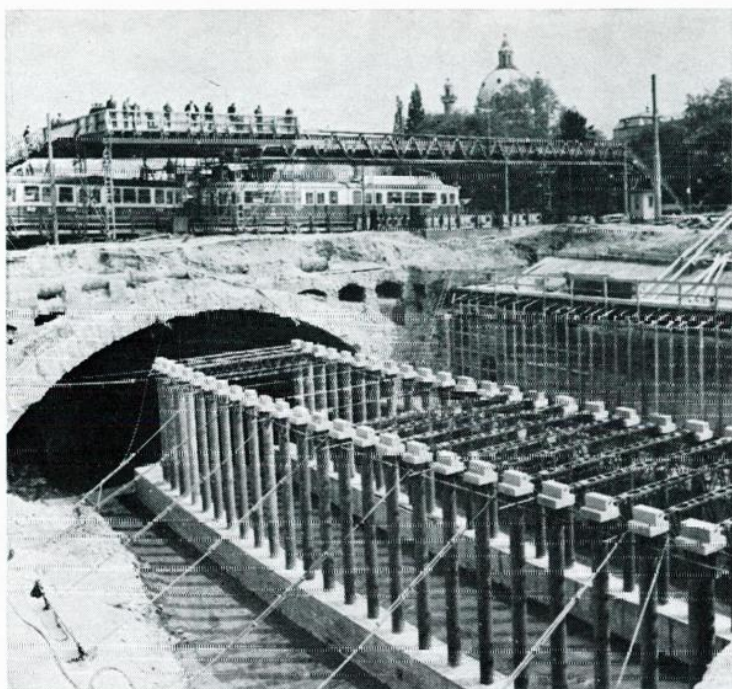


Stadtrat Kurt Heller (Tiefbau) überzeugt sich vom raschen Fortschritt der Bauarbeiten zur Verbreiterung der Friedensbrücke

Straßen- und Brückenbau

Mit dem Ausbau des letzten Stückes der Linken Wienzeile zwischen Gaudenzdorfer Gürtel und Stieergasse verfügt Wien über eine neue leistungsstarke Verbindung zum Westrand der Stadt

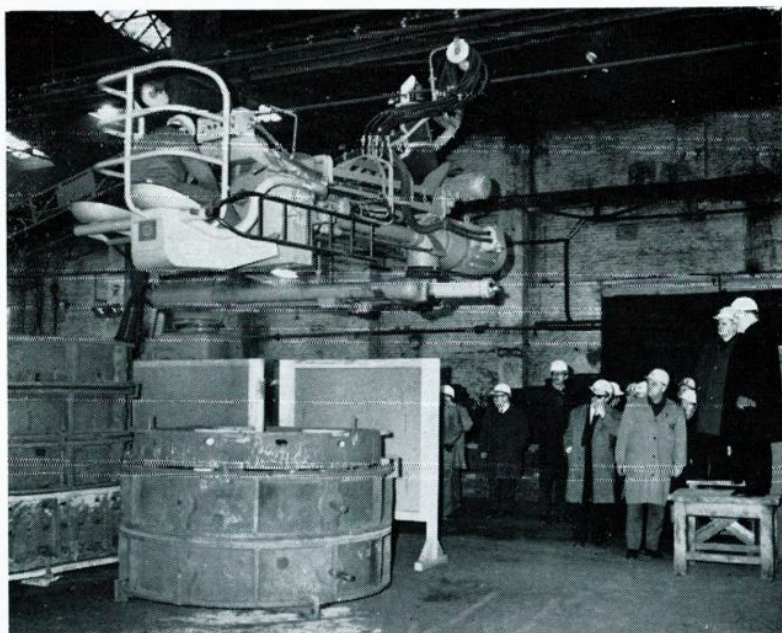




Im Zuge des U-Bahnbaus auf dem Karlsplatz mußte das alte Wienflußgewölbe abgetragen werden. Der Wienfluß erhält in einer „Schachtel“ sein neues Bett

U-Bahnbau

Ein Drittel der für den U-Bahnbau benötigten Tunnelringe wird in einem Wiener Betrieb hergestellt

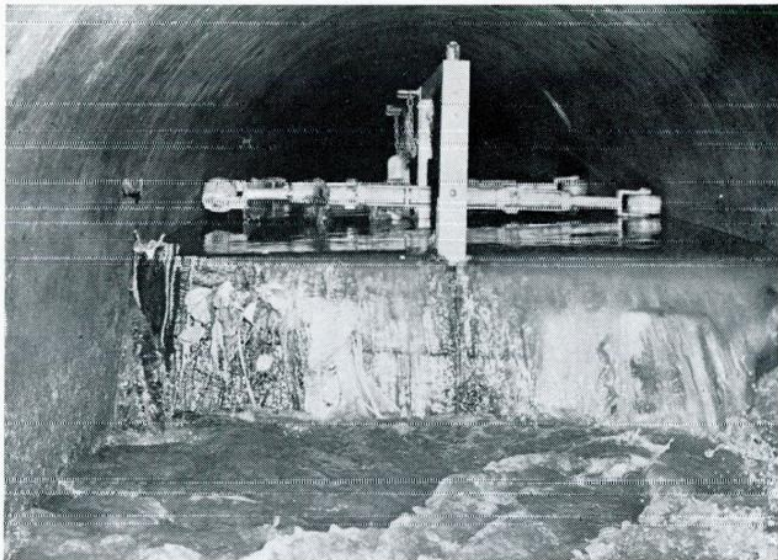




Der Bau des 600 m langen, unter der Hernalser Hauptstraße führenden Alsbach-Entlastungskanal erfolgt im Minierungsverfahren durch Stollenvortrieb

Kanalisation

Der Schwemmwagen dient dazu, größere Ablagerungsmengen zu den Aufzugsschächten zu befördern

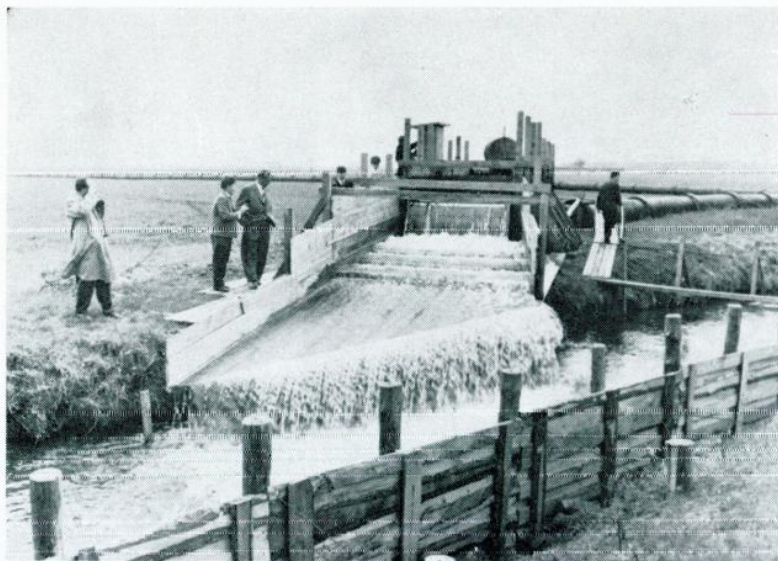




Zu den reichsten Quellen des Hochschwabgebietes zählt die malerische Kläfferquelle; ihre Schüttung beträgt 800 Liter pro Sekunde

Städtische Wasserwerke

Für die dritte Wiener Wasserleitung können 800 Sekundenliter aus zwei Brunnen in Moosbrunn entnommen werden



In 1.396 Fällen wurden Bewilligungen für Transporte mit Übergewichten und Übermaßen sowie für nicht zum Verkehr zugelassene Anhänger, wie fahrbare Geräte und Arbeitsmaschinen, erteilt. Größtenteils mußten die Fahrzeuge vorher an Ort und Stelle überprüft werden.

In vielen Fällen mußten die vorzuschreibenden Routen wegen der Einbauten und der fahrtechnischen Eignung der zu befahrenden Straßen in umfangreichen Verfahren erhoben werden, oft waren auch vorübergehende Verkehrsmaßnahmen zu treffen. Unter den zu bewilligenden Transporten befanden sich solche von Transformatoren mit einem Gewicht bis zu 106 t zu den Umspannwerken Michelbeuern, Auhof, Stadlau, Leopoldau, Währing, Favoriten, Süd-Ost und zum Elektrizitätswerk Simmering, ferner Transporte bis zu einer Länge von 40 m, einer Höhe von 5,8 m, einer Breite von 5,8 m und einem Gesamtgewicht von 134 t zum Fernheizwerk Spittelau und zur Raffinerie Schwechat sowie 18 Transporte von mobilen Schulen und Kindergärten mit besonderen Übermaßen.

Ferner wurden 863 Ausnahmegenehmigungen vom Wochend- und Feiertagsfahrverbot für Lastkraftwagen, von Verkehrsbeschränkungen und -verfügungen sowie von Halteverböten für notwendige Ladetätigkeiten, allenfalls auch zum Befahren des Gehsteiges, erteilt. Oft konnten diese Ausnahmen erst nach Ortserhebungen, Lokalaugenscheinen und dem Einholen von Gutachten anderer Dienststellen bewilligt werden. Ebenso wurden für 132 Kraftfahrzeugmechaniker und Fuhrwerksunternehmen Gutachten über die Lokaleignung im Zusammenhang mit den örtlichen Verkehrsverhältnissen abgegeben. Hiezu waren umfangreiche Ortserhebungen, die oft mit Fahrversuchen verbunden waren, erforderlich. Die Ausnahme vom Wochend- und Feiertagsfahrverbot wurden meist zu besonderen Bedarfszeiten, wie zur Getreide-, Zuckerrüben-, Kraut- und Weinernte, ferner zu Messezeiten und vor Doppelfeiertagen zur Befriedigung des Lieferbedarfs, bei Katastropheneinsätzen oder für unaufschiebbare Bauvorhaben erteilt. Ausnahmen von Kurzparkzonen wurden für besondere Ärztgruppen am Standort der Ordination und Schwerinvaliden am Wohn- und Arbeitsort bewilligt. Vor allem wurden Ausnahmen von Fahrbeschränkungen aber öffentlichen Kraftfahrzeugen der Stadt Wien, der Post und der Österreichischen Bundesbahnen eingeräumt. Ferner wurden 80 Genehmigungen für Sportveranstaltungen auf öffentlichen Straßen, wie Radfahr-, Kraftfahr- und leichtathletischen Veranstaltungen erteilt und 62 Anträge, die Benützung der öffentlichen Straßen für verkehrsfremde Zwecke, wie Filmaufnahmen, zu gestatten, behandelt, wobei häufig Lokalaugenscheine abzuhalten oder Gutachten anderer öffentlicher Dienststellen einzuholen waren. 95 Bewilligungen betrafen Ausnahmen von der winterlichen Gehsteigbetreuungspflicht.

Zu 11 Sitzungen des Österreichischen Arbeitsringes für Lärmbekämpfung wurden auf Ersuchen des Österreichischen Städtebundes Sachverständige entsendet.

Die Straßenverwaltung sorgte für den Bau und den Betrieb von Anlagen für die Verkehrsregelung und den Verkehrsschutz. Wurden Arbeiten vergeben, führte sie die notwendigen Verwaltungsarbeiten aus. Unter den in Betrieb genommenen Verkehrslichtsignalanlagen befanden sich 33 automatische Anlagen. Die Signalgruppen Matzleinsdorfer Platz, Triester Straße, Wiedner Hauptstraße und Gürtelstraße—Eichenstraße wurden an die Verkehrsleitzentrale angeschlossen. Außerdem wurden weitere 43 Anlagen gebaut und fertiggestellt.

39 provisorische Verkehrslichtsignalanlagen wurden für Bauführungen auf Straßen, besonders für Straßen- und Brückenbauten der Stadt Wien, entworfen und ihre Ausführung überprüft. Auch zahlreiche Einbahnen wurden mit Verkehrslichtsignalanlagen geregelt. Schließlich wurden für die durch den Bau der U-Bahn im 4. und 10. Bezirk notwendig gewordenen Umleitungen 26 zum Teil koordinierte Leitsignalanlagen entworfen. Der Bau dieser Anlagen wurde auch überwacht; nach ihrer Fertigstellung wurden sie kommissionell überprüft und in Betrieb genommen. Weiters wurden umfangreiche Kabeltrassen im Bereich der Berggasse—Wasagasse—Maria Theresienstraße, im Zuge der Linken Wienzeile, vom Getreidemarkt bis zum Margarentengürtel, zum Anschluß der Signalgruppen Lobkowitzbrücke, Matzleinsdorfer Platz, Triester Straße, Eichenstraße und Wiedner Hauptstraße an die Verkehrsleitzentrale sowie an deren Datenverarbeitungsanlage, aber auch zum Anschluß von weiteren Fernsehbeobachtungsstellen fertiggestellt. Die für diese Erweiterung der zentralen Verkehrsregelung erforderlichen Planungen und Erhebungen wurden von der Magistratsabteilung für technische Verkehrsangelegenheiten durchgeführt. Diese Koordinierungs- und Übertragungsleitungen werden es ermöglichen, im Laufe der nächsten Jahre die zentrale Verkehrsregelung auf das gesamte Gebiet innerhalb der Gürtelstraßen und der Donaukanalbegleitstraßen sowie auf die Einfallstraßen aus dem Westen, Süden und Nordwesten auszudehnen.

Im Zusammenhang mit Verkehrsunfällen im Bereich von Verkehrslichtsignalanlagen sowie in Verwaltungs- und Strafsachen waren zahlreiche gerichtliche Anfragen zu beantworten und Gutachten auszuarbeiten.

Die bestehenden 437 Verkehrslichtsignalanlagen und 179 Blinklichtanlagen, ebenso die 17 Fernsehbeobachtungsstellen und die Verkehrsleitzentrale einschließlich der Datenverarbeitungsanlage wurden gewartet und instand gehalten. Ferner wurden Funktionsüberprüfungen mittels automatischer Zeitschreibergeräte durchgeführt. Zur Leitung und Sicherung des Verkehrs wurden im Zusammenhang mit neuen Verkehrsverordnungen und -maßnahmen sowie bei Erhaltungsarbeiten 7.361 Straßenverkehrszeichen, 5.558 Zusatztafeln, 4.294 neue Eisenständer und 419 Kettenständer aufgestellt, während infolge von Schäden, Reparaturen, geänderten und aufgehobenen Verkehrsmaßnahmen 4.213 Straßenverkehrszeichen sowie 2.966 Zusatztafeln demontiert und 2.238 Eisenständer sowie 309 Kettenständer ausgegraben wurden. An beleuchteten Verkehrsleitvorrichtungen wurden 32 beleuchtete Verkehrszeichen, 19 Verkehrsleuchtensäulen sowie 30 beleuchtete Wegweiser und Vorwegweiser errichtet.

Für die Bundesstraßenverwaltung wurden im Bereich der Nordostautobahn an beleuchteten Wegweisern und Verkehrszeichen 11 Wegweiserbrücken, 22 Wegweiser und 58 Verkehrszeichen, im Bereich der Südautobahn 1 Wegweiserbrücke, 7 Wegweiser und 23 Verkehrszeichen installiert.

Um Umleitungsstrecken zu kennzeichnen, die infolge der Arbeiten für den Bau der U-Bahn in den Bauabschnitten Karlsplatz und Favoritenstraße notwendig geworden sind, mußten 354 Straßenverkehrszeichen, 248 Zusatztafeln, 193 Eisenständer, 28 Kettenständer und 10 Avisotafeln aufgestellt werden. Für vorübergehende Verkehrsmaßnahmen zur Regelung des Friedhofsverkehrs zu Allerheiligen wurden 208 transportable Straßenverkehrszeichen mit Eisenständern aufgestellt und eingeholt.

An Bodenmarkierungen zur Verkehrslenkung wurden 234.895 m Strichmarkierungen sowie 36.769 m² Flächenmarkierungen aller Art angebracht oder erneuert. Zur Markierung der Umleitungsstrecken für die U-Bahn-Bauabschnitte Karlsplatz und Favoritenstraße wurden zusätzlich 12.766 m Strichmarkierungen sowie 6.535 m² Flächenmarkierungen aller Art hergestellt. Ferner wurden im Gebiet des Landes Wien verlaufende Autobahnen mit 83.563 m Strichmarkierungen und 310 m² Flächenmarkierungen aller Art ausgestattet, während Bundesstraßen im Wiener Gebiet mit 68.468 m Strichmarkierungen und 1.065 m² Flächenmarkierungen aller Art versehen wurden.

Weiters wurden im Jahre 1971 Versuche und Entwicklungsarbeiten durchgeführt, um Lackmaterialien mit höherer Abriebfestigkeit verwenden sowie mit größerer Schichtstärke anbringen zu können, aber auch um Kaltplastikmaterialien schneller und in größerem Umfang aufbringen und bei Nachtmarkierungen Geräte mit verringerter Geräuschkentwicklung einsetzen zu können. Außerdem wurden ca. 200 Vorschläge für Bodenmarkierungspläne ausgearbeitet.

In der Wiener Landesfahrzeugprüfstelle wurden im Jahre 1970 nach den kraftfahrrechtlichen Bestimmungen 6.629 Fahrzeuge durch Sachverständige für die Einzelprüfung überprüft, und zwar 4.043 Personenkraftwagen, 1.138 Lastkraftwagen, Sonderkraftfahrzeuge, selbstfahrende Arbeitsmaschinen und Feuerwehrfahrzeuge, 246 Motorräder, 1.003 Anhänger, 111 Omnibusse, 59 Tankkraftwagen und 29 Tankanhänger. Vereinzelt wurden auch Gutachten von Ziviltechnikern für Maschinenbau oder der Bundesversuchsanstalt für Kraftfahrzeuge in Einzelgenehmigungsverfahren eingeholt. Infolge der Umstellung eines Teiles der Omnibusse der städtischen Verkehrsbetriebe auf den Mischbetrieb mit Dieselöl und Flüssiggas waren an 50 Omnibussen umfangreiche Überprüfungen vorzunehmen, da die teilweise bis zu 10 Jahre alten Omnibusse dem neuesten gesetzlichen Stand entsprechen mußten und daher zur Gänze zu überprüfen waren. Außerdem wurden 161 amtliche Nummern an Motoren oder Fahrgestellen eingeschlagen und 150 Duplikate von Einzelgenehmigungsbescheiden angefertigt. 332 technische Verkehrs- und Kraftfahrzeuggutachten waren vor allem in Verwaltungsstrafsachen in Ermittlungsverfahren erster und zweiter Instanz abzugeben. Mehrmals wurden Sachverständige als Vertreter des Landes Wien zu kraftfahrrechtlichen Tagungen der Bundesländer beim Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie entsendet, bei denen kraftfahrrechtliche Entwürfe und die bundeseinheitliche Vollziehung gesetzlicher Bestimmungen behandelt wurden. In 11 Fällen nahmen städtische Sachverständige an Typenprüfungen für Kraftfahrzeuge teil. Schließlich waren noch 30 Vorlageberichte mit Gutachten an das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie wegen der Erteilung von Ausnahmegenehmigungen nach dem Kraftfahrzeuggesetz 1967, der hiezu erlassenen Durchführungsverordnung sowie nach der Tankfahrzeugverordnung 1967 auszuarbeiten. Für sämtliche Omnibusse der städtischen Verkehrsbetriebe und der Post wurden Ausnahmegenehmigungen hinsichtlich des Mitführens eines bereiften Ersatzrades erteilt.

Ferner waren 36 technische Sachverständige bei Lenkerprüfungen tätig; 5 von ihnen nahmen auch an Fahrlehrerprüfungen teil. Bei den Lenkerprüfungen wurden 46.922 Personen geprüft, von denen nur 20.733 die Prüfung bestanden. Somit haben 26.189 Kandidaten diese nicht bestanden, das sind 56 Prozent aller Geprüften. Zu 48 Fahr- und Fahrlehrerbefähigungsprüfungen traten 75 Personen an, doch waren nur 29 bei den Prüfungen erfolgreich. Diese hohen Versagensquoten sind bereits als alarmierend zu bezeichnen. Zwar unternimmt die Interessenvertretung der Kraftfahrerschulen die denkbar größten Anstrengungen, um den Nachwuchs gewissenhaft auszubilden, doch dürften die Ursachen für die vielen Mißerfolge bei der Prüfung bei den Kandidaten selbst zu suchen sein. Oft treten Personen zur Fahrlehrer- und auch Fahrerschullehrerprüfung mit einem derart geringen Wissen an, daß sie nicht einmal bei der Lenkerprüfung die Chance hätten, diese zu bestehen. Sollte dieser Trend anhalten, ist zu besorgen, daß schon in kürzester Zeit mangels qualifizierter Lehrkräfte der derzeit noch international anerkannt hohe Ausbildungsstandard der österreichischen und speziell der Wiener Fahrerschulen nicht zu halten sein wird. 109 Kraftfahrzeuge wurden auf ihre Eignung als Schulfahrzeug überprüft. Ferner wirkten 3 Sachverständige an der Überprüfung der Eignung von 501 körperbehinderten Bewerbern zur Erlangung eingeschränkter Führerscheine mit. Hierbei wurden, wie erstmals im Jahre 1969, zur Erleichterung für die Antragsteller und zur Verwaltungsvereinfachung möglichst bedingte und lediglich in Ausnahmefällen eingeschränkte Führerscheine auszustellen beantragt. Es wird versucht, zu erreichen, daß bei nur geringen Behinderungen, die in der Überzahl vorkommen, eine technische Begutachtung entfallen kann. In 18 Fällen wurden Anträge um die Zulassung von Kindern zwischen 10 und 12 Jahren zum Radfahren auf Straßen mit öffentlichem Verkehr behandelt.

Der technische Amtssachverständige für Luftfahrtangelegenheiten wurde in 10 anhängigen Verwaltungsangelegenheiten zu Rate gezogen. Außer diesem Beamten, der einen gültigen Privatpilotenschein besitzt, schloß nun auch ein zweiter seine Ausbildung zum Privatpiloten ab und unterzog sich einer weiteren zur Erlangung des eingeschränkten Funktelefonisten-Zeugnisses.

Stadtreinigung und Fuhrpark

Die günstige Entwicklung des Personalstandes, die schon in den letzten Jahren zu beobachten war, hat sich im Jahre 1970 fortgesetzt. Einen wesentlichen Anteil daran hatten die Gastarbeiter, besonders Jugoslawen,

die vorwiegend in der Straßenreinigung verwendet wurden. Zu Jahresende wurden 85 jugoslawische Staatsbürger bereits im vertragsmäßigen Dienstverhältnis und 154 als Saisonarbeiter geführt. Außerdem wurden noch bei der Straßenreinigung 300 Tagelöhner zweimal in der Woche, bei der Müllabfuhr täglich 31 Müllader zweier Vertragsfirmen und beim Fuhrpark täglich 3 Hilfsarbeiter, in den Monaten Juni bis August überdies 7 Lenker von Vertragsfirmen beschäftigt. Insgesamt verfügten die Magistratsabteilung für Stadtreinigung und Fuhrpark am 31. Dezember 1970 über 2.355 technische sowie 44 Kanzleibedienstete und 162 Saisonarbeiter und kam damit nahe an den vorgesehenen Sollstand an Personal heran, wenn dieser auch nicht völlig erreicht werden konnte.

Es ereigneten sich im Jahre 1970 beim Dienstbetrieb 251 Arbeitsunfälle, um 25 weniger als im Jahre 1969. Die Kraftfahrzeuge der Stadt Wien waren im Jahre 1970 an 1.103 Vorfällen beteiligt, bei denen entweder an eigenen oder an fremden Kraftfahrzeugen Schäden entstanden; auch hier war gegenüber dem Vorjahr eine Abnahme um 96 Fälle zu verzeichnen. Bei Unfallschäden an den gemeindeeigenen Kraftfahrzeugen wurden 495.860 S als Kostenersatz vom Halter oder vom Haftpflichtversicherer des Unfallgegners eingefordert, davon wurde die Bezahlung von 297.076 S von fremden Haftpflichtversicherungsanstalten bei Schäden erreicht, bei denen das gegnerische Verschulden eindeutig feststand.

In Zusammenarbeit mit der Unternehmensberatung Dipl.-Kfm. Huber wurden Untersuchungen und Vorarbeiten für die Einführung der elektronischen Datenverarbeitung in zahlreichen Verwaltungsbereichen der Magistratsabteilung für Stadtreinigung und Fuhrpark vorgenommen, doch wird über erste Ergebnisse erst im Jahre 1971 berichtet werden können.

Die Straßenpflege hatte durch die weitere Zunahme des Verkehrs mit wachsenden Schwierigkeiten nicht nur bei der Müllabfuhr, sondern auch bei der Straßenreinigung zu kämpfen. Der Einsatz von Kehrmaschinen konnte fast nur in den Außengebieten und auf den Straßen erfolgen, in denen ein Halteverbot besteht. Es bestand vielfach nur die Möglichkeit, neben Waschmaschinen Straßenkehrer mit Besen und Schaufel einzusetzen, obwohl die zu reinigenden Verkehrsflächen größer geworden sind.

Der Winter 1969/70 brachte mit einer Höhe von 2,22 m gefallenem Schnee eine Rekordmenge, wie sie seit Jahrzehnten nicht zu verzeichnen war, und stellte damit an die Straßenreinigung außerordentliche Anforderungen. Die bereits zu Beginn des Winters gefallenen Schneemengen verengten die Fahrbahnen, vor allem die Nebenstraßen waren nahezu unpassierbar. Es wurde deshalb als neue Aktion die Flächenschneeräumung durchgeführt. Hierbei wurde über Rundfunk und Presse täglich im voraus das Sperrgebiet bekanntgegeben, in dem die Räumungsaktion mit einer großen Anzahl von Frontschaufelgeräten und Lastkraftwagen erfolgen sollte. Auf diese Weise konnten ganze Bezirke in einer Nacht vom Schnee freigemacht werden. Diese Aktion wurde nicht nur von den Fußgängern sehr geschätzt, sie schuf auch die notwendigen Erleichterungen für den Verkehr.

Die von der Straßenpflege zu betreuenden Verkehrsflächen, Gehsteige und anderen begangenen Flächen umfaßten am 31. Dezember 1970 insgesamt 18.888.000 m² Fahrbahnflächen, 70.800 m Gehsteige und Brückengehsteige, 207 Stiegenanlagen, 27.896 Übergänge und 24 Märkte, die im Sommer von 744 städtischen Bediensteten, 124 Saisonarbeitern und von 32.000 Tagelöhnerschichten mit Handgeräten gereinigt wurden. Außerdem standen Straßenkehrmaschinen zur Verfügung, und zwar 8 der Type „Faun“, 2 große und eine kleine der Type „Schörling“, ferner 2 französische LMV-Kehrmaschinen, die links und rechts kehren, 1 Mut-Kehrmachine und 2 Peitl-Anhängekehrmaschinen. Von diesen Kehrmaschinen waren 4 auf 12 Planrouten nachts eingesetzt, die übrigen standen der Straßenpflege bei Tag zur Verfügung und wurden nach Bedarf eingesetzt. Auch von den 11 vorhandenen Waschmaschinen befuhren 3 Maschinen 9 Planrouten bei Nacht, die übrigen Waschmaschinen wurden tagsüber zum Waschen der Straßen verwendet. 29 Jenbacher Dieselkarren, 26 Mähmaschinen der Type „Moty“, 5 Papierkorb-sammler, 4 Austro-Pulli, 2 Holder und 1 Reformfahrzeug ergänzten die maschinelle Ausrüstung der Straßenpflege. Die 60.000 Wasserlaufschächte wurden mit Hilfe von 8 Saugaggregaten gereinigt. Von der Straßenpflege wurden 57.000 m³ Straßenkehrschutt, vom turnusmäßigen Sammeldienst der Müllabfuhr 79.120 m³ Müll und 168.000 m³ Marktabfälle abgeführt. An Abfallsammelkörben standen 5.250 kleine Körbe, 60 Stück 70-l-Körbe und 260 Stück 110-l-Rundgefäße mit Schlitz zur Verfügung. Bei der Unkrautbekämpfung wurden 1.800 kg Amizol, 200 kg Prefix und 400 kg Ustinex P als Unkrautvertilgungsmittel verwendet, jedoch kein Altöl. Wasser für Reinigungszwecke konnte 16 Nutzwasserzapfstellen entnommen werden.

Im Winter wurden durch städtische Bedienstete und aufgenommene Schneearbeiter Sanddächer und Schneepanken aufgestellt, Übergänge von Schnee freigemacht und bestreut sowie Gehsteige, Brücken und Stiegenanlagen betreut. Insgesamt wurden 8.236 Schneearbeiter-Schichten während der Wintermonate des Jahres 1970 eingesetzt. Von Privatpersonen wurden 33.000 m Gehsteige gereinigt und bestreut. Für die maschinelle Betreuung war das Wiener Straßennetz, wie in den vergangenen Jahren, je nach der Verkehrsbedeutung in Dringlichkeitsstufen eingeteilt. Die erste Dringlichkeitsstufe umfaßte 50, die zweite 35 Räumstrecken. Auf den beiden Routen wurden im Jahre 1970 insgesamt 29 Ausfahrten gezählt. An Geräten standen zur Verfügung: 113 städtische und 130 Lastkraftwagen von Unternehmern mit aufmontierten Schneepflügen, 3 große Schneefräsen, insgesamt 255 Lastkraftwagen mit Streuvorrichtung, 14 Großraumstreuer, 141 Salzstreuanhänger, 1 Schneeschmelzmaschine, 8 Förderbänder, 9 Becherwerke, 1 Hubstapler, 6 Front- und Überkopflader sowie 6 Snow-Boy-Kleinschneefräsen. Um Schneeerwehungen zu vermeiden, wurden 10.300 Stück je 2 m lange Schneepanken und 2.820 Stück je 6 m lange Klappzaunelemente aufgestellt. Ferner waren für die Glatteisbekämpfung 45.000 t Streuriesel, 6.900 t Auftausalz und 530 t Chlorkalzium bereitgestellt. Die mit städtischen und privaten Fahrzeugen abgeführte Schneemenge hatte ein Volumen von 960.000 m³.

Die beiden neuen Straßenpflegedepots 13, Trautmansdorffgasse 22 und 22, Hirschstetten, An der Quadenstraße,

sowie ein Salzhochsilo am Lagerplatz 14, Zehetnergasse, konnten fertiggestellt werden. In Bau befand sich ein Straßenpflegedepot im Umspannwerk Zedlitzhalle. Unter der Prater-Hochstraße wurde ein neuer provisorischer Lagerplatz zur Betreuung der Praterbrücke eingerichtet und in 6, Magdalenenstraße, 14, Hackinger Straße und Huttenegasse—Rankgasse, sowie 16, Lobmeyrgasse—Julius Meisl-Gasse, wurden 4 Schneebewurfschächte hergestellt.

Die Müllabfuhr verzeichnete infolge des zunehmenden Wohlstandes und der geänderten Lebensverhältnisse ein weiteres Ansteigen des Müllanfalles. Die Müllmenge betrug im Jahre 1970 etwa 2,3 Millionen Kubikmeter. Der Müll wog 347.000 t. Pro Einwohner und Jahr ergibt sich eine Müllmenge von 1,3 m³ und ein Müllgewicht von 211 kg. Beim Abtransport gab es zwar bisweilen personelle Engpässe, Schwierigkeiten traten aber vor allem wegen der Verkehrsverhältnisse und hier in erster Linie wegen der verparkten Straßen auf. Die Müllwagen müssen zum Beladen fast ausschließlich in der zweiten Spur halten, wodurch mitunter Verkehrsbehinderungen verursacht werden, obwohl das Personal angewiesen ist, zu trachten, solche Störungen möglichst zu vermeiden. Hingegen entbehren immer wieder auftauchende Alarmpendungen, Wien werde von der Müll-Lawine überrollt, jeder Grundlage. Einer solchen Gefahr hat die Stadtverwaltung mit dem Bau der Müllverbrennungsanlage am Flötzersteig vorgebeugt, die seit nunmehr 8 Jahren reibungslos arbeitet. Die zweite Müllverbrennungsanlage im Heizkraftwerk Spittelau wird voraussichtlich im Jahr 1971 den Betrieb aufnehmen. Mit diesen beiden Anlagen werden dann drei Viertel des Wiener Mülls auf hygienische und wirtschaftliche Weise beseitigt werden können. Die restlichen Mengen werden kompostiert oder auf verschiedenen Plätzen abgelagert. Im Jahre 1970 wurden 35,4 Prozent verbrannt, 2,6 Prozent vom Biomüll-Kompostwerk verarbeitet und 62 Prozent auf Ableerplätze gebracht. Zum Sammeln des Mülls standen zu Ende des Jahres 1970 insgesamt 12.621 Stück 1.100-l-Gefäße, 164.503 Stück 110-l-Gefäße, 22.490 Stück 90-l-Gefäße, 11.950 Stück 50-l-Gefäße und 48.600 Stück 35-l-Gefäße zur Verfügung, die zusammen einen Fassungsraum von 36.298 m³ hatten. Davon dienten Gefäße mit einem Gesamtvolumen von 469 m³ für Zwecke der Straßenpflege und solche mit einem Volumen von insgesamt 178 m³ zur Aufnahme des Marktmülls. Zum Abtransport des angefallenen Mülls waren im Monat 549 Müllaufleger eingesetzt, die täglich Müllgefäße entleerten, und zwar entleerten 92 Mann die 1.100-l-Gefäße, 435 die 110-l- und 90-l-Gefäße sowie 22 Mann die 50-l- und 35-l-Gefäße. 27 dieser Müllaufleger wurden täglich von Vertragsfirmen beigegeben. Es gab insgesamt 141 Müllsammelstrecken. Auf 46 Strecken waren die 1.100-l-Gefäße, auf 75 die 110-l-Gefäße, auf 9 die 90-l-Gefäße, auf 2 die 50-l-Gefäße und auf 9 die 35-l-Gefäße zu entleeren. Die im Laufe des Jahres 1970 vorgenommene Zahl der Einsammlungen betrug bei den 1.100-l-Gefäßen 1,274.260, bei den 110-l-Gefäßen und 90-l-Gefäßen 12,701.481 und bei den 50-l- und 35-l-Gefäßen 2,934.630.

Die Entleerung der Gefäße wurde in Sammelintervallen und nur an Wochentagen vorgenommen. Von den 1.100-l-Gefäßen wurden 12,8 Prozent an allen Wochentagen des Jahres, 4,1 Prozent fünfmal, 5,6 Prozent dreimal, 58,4 Prozent zweimal und 19,1 Prozent einmal wöchentlich entleert. In denselben Zeitabständen wurde aus 1,2, 12,8, 4, 22,6 und 59,4 Prozent der 110-l- sowie der 90-l-Gefäße der Müll abgeholt. Bei den 50-l- und 35-l-Gefäßen erfolgte die Mülleinsammlung bei 0,1 Prozent fünfmal in der Woche, bei 92,2 Prozent einmal wöchentlich und bei 7,7 Prozent 30mal im Jahr.

Zur Ablagerung standen 5 städtische Ableerplätze zur Verfügung, und zwar in 10, Bitterlichstraße 14, nur für Schlacke aus der Müllverbrennungsanlage, in 10, Eibesbrunnergasse gegenüber Nr. 26, für den U-Bahn-Aushub und für Müll sowie in 22, Hirschstetten—Rautenweg, aber auch in Mannswörth in Niederösterreich, links und rechts der Bundesstraße, nur für Müll. Die Ableerplätze 22, Hirschstetten, Rautenweg, und Mannswörth, links der Bundesstraße, waren ebenso wie 2 Personenkraftwagen über das Funknetz der Straßenpflege, Zweigstelle „Müll“, die übrigen Ableerplätze über das öffentliche Fernsprechnet erreichbar. Zum Einplanieren des Mülls und der Schlacke waren täglich im Durchschnitt 7 städtische und 2 Raupenfahrzeuge von Vertragsfirmen eingesetzt. Die ehemalige Lehmgrube, 10, Bitterlichstraße 14, wird nach Angleichung an die umliegende Geländeform mit Erde und Humus abgedeckt werden. Sie wird voraussichtlich schon in den nächsten Monaten als Kleingartenanlage, die im Rahmen der WIG 1974 gezeigt werden wird, ausgestaltet werden.

In der städtischen Mülltonnen-Reparaturwerkstätte wurden, zum Teil durch 2 Vertragsfirmen, 486 Stück 1.100-l-Gefäße, 134.000 Stück 110-l-Gefäße sowie 17.530 Stück 90-l- und 35-l-Gefäße gereinigt und repariert. Außerdem wurden 393 Paar Freiständer für 1.100-l-Gefäße versetzt, 14.340 Paar Laschen für 110-l- und 90-l-Gefäße montiert und 15.415 Stück Laschen für 90-l-Gefäße abgenommen. Schließlich wurden noch Freiständer für 110-l-Gefäße montiert sowie Transportrodeln hergestellt oder repariert. Im Mittel waren mit diesen Arbeiten 4 Mann einer Vertragsfirma täglich beschäftigt.

Die am 10. Mai 1967 begonnene Aktion „Halte den Wienerwald, die Straßen, die Stadt rein“ wurde fortgesetzt und durch eine Entrümpelungsaktion auf Abruf erweitert. Aus dem Wald wurden an 260 Arbeitstagen 569 Fuhren wilder Ablagerungen weggebracht. Für die Entrümpelungsaktion wurden gegen Entgelt 1.040, ohne Entgelt 710 Fuhren geleistet. Für diese Zwecke waren im Durchschnitt täglich 2 1/2 Lastkraftwagen mit Ladekran im Einsatz.

Den Müllauflegern standen 42 Unterkünfte zur Verfügung, um 4 mehr als im Jahre 1969.

In der Müllverbrennungsanlage wurden im Laufe des Jahres 1970 insgesamt 123.670 t Hausmüll, Industrie- und Gewerbeabfälle, 158 t ölverseuchtes Erdreich nach Tankwagenunfällen und 221 t verunreinigtes Altöl verbrannt. Dabei fielen 63.860 t Schlacke und Flugasche als Rückstände an. Demnach wurde der Müll zu 55,7 Prozent verbrannt. Mit der angeführten Müllmenge wurden 213.160 t Dampf erzeugt; von dieser Menge wurden 192.177 t an Verbraucher abgegeben. Die Verdampfungsziffer je Tonne Dampf je Tonne Müll betrug 1,72. Ferner wurden aus den Verbrennungsrückständen 2.345 t Eisenschrott gewonnen. Die Menge des verbrannten Mülls war um

4,5 Prozent größer als im Jahr 1969, die Menge des abgegebenen Dampfes an die Spitäler und die Zentralwäscherei um 16,8 Prozent. Dieses Ergebnis wurde durch eine rationelle Betriebsführung sowie dadurch erzielt, daß keine Dampfmotore, die einen Teil des Dampfes aufnahmen, mehr in Betrieb waren. Die aus der Schlacke gewonnene Schrottmenge übertraf die des Jahres 1969 um rund 8 Prozent.

Die Zentralwäscherei, die im Jahre 1969 in Betrieb genommen wurde und bei der es anfänglich Anschlußschwierigkeiten gab, konnte reibungslos mit Dampf versorgt werden.

Die Montagearbeiten für den Einbau des Dampfturbinenaggregates wurden abgeschlossen, ebenso auch die Bauarbeiten und die Montage der Einrichtungen des Kühlturmes. Ein Probebetrieb zeigte ein einwandfreies Ergebnis. Der Dauerbetrieb der Dampfturbine wird zu Beginn der warmen Jahreszeit aufgenommen. Es wird dann nicht mehr notwendig sein, die Müllzufuhr zur Anlage wegen fehlender Unterbringungsmöglichkeiten für den Dampf zu drosseln.

Bei 66 Exkursionen besichtigten 1.080 Personen die Müllverbrennungsanlage, am Tag der „Offenen Tür“, am 26. September 1970, rund 2.500 Personen.

Am 31. Dezember 1970 bestanden 145 öffentliche Bedürfnisanstalten, die mit 747 Kabinen und 1.289 Pißständen ausgestattet waren. Im Laufe des Jahres wurden die Anlagen 4, Resselpark, und 22, Genochplatz, letztere wegen Straßenbauarbeiten, abgebrochen. Im gleichen Zeitraum wurden die Neubauten 10, Arthaberplatz, 20, Brigittenauer Lände, 22, Genochplatz (neuer Standort), und 23, Mauer, Rathauspark, in Betrieb genommen. Außerdem standen der Bevölkerung 38 Pissoire mit 192 Pißständen zur Verfügung; die Anlage 10, Arthaberplatz, die im Jahre 1903 errichtet worden war, wurde durch eine Bedürfnisanstalt in Fertigteilbauweise ersetzt. Der Betrieb der Bedürfnisanstalten und Pissoire war einer Vertragsfirma übertragen.

Die beiden fahrbaren Toilettenanlagen, System „Auwärter“, waren im Jahre 1970 an 65 Einsatztagen an 6 Stellen in Wien und an 13 Stellen in den Bundesländern eingesetzt.

Erstmals durfte jeweils nur eine der beiden fahrbaren Toilettenanlagen vermietet werden, weil eine Anlage stets für Katastropheneinsätze verfügbar sein mußte. Dadurch war die Zahl der Einsätze geringer als im Vorjahr. Wie üblich gelangten sie anlässlich von großen Sport- und Festveranstaltungen zum Einsatz. Die 3 transportablen Toilettenanlagen, System „Altwater“, waren an 583 Tagen auf Lagerwiesen aufgestellt.

Der städtische Fuhrpark verfügte zu Ende des Jahres 1970 über 240 Lastkraftwagen mit 13 Anhängern, 185 Müllsammelwagen, 69 Straßenreinigungsmaschinen mit 156 Anhängern, 62 Sonderfahrzeugen mit 10 Anhängern, 9 Omnibusse, 11 Personenkraftwagen sowie 7 Motorräder und Mopeds.

Für den Dienstkraftwagenbetrieb standen überdies 58 Personenkraftwagen und 6 Volkswagen-Kombifahrzeuge zur Verfügung. Die Fahrleistung der Fahrzeuge des städtischen Fuhrparks betrug 6.444.603 km, die des Dienstkraftwagenbetriebes 1.101.174 km. Für die Straßenpflege wurden 24.311, für die Müllabfuhr 38.988, für andere städtische Dienststellen 16.651, für besondere Aufgaben 16.651 und für Regie- und Probefahrten 4.819 Einsätze gefahren, insgesamt um 1.153 mehr als im Jahre 1969.

Die Fahrzeuglenker leisteten 717.087, die Mitfahrer 112.185 Fahrstunden. Während des Winters und für den Ölspur-Bereitschaftsdienst wurden überdies 131.051 Bereitschaftsstunden und für Weggebühren 18.020 Stunden verrechnet.

Von den eingesetzten Kehrmaschinen wurden 77.224 km Straßen gereinigt, von den Müllfahrzeugen 103.896 Fuhren Müll abgeführt, um 2.050 Fuhren mehr als 1969.

An Treibstoff wurden 2.196.895 l Dieselöl und 235.509 l Benzin vom städtischen Fuhrpark verbraucht. Der gegenüber dem Jahre 1969 gestiegene Dieselölverbrauch bei geringerer Fahrleistung ist auf die Einstellung größerer Müllwagen und Lastkraftwagen zurückzuführen. Der Dienstkraftwagenbetrieb verbrauchte 69.532 l Dieselöl und 71.117 l Benzin. Für den Fuhrpark und den Dienstkraftwagenbetrieb zusammen wurden 16 Müllwagen, 12 Lastkraftwagen verschiedener Bauart, davon 2 mit Schneepflügenrichtung, 1 Kanalspülwagen, 1 Schlamm-saugewagen, 1 Linienomnibus als Kinderautobus, 1 Kehrmaschine, 1 Schaufellader Marke „Trautzl“, 4 Pritschenwagen, 3 Kombinationsfahrzeuge und 1 Kastenwagen der Volkswagenwerke, 2 Universaltransporter der Type „Reform Muli 40“ sowie 35 Personenkraftwagen verschiedener Herstellerfirmen gekauft. An Geräten wurden ferner 16 Schüttvorrichtungen für Müllgefäße, 50 Epoke-Universal-Streuautomaten TM 10, 36 Schneepflüge verschiedener Bauart und Größe, 4 Werkzeugmaschinen, 5 Kleinfunkgeräte SE 19 A 23, 1 Diesel-Gabelstapler und 3 Palfinger Kräne angeschafft. Für andere städtische Dienststellen wurden überdies 2 Lastkraftwagen, 6 Personenkraftwagen, 19 kombinierte Fahrzeuge, 4 Kastenwagen, 1 Unimog, 2 Pritschenwagen, 2 Reform-Universaltransporter, 7 Traktoren und 15 Mopeds besorgt. Ausgeschieden wurden 64 Fahrzeuge und Zugmaschinen verschiedener Art, 20 Anhänger und 95 Geräte. Ferner wurden aus den Straßen Wiens 1.181 herrenlose Fahrzeuge (Wracks) abgeschleppt.

Städtische Bedienstete, die sich einer Lenkerausbildung unterzogen hatten, erlangten 57 Führerscheine der Gruppen C, D, E und H.

Die Fahrzeugleitstelle setzte täglich im Durchschnitt 275 städtische und 48 Fahrzeuge von Vertragsfirmen für die Müllabfuhr, die Straßenpflege sowie für andere Aufgaben ein. Bei Ziegeltransporten wurden durch die Einführung der „Kleinpalette“ Ersparnisse erzielt. Ferner wurden von der Fahrzeugleitstelle die Rechnungen privater Transportunternehmer auf ihre Richtigkeit und Preisangemessenheit überprüft.

Die Hauptwerkstätte nahm Reparaturen an 635 Fahrzeugen des städtischen Fuhrparks sowie an 346 Fahrzeugen anderer städtischer Dienststellen, ferner an 60 Motoren, 403 Schneepflügen, 183 Sandstreuern und 27 Streu-

anhängern vor, reparierte aber auch 1.637 Einzelstücke. Das der Hauptwerkstätte angegliederte Bestellbüro verfaßte 1.592 Schriftstücke, schrieb 6.263 Bestellungen und überprüfte 8.254 Rechnungen.

Der Zubau zum Betriebsgebäude des städtischen Fuhrparks in 5, Einsiedlergasse 2, wurde im Rohbau fertiggestellt, außerdem wurden die Garagentore vergrößert. Es wurden auch an zwei Fahrzeugpflegestellen Änderungen vorgenommen, und zwar wurde in der Garage 20, Leystraße 87, eine Schmiergrube gebaut und in der Garage 17, Richthausenstraße 2—4, wurden die Tore zur Pflegestelle vergrößert. In der Hauptwerkstätte, 17, Lidlgasse 5, wurde die Hoffläche zwischen der Tischlerei und der Halle 13 überdacht.

Straßenbau und Straßenerhaltung

Im Jahre 1970 waren 2.258 km öffentlicher Straßen zu verwalten und zu erhalten, von denen 31 km Bundesstraßen und 15 Autobahnen waren. In diesem Straßennetz wurden im Laufe des Jahres 300.000 m² Fahrbahnen, 6.500 m² Autoabstellflächen und 72.000 m² Gehsteigflächen instandgesetzt sowie 1,350.000 m² Fahrbahnen, 56.000 m² Autoabstellflächen und 49.000 m² Gehsteigflächen neu hergestellt. Bei einer mittleren Fahrbahnbreite von 8,5 m würden die neu hergestellten Fahrbahnen aneinandergereiht eine Länge von 160 km haben, die instandgesetzten eine solche von 35 km. Bei den Gehsteigen würden sich unter der Annahme einer mittleren Breite von 3 m Strecken von 16 und 24 km Länge ergeben.

Für die Neuherstellung und Instandsetzung von Versorgungsleitungen sowie von Kanälen wurden im Jahre 1970 öffentlichen Dienststellen und privaten Bauwerbern 14.500 Aufgrabungsbewilligungen erteilt.

Von den Arbeiten an den **Gemeindestraßen** sollen zunächst einige der in den Großverkehrsstraßen Wiens durchgeführten erwähnt werden. Im Bereiche des südlichen Gürtels und des Matzleinsdorfer Platzes wurden die endgültigen Fahrbahnbeläge aufgebracht. Damit konnten diese Arbeiten dort sowie in den anschließenden Straßen abgeschlossen werden. Im Zuge des westlichen Gürtels, zwischen der Mariahilfer Straße und der Flurschützstraße, wurde die Fahrbahn des inneren Mariahilfer Gürtels, von der Mariahilfer Straße bis zur Gumpendorfer Straße, einschließlich der Kreuzungen, fertiggestellt und mit einer Betondecke ausgestattet. In der Fortsetzung nach Süden wurde der Gaudenzdorfer Gürtel, von der Linken Wienzeile bis zu Flurschützstraße, umgebaut, wobei durch eine neue Linienführung im Bereiche der Linken Wienzeile und der Schönbrunner Straße die vormals scharfen Kurven durch eine zügige Trasse ersetzt wurden. Von der Schönbrunner Straße bis zur Flurschützstraße wurde die bereits vorhanden gewesene Betonfahrbahndecke verbreitert. Bei diesen Arbeiten wurden rund 10.000 m² Asphalt- und Betondecken hergestellt.

Der Umbau der Mariahilfer Straße, von der Zollergasse bis zum Gürtel, trug dazu bei, die Verkehrsverhältnisse in diesem Straßenzug wesentlich zu verbessern. Nach der Erneuerung der Gas- und Wasserrohre wurden dort die Straßenbahngleise neu verlegt. Sodann wurde die Gleiszone erstmalig in größerem Umfange mit großflächigen Betonplatten befestigt. Anschließend daran wurden die restlichen Fahrbahnflächen mit einem neuen Asphaltbelag versehen, wobei im Abschnitt Zollergasse—Neubaugasse sowie an der Kreuzung mit dem Gürtel der endgültige Hartgußasphaltbelag bereits aufgebracht wurde; von der Neubaugasse bis zum Gürtel wird dieser Belag erst im Jahre 1971 hergestellt werden. Diese Arbeiten wurden besonders sorgfältig vorbereitet, vor allem wurden in einer Bürgerversammlung die Geschäftsleute der Mariahilfer Straße von den bevorstehenden Arbeiten unterrichtet. Begünstigt durch das gute Bauwetter und infolge klagloser Zusammenarbeit aller eingesetzten Firmen und Dienststellen konnten die bekanntgegebenen Termine — als Endtermin war der 16. Oktober 1970 vorgesehen — wesentlich unterschritten werden. Der Entschluß, den Hartgußasphaltbelag zwischen der Neubaugasse und dem Gürtel erst im Jahre 1971 herzustellen, ermöglichte es, die Mariahilfer Straße bereits vor der Herbstmesse wieder in vollem Umfange für den Verkehr freizugeben. Insgesamt wurden auf dieser Baustelle 14.000 m² neue Asphaltbeläge aufgebracht.

Im 12. und 15. Bezirk wurden die Asphaltbeläge auf den Fahrbahnen der Linken Wienzeile und im Bereiche des Verkehrsknotens Lobkowitzbrücke sowie in der Schönbrunner Straße, von der Ruckergasse bis zum Gürtel, aufgebracht. Damit wurden die Straßenbauarbeiten in diesem Gebiete beendet. Im 7. Bezirk wurde in der Burggasse, von der Breite Gasse bis zum Gürtel, ebenfalls der endgültige Asphaltbelag in einem Ausmaß von rund 18.000 m² hergestellt.

Im 2. Bezirk wurden im Zusammenhang mit der Verbreiterung der südlichen Reichsbrückenrampe die Fahrbahnen auf dem Mexikoplatz, zwischen dem Handelskai und der Engerthstraße, mit neuen Asphaltbelägen versehen, wodurch sich der Verkehr an der Kreuzung Engerthstraße—Lassallestraße—Reichsbrücke wesentlich flüssiger gestaltet. Ebenfalls im 2. Bezirk wurde die Schüttelstraße, von der Stadionbrücke bis zur Rotundenbrücke, umgebaut; noch vor Weihnachten konnte der Verkehr auf der Bitumenkiestragschichte wieder aufgenommen werden. Da gleichzeitig die Nordostautobahn vom Donaukanal bis zum Knoten Kaisermühlen über die Prater-Hochstraße und die vierte Donaubrücke sowie die anschließende neue Schnellstraße, der Straßenzug Viktor Kaplan-Straße—Magdeburgstraße—Purchmannweg, für den Verkehr freigegeben wurden, steht nunmehr eine leistungsfähige Straßenverbindung von der Wagramer Straße im 22. Bezirk bis zum Donaukanal im 2. und 3. Bezirk zur Verfügung. Damit wird die Reichsbrücke wesentlich vom Verkehr entlastet werden. Auf diesen Baustellen wurden im Jahre 1970 Asphaltbeläge und bituminöse Tragschichten im Ausmaß von 220.000 m² eingebaut.

Im 9. und 20. Bezirk wurden im Anschluß an die Verbreiterung der Friedensbrücke die Fahrbahnen verbreitert.

Im 22. Bezirk wurden im Anschluß an den Bau der Unterführung der Ostbahn im Zuge der Erzherzog Karl-Straße die Straßenbauarbeiten in der Erzherzog Karl-Straße—Konstanziagasse—Langobardenstraße—Schickgasse

fortgeführt, wobei rund 38.000 m² Asphaltbeläge und bituminöse Tragschichten auf die Fahrbahnen aufgebracht wurden.

Auch in den Hauptverkehrsstraßen wurden wieder größere Arbeiten durchgeführt. So wurde der Handelskai, vom Mexikoplatz bis zum Engelsplatz, mit einem neuen Fahrbahnbelag im Ausmaß von rund 33.000 m² versehen. Im 3. Bezirk wurde die Ungargasse, von der Invalidenstraße bis zur Neulinggasse, umgebaut, wobei 6.500 m² Asphaltfahrbahnen an Stelle des Großsteinpflasters eingebaut wurden, die Verschleißschicht wird im Jahre 1971 hergestellt werden. Ebenfalls im 3. Bezirk wurden die Umbauarbeiten an der östlichen Fahrbahnhälfte der Löwengasse, vom Kolonitzplatz bis zur Rasumofskygasse, mit Ausnahme des Verschleißbelages fertiggestellt. Im 6. Bezirk erhielt die Gumpendorfer Straße, von der Lehargasse bis zur Kaunitzgasse, den endgültigen Asphaltbelag. Weiters wurde im 10. Bezirk die Laxenburger Straße, von der Sahulkastraße bis zur Per Albin Hansson-Straße, ausgebaut und eine zweite Richtungsfahrbahn hergestellt. Da gleichzeitig die Überführung der Laxenburger Straße über die Südautobahn und die Donauländebahn fertiggestellt wurde, ist nunmehr die Laxenburger Straße von der Raxstraße bis zur Ober-Laaer Straße mit getrennten Richtungsfahrbahnen ausgestattet. Im Zusammenhang mit den Umleitungsstrecken für den U-Bahnbau im 10. Bezirk wurde die Laxenburger Straße auch im Abschnitt von der Buchengasse bis zur Troststraße umgebaut und mit provisorischer Fahrbahnbefestigung dem Verkehr übergeben. Da im Jahre 1971 der Abschnitt von der Troststraße bis zur Raxstraße umgebaut werden wird, wird sodann die Laxenburger Straße, vom Südtiroler Platz bis zur Ober-Laaer Straße, die Hauptverkehrsader des 10. Bezirks bilden. Mit Rücksicht auf den Großgrünmarkt, der in Inzersdorf gebaut wird, muß die Laxenburger Straße in den nächsten Jahren auch von der Ober-Laaer Straße bis zur Stadtgrenze ausgebaut werden. Im 11. Bezirk wurde die Geiselbergstraße, von der Nemeckagasse bis zur Geiereckstraße, umgebaut, wobei auch umfangreiche Straßeneinbauten hergestellt wurden. Ferner wurden wieder in verschiedenen Hauptverkehrsstraßen Fußgängerübergänge mit einem dauerhaften Weißasphaltbelag versehen, wie etwa in der Schönbrunner Straße, Burggasse, Quellenstraße und Wiedner Hauptstraße.

Auch in den Straßen von örtlicher Bedeutung wurden verschiedene Baumaßnahmen durchgeführt. So wurden die Arbeiten in der Johann Weber-Straße—Stammersdorfer Straße im 21. Bezirk, nachdem die äußerst schwierige Grundfreimachung abgeschlossen war, soweit fertiggestellt, daß die Fahrbahn mit der bituminösen Tragschicht dem Verkehr übergeben werden konnte. Im 19. Bezirk konnte nach jahrelangen Grunderwerbs- und Freimachungsverhandlungen mit dem Ausbau der Agnesgasse, von der Rathstraße bis zur Sieveringer Straße, begonnen werden. Ebenso wurde nach Abschluß der Arbeiten an den Straßeneinbauten mit dem Ausbau des Schreiberweges und der anschließenden Teile der Langackerstraße begonnen.

Der lang anhaltende Winter 1969/70 verursachte im Wiener Straßennetz sehr umfangreiche Frostschäden. Besonders an alten Asphaltbelägen waren schwere Schäden festzustellen. Die unmittelbar nach dem Ende der Winterperiode einsetzenden Sanierungsmaßnahmen kosteten rund 55 Millionen Schilling. Es wurden rund 350.000 m² neue Asphaltbeläge hergestellt, wobei teilweise auch die Deckenkonstruktion der Straßen vollkommen erneuert werden mußte. Anlässlich der Behebung der Frostschäden wurden in vielen Straßen Wiens auch die Fahrbahnen erneuert, vor allem in wichtigen Hauptstraßen. Unter anderem wurden im 1. Bezirk in der Reichsratstraße, von der Universitätsstraße bis zur Stadiongasse, und im 8. Bezirk, in der Strozsigasse, von der Josefstädter Straße bis zur Lerchenfelder Straße, neue Hartgußasphaltbeläge hergestellt. Im 2. Bezirk wurde die Südportalstraße und die Lagerhausstraße, von der Ausstellungsstraße bis zur Kaiserallee, mit einem neuen Asphaltbelag in einem Ausmaß von rund 15.000 m² ausgestattet. Im 5. Bezirk wurden Asphaltbeläge in der Rechten Wienzeile und in der Hamburgerstraße, von der Pilgramgasse bis zur Schleifmühlgasse, hergestellt. Im 6. Bezirk wurde der Asphaltbelag in der Windmühlgasse erneuert. Weiters erhielten im 9. Bezirk die Maria Theresien-Straße, die Türkenstraße und die Berggasse neue Verschleißbeläge. Auch im 10. Bezirk wurden sehr umfangreiche Instandsetzungsarbeiten an Fahrbahnen vorgenommen, wobei in der Munchgasse, Per Albin Hansson-Straße, Inzersdorfer Straße und Kundratstraße die Beläge erneuert wurden. Im 11. Bezirk wurden in der Grillgasse, Lorystraße und Fickeysstraße neue Beläge hergestellt. Im 12. Bezirk mußte unter anderem in der Rosenhügelstraße ein neuer Asphaltbelag verlegt werden. Im 14. Bezirk erhielt die Ameisgasse einen neuen Belag, in der Maroltingergasse, von der Breitenseer Straße bis zur Steinbruchstraße, wurden schwere Frostschäden behoben. In der Hütteldorfer Straße, von der Lützowgasse bis zur Zehetnergasse, wo die Wiener Verkehrsbetriebe ihre Arbeiten beendet hatten, mußte ein Asphaltbelag aufgebracht werden. Ebenfalls nach Arbeiten der Wiener Verkehrsbetriebe wurden im 15. Bezirk Asphaltbeläge in der Hütteldorfer Straße, von der Sturzgasse bis zur Reingasse, und in der Märzstraße, von der Löhrigasse bis zur Tannengasse, hergestellt. Beschädigte Asphaltbeläge erneuert wurden im 16. Bezirk in der Enenkelstraße und in der Pfenninggeldgasse, im 17. Bezirk in der Neuwaldegger Straße und in der Richthausenstraße, im 18. Bezirk in der Semperstraße, Gersthofer Straße sowie in der Pötzleinsdorfer Straße und im 19. Bezirk in der Grinzinger Straße und Sandgasse. Weiters wurden im 20. Bezirk in der Greiseneckergasse und in der Raffaelgasse, im 21. Bezirk in der Fultonstraße, Shuttleworthstraße und in der Sebaldgasse, im 22. Bezirk in der Breitenleer Straße, Donaufelder Straße und Mühlwasserstraße neue Fahrbahnbeläge hergestellt. Von den umfangreichen Fahrbahnerneuerungen im 23. Bezirk wären vor allem die in der Endresstraße, Karl Schwed-Gasse und in der Loosgasse zu nennen.

Die im Jahre 1970 durchgeführten Oberflächenbehandlungen in verschiedenen Straßen der äußeren Bezirke erreichten ein Ausmaß von rund 520.000 m². Damit wurden die so behandelten, leicht befestigten Fahrbahnen konserviert und insbesondere gegen die Einflüsse des Wetters und des Verkehrs widerstandsfähig gemacht.

Anlässlich der Regenerierung alter Asphaltbeläge wurden im Jahre 1970 wieder einige wichtige Straßen

im 1. Bezirk mit neuen Belägen versehen, darunter die Grillparzerstraße, Hegelgasse, Mahlerstraße und Wipplingerstraße.

Es wurden auch wieder umfangreiche Straßenbauten im Bereiche von städtischen Wohnhausanlagen vorgenommen, in der Hauptsache bei großen Neubauten. Im 3. Bezirk wurden die Barthgasse und die Würtzlerstraße im Bereiche der dortigen Wohnhausanlagen und des Pensionistenheimes ausgebaut. Im 10. Bezirk konzentrierten sich diese Arbeiten auf den weiteren Ausbau der Straßen in der Per Albin Hansson-Siedlung Ost sowie um die städtischen Wohnhausbauten an der Grenzackergasse, ferner auf die Sibeliusstraße, von der Laxenburger Straße bis zur Neilreichgasse, und die Straßen um die dort errichtete neue Wohnhausanlage; insgesamt wurden rund 9.000 m² Asphalt- und Betondecken hergestellt. Im 11. Bezirk wurden die Arbeiten im Gebiet Lindenbauergasse und Unter der Kirche fortgeführt und hiebei rund 12.000 m² Fahrbahnbeläge eingebaut. Bei den Anlagen Thürndlhofstraße—Mühlsangergasse wurden rund 16.000 m² Fahrbahnen und Abstellflächen befestigt. Im 12. Bezirk wurden die Arbeiten an den An den Froschlacken und An den Eisteichen benannten Verkehrsflächen sowie in der Sagedergasse fortgesetzt, wobei rund 15.000 m² Fahrbahnen und Abstellflächen hergestellt werden konnten. Der Mondweg im 14. Bezirk wurde ebenfalls von der Wolfersberggasse bis zur Anzbachgasse ausgebaut und erhielt 4.000 m² Asphaltbelag. Beim Ausbau der Brigittenaue Lände und der Klosterneuburger Straße, von der Adalbert Stifter-Straße bis zur Lorenz Müller-Gasse im 20. Bezirk wurden rund 10.000 m² bituminöse Kiestragschichten hergestellt. Im 21. Bezirk wurde in der Ruthnergasse, von der Siemensstraße bis zur Gerasdorfer Straße, etwa 7.000 m² neue Fahrbahnen gebaut, die Arbeiten im Bereiche des Ringelseeplatzes, der Prießnitzgasse—Mühlschüttelgasse konnten mit der Herstellung von 9.000 m² Asphaltbetonbelag beendet werden. In der Großfeldsiedlung wurden im Jahre 1970 rund 52.000 m² Fahrbahnen und Abstellpuren mit Asphalt- oder Betonbelägen neu befestigt. Unter anderem wurden die Egon Friedell-Gasse, die Schererstraße, die Pastorstraße und die Dopschstraße ausgebaut. Im 22. Bezirk konnten die Straßenbauarbeiten bei den großen Wohnhausanlagen Quadenstraße—Ziegelhofstraße aufgenommen werden. Im 23. Bezirk wurden die Arbeiten in der Wohnhausanlage Dirmhirngasse zum Abschluß gebracht, außerdem wurde wegen der geplanten großflächigen Verbauung des Gebietes Erlaa-Siebenhirten die Anton Baumgartner-Straße, von der Altmanndorfer Straße bis zur Erlaaer Straße, verbreitert und mit einem neuen Belag versehen.

Bei privaten Wohnhausanlagen und sonstigen Neubauten wurden im Jahre 1970 unter anderem Straßenbauarbeiten im 1. Bezirk auf dem Rathausplatz nach der Fertigstellung der Tiefgarage durchgeführt. Im 2. Bezirk wurde die Helenengasse ausgebaut. Im 10. Bezirk wurden in der Angeligasse und auf der Zur Spinnerin benannten Verkehrsfläche Straßenbauarbeiten vorgenommen. Weitere Arbeiten ergaben sich im 13. Bezirk in der Wlassakstraße, nach Kanalbauten auch in der Königlberggasse und in einigen anderen Straßen auf dem Königlberg. Im 16. Bezirk wurden die Arbeiten in der Baumeistergasse fortgesetzt. Im 19. Bezirk wurde zur Fahrbahnverstärkung in der Gallmeyergasse eine bituminöse Tragschicht aufgebracht, aber auch die Pfarrwiesengasse sowie die in der Nähe des neuen Pensionistenheimes gelegenen Fahrbahnflächen erhielten neue Asphaltbeläge. Fahrbahnverstärkungen und Belagserneuerungen wurden ferner im 22. Bezirk in dem Straßenzug Oberdorfstraße—Aspernstraße vorgenommen. Schließlich wurde im 23. Bezirk die unbenannte Gasse bei der Gatterederstraße ausgebaut und mit einem Asphaltbelag versehen.

Die Straßenbauten in Siedlungen wurden im Jahre 1970 fortgeführt. Hiebei wurden rund 60.000 m² bisher unbefestigte Flächen mit mechanisch stabilisierten Tragschichten ausgestattet. Außerdem wurden in den Straßen der Nordrandsiedlung rund 26.000 m² bituminöse Tragschichten hergestellt. In der Kordonsiedlung im 14. Bezirk wurde die Dostgasse ausgebaut und auf einigen Fahrbahnen in der Johann Strauß-Siedlung im 23. Bezirk eine bituminöse Tragschicht hergestellt.

Zugleich mit den Straßenbauarbeiten wurden Niveau- und Gehsteigerstellungen für Anrainer auf deren Ersuchen vorgenommen. Diese gemeinsame Arbeitsdurchführung ermöglicht zügige Baufortschritte.

Im Zuge der Vorbereitungen für den U-Bahnbau wurden zunächst auf den im Jahre 1969 ausgebauten Umleitungsstrecken rund um den Karlsplatz die endgültigen Asphaltbeläge aufgebracht. Sodann wurden für die Fortsetzung des U-Bahnbaues in der Richtung des 10. Bezirks umfangreiche Straßenbauarbeiten im 4., 5. und 10. Bezirk vorgenommen. Hiebei wurden im 4. Bezirk rund 32.000 m² neue Fahrbahndecken hergestellt, unter anderem in der Argentinierstraße, von der Paniglstraße bis zum Gürtel, in der Schelleingasse, Starhembergasse, Belvederegasse, Rainergasse, Johann Strauß-Gasse, Kolschitzkygasse und Weyringergasse. Im 5. Bezirk wurden die Margaretenstraße, vom Margaretenplatz bis zur Ramperstorffergasse, und die Zentgasse, von der Margaretenstraße bis zur Wiedner Hauptstraße, umgebaut und mit rund 11.000 m² neuen Asphaltfahrbahnen ausgestattet. Besonders umfangreich waren die Straßenbauarbeiten im 10. Bezirk, wo die Landgutgasse, vom Gürtel bis zur Sonnwendgasse, die Sonnwendgasse, von der Gudrunstraße bis zur Favoritenstraße, weiters die Steudelgasse und die Herndlstraße, aber auch Teile des Reumannplatzes, der Bürgergasse, der Staudiglstraße sowie der Kennergasse umgebaut und mit neuen Asphaltfahrbahndecken versehen wurden. Von besonderer Bedeutung ist der Umbau der Laxenburger Straße, mit dem im Abschnitt Buchengasse—Troststraße begonnen wurde. Hiebei wurde die Straßenbahn auf ein eigenes Bankett in die Straßenmitte verlegt, zu dessen beiden Seiten je eine dreispurige Richtungsfahrbahn gebaut wurde. Insgesamt wurden im 10. Bezirk rund 70.000 m² neue Asphaltfahrbahndecken hergestellt.

Für die Aufschließung von Industriegebieten wurden im 14. Bezirk, rund um den Auhof, in der Albert Schweitzer-Gasse, Scheringgasse, Zimbaggasse, Johann Schorsch-Gasse und Wolfgang Pauli-Gasse die Fahrbahnen ausgebaut und mit etwa 14.000 m² bituminösen Kiestragschichten ausgestattet. Im 21. Bezirk wurden die Arbeiten

im Bereich der Scheydgasse fortgeführt, wobei 15.000 m² Asphaltbetonbeläge hergestellt wurden. Im 22. Bezirk konnte mit der Aufschließung der Trabrennvereinsgründe begonnen werden, und zwar wurden zunächst die künftigen Verkehrsflächen eingebnet, um die Herstellung der notwendigen Straßeneinbauten zu ermöglichen. Schließlich wurden im 23. Bezirk, im Industriegebiet an der Perfektastraße, rund 18.000 m² Fahrbahnen mit Asphaltbetonbelägen und bituminösen Kiestragschichten versehen; auf diese Weise wurden die Perfektastraße, Erlaer Straße, Carlberggasse, Eduard Kittenberger-Gasse und Kugelmanngasse ausgebaut.

Für die Erhaltung der öffentlichen Verkehrsflächen sowie für den Ausbau der Siedlungsstraßen waren im Jahre 1970 an gemeindeeigenen Geräten 23 Straßenwalzen, 9 sonstige Baumaschinen, 9 Straßenreparaturfahrzeuge und 11 Lastkraftwagen in 6.850 Arbeitsschichten eingesetzt, um Schäden in leichten, bituminösen Straßendecken rasch zu beheben. Diese Straßenreparaturfahrzeuge legten im Jahre 1970 eine Strecke von 47.125 km zurück.

Auf den **Bundesstraßen** wurden im Jahre 1970 ebenfalls einige große Arbeiten ausgeführt. So wurde auf der Bundesstraße 1, im Bereich der Unterführung der Kennedy-Brücke, von der Dommayergasse bis zur Schönbrunner Schloßbrücke, ein neuer Hartgußasphaltbelag aufgebracht. Die Kreuzung Altmannsdorfer Straße, Schönbrunner Allee, Gaßmanngasse, Grünbergstraße und Weißenthurngasse, die durch den Umleitungsverkehr anlässlich der Herstellung der Unterführung der Altmannsdorfer Straße mit der Donauuferbahn und der Edelsinnstraße stark belastet wird, wurde umgebaut. Im Zusammenhang mit diesem Umbau wurde eine neue, automatische Lichtsignalanlage errichtet. Die Vorarbeiten zur Unterführung der Altmannsdorfer Straße wurden weitergeführt, die notwendige Umlegung der Straßeneinbauten konnte zum Teil bereits abgeschlossen werden. Die Österreichischen Bundesbahnen, die die Hauptlast der Bauarbeiten zu tragen haben, besorgten die Ausschreibung der Tiefbauarbeiten; mit den Arbeiten wurde am 27. Oktober 1970 begonnen. Im Zuge der Bundesstraße 8, der Angerer Straße, wurde die südliche Reichsbrückenrampe am Mexikoplatz verbreitert; die nunmehr je vierspurigen Rampenstrecken konnten im August dem Verkehr übergeben werden. Auch die Bundesstraße 16, die Himberger Straße, wird von der Donauländebahn bis zum Liesingbach auf vier Fahrstreifen verbreitert; mit den Arbeiten wurde Ende September 1970 begonnen. Ferner wurde auf der Bundesstraße 225, auf der Klosterneuburg-Tullner Bundesstraße, die Gleisverlegung der Franz Josefs-Bahn in Richtung zum Donautrom fortgesetzt. Die Magistratsabteilung für Straßenbau führte im Abschnitt Nußdorf-Kahlenbergerdorf Hangsanierungsarbeiten, Hausabbrüche und Drainagierungen durch, im Kahlenbergerdorf selbst wurden die Arbeiten an der Anschlußstelle Kahlenbergerdorf-Kuchelau aufgenommen, wo die Verbindungsstraße zur Kuchelau unterführt werden soll. Daneben wird an umfangreichen Einbauten im gesamten Baubereich gearbeitet.

Von den Autobahnen auf Wiener Gebiet wurden im Jahre 1970 zwei wichtige Teilstrecken für den Verkehr freigegeben. Auf der Südautobahn wurden im Abschnitt Inzersdorf-Favoriten die Brückenbauarbeiten abgeschlossen und die Zementbeton- oder Asphaltbetondecken fertiggestellt. Die Straßenbauarbeiten sind auf dem rund 3,5 km langen Autobahnabschnitt soweit gediehen, daß noch vor Weihnachten der Verkehr auf einer provisorischen Fahrbahndecke mit einer provisorischen Ausfahrt in die Favoritenstraße aufgenommen werden konnte. Zur gleichen Zeit wurde auch die Hochführung der Laxenburger Straße über die Autobahn und die Donauländebahn für den Verkehr freigegeben. Im Abschnitt Favoriten-Landstraße wurden vor allem im Umkreis Ferdinand Löwe-Straße-Laaer Berg-Straße die Arbeiten an den Straßeneinbauten fortgesetzt. Auch Baugrunduntersuchungen wurden durchgeführt. Ferner wurde mit der Verlegung privater Gleisanschlüsse begonnen. Am Autobahnast Inzersdorf-Bundesstraße 1 (Altmannsdorfer Straße) wurde im Sommer 1970 mit den Erdarbeiten begonnen.

Im Zuge der Nordostautobahn, im Abschnitt Knoten Prater-Knoten Kaisermühlen mit dem Anschluß an die Viktor Kaplan-Straße, wurden die Bauarbeiten an der 4. Donaubrücke, an der Prater-Hochstraße sowie an allen anderen Brückenobjekten im Bereich des Knotens Kaisermühlen abgeschlossen, so daß Straßenbauarbeiten vorgenommen werden konnten. Die Bauarbeiten an den Erdbaulosen im Knoten Prater, und zwar auf der dem Prater zu gelegenen Seite, an der Anschlußstelle Handelskai und im Knoten Kaisermühlen wurden soweit abgeschlossen, daß dieser rund 3 km lange Autobahnabschnitt am 22. Dezember 1970 dem Verkehr übergeben werden konnte. Die hier vorgenommenen Anschüttungen haben ein Ausmaß von mehr als 1 Million Kubikmeter, von denen rund die Hälfte im Jahre 1970 durchgeführt wurden. Auch die Fahrbahnbeleuchtung war bis zur Verkehrsübergabe fertiggestellt. Im Juli 1970 begann überdies die Magistratsabteilung für Kanalisation mit den Bauarbeiten zur Umlegung des rechten Hauptsammelkanals. Die fertiggestellten Teilstücke der Süd- und der Nordostautobahn haben zu einer wesentlichen Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im Süden und im Nordosten Wiens beigetragen.

Brücken- und Wasserbau

Im **Brückenbau** wurden Vorarbeiten und Planungen für zwei Straßenbrücken über den Donaukanal geleistet, von denen eine die Vordere Zollamtsstraße mit der Tempelgasse, die andere die Rembrandtstraße mit der Türkenstraße verbinden soll. Ferner soll in der Großfeldsiedlung in Leopoldau ein Straßen- und Fußgängertunnel unter der Nordbahn errichtet werden. Ein weiteres Projekt wurde für einen 24 m langen Fußgängertunnel ausgearbeitet, der im Zuge der Würtzlerstraße die Baumgasse queren und lichte Abmessungen von 6 × 2,50 m haben soll; beiderseits der Baumgasse wird der Tunnel durch Stützmauern begrenzt werden. Eine sehr umfangreiche Planung befaßte sich mit der Nordostautobahn, die zwischen der Einmündung in den Landstraßer Gürtel (Autobahnknoten Landstraße) und der Donaukanalbrücke (Knoten Prater) in Hochlage geführt werden wird. Diese „Hochstraße St. Marx“ erhält 2 Richtungsfahrbahnen mit je 3 Fahrstreifen und wird eine Länge von 1.639 m aufweisen; daran werden sich die Tragwerke der Abzweigungen und Rampen anschließen. Die Brückenfläche wird rund

65.000 m² betragen, die Kosten wurden auf 230 Millionen Schilling geschätzt. Das generelle Projekt und die Ausschreibung konnten im Jahre 1970 fertiggestellt werden.

Erhaltungsarbeiten größeren Umfanges waren unter anderem an der Floridsdorfer Brücke über den Donau- strom, an der Stahlkonstruktion im Stromfeld 1 sowie an der Gehsteigkonstruktion der Nordbahndonaubücke in zwei Stromfeldern vorzunehmen, die eines neuen Anstriches bedurften. Auf der Hafenbrücke Freudenu sowie auf der Radetzkybrücke über den Wienfluß war der Fahrbelag zu erneuern, während bei der Brücke über die Nordwestbahn im Zuge der Prager Straße die Rinnen des Entwässerungssystems auszuwechseln waren. Daneben wurden die ständig notwendig werdenden kleineren Instandsetzungsarbeiten an den Fahrbelägen, Anstrichen, Geländern, Dehnfugenkonstruktionen, Entwässerungsanlagen und Stiegenstufen sowie die periodische Reinigung der zu erhaltenden 338 Objekte ausgeführt.

Vor allem konnten aber einige Neu- und Umbauten von Brücken und anderen Verkehrsbauten abgeschlossen werden. Am Gürtelausbau zwischen der Flurschützstraße und dem Südtiroler Platz mit der Tieflegung der Straßenbahn waren nur noch abschließende Arbeiten vorzunehmen und auch am Verkehrsbauwerk Lobkowitzbrücke über den Wienfluß und an dem Fußgängertunnel im Zuge der Schönbrunner Straße zur Querung der Ruckergasse beschränkten sich die Arbeiten auf die Innenausgestaltung der Fußgängertunnels unter der Linken Wienzeile und der Ruckergasse, wo die Wände mit Naturstein und die Decken mit Eternitplatten verkleidet, die Fußböden mit einem Kunststoffbelag versehen und verglaste Stiegenüberdachungen errichtet wurden. Der Rohbau der Unterführung der Ostbahn im Zuge der Erzherzog Karl-Straße wurde mit der Herstellung der letzten Bahntragwerke, dem Betonieren und dem Abdichten der Bodenplatte sowie dem Aufstellen der Stützen ebenfalls beendet; hier wurden zugleich auch eine WC-Anlage und die Lüftungszentrale eingebaut. Die Verbreiterung der Fahrbahn der Friedensbrücke über den Donaukanal konnte gleichfalls abgeschlossen werden. Am 2. Oktober 1970 wurde das letzte Teilstück des stromabwärts gelegenen Hauptträgers eingebaut, sodann konnte die gesamte Verbreiterung des Tragwerkes stromauf und stromab mit der Feuchtigkeitsabdichtung, dem Belag und dem Anstrich versehen werden. Die Gleisverlegungsarbeiten und die Errichtung der Haltestelleninsel werden im Frühjahr 1971 erfolgen. Am Steg über die Raxstraße im Zuge der Ettenreichgasse, der bereits im Oktober 1969 dem Verkehr übergeben wurde, waren nur noch Ergänzungsarbeiten an den Böschungen und Rampen vorzunehmen.

Im Zusammenhang mit der WIG 1974 wird die Laaer Berg-Straße großzügig begradigt und als Schnellstraße ausgebaut, wobei auch eine Unterführung der Donauländebahn hergestellt wird. Es mußten daher ein neues Tragwerk für die Donauländebahn und zwei weitere Brücken für eine neue Schnellstraße und für 2 Straßenbahngleise geplant werden, mit deren Bau im Herbst 1970 begonnen wurde. Mit einem weiteren Bauwerk wird die Verbindungsbahn im Zuge Atzgersdorfer Straße—Stranzenberggasse überbrückt. Der Bau dieser Straßenbrücke ist deshalb dringend notwendig, weil im Verlauf der Arbeiten zur Beseitigung der schienengleichen Kreuzung mit der Altmansdorfer Straße die Trasse der Verbindungsbahn abgesenkt wird und daher der Bahnkörper in der Rosenhügelstraße nicht mehr in gleicher Ebene übersetzt werden kann. Das Tragwerk ist für eine 15 m breite Fahrbahn mit beiderseits je 3 m breiten Gehwegen geplant. Die Schönbachstraße, die parallel zum Bahnkörper verläuft, wird abgesenkt und in einer lichten Höhe von 4 m überbrückt. Mit den Bauarbeiten wurde ebenfalls im September 1970 begonnen.

Anläßlich der Neugestaltung der Viktor Kaplan-Straße als Zubringer zur Nordostautobahn und zur 4. Donau- brücke muß in der Höhe der Benatzkygasse ein Fußgängersteg errichtet werden, der mit einer Nutzbreite von 3,50 m geplant ist. Der Steg erhält beiderseits Rampen und ein zusätzliche Stiege. Die Länge des Bauwerkes wird rund 130 m betragen. Die Arbeiten für dieses Bauwerk wurden bereits öffentlich ausgeschrieben.

Die Arbeiten zur Behebung des am Stahltragwerk der 4. Donaubrücke, der Praterbrücke, am 6. November 1969 eingetretenen Schadens wurden im Juni 1970 abgeschlossen. Danach wurden die noch verbliebenen Fertigstellungsarbeiten, wie die Abdichtung gegen Feuchtigkeit, die Herstellung des Fahrbelag- und Gehwegbelages, die Geländermontage, die Anstricharbeiten und die Überführung der Versorgungsleitungen sowie die Errichtung der Stiegenanlagen vorgenommen. Für die 720 m lange Prater-Hochstraße, die aus sprengwerkartigen Systemen von Einfeldtragwerken mit einer Systemlänge von 27,5 m besteht, wurde das Aufstellen der Stützen und Tragwerkfertigteile aus schlaff bewehrtem Beton abgeschlossen. Sodann folgte die Herstellung der Abdichtung, der Fahrbahn und des Geländers. Auch die Donaukanalbrücke beim Knoten Prater im Zuge der Nordostautobahn wurde im Rohbau bis Ende des Jahres 1970 fertiggestellt. Die Freigabe der Brücke für den Verkehr wird mit Rücksicht auf die Kanalbauarbeiten am rechten Kanalufer erst im Frühjahr 1971 möglich sein. Weiters wurden im Knoten Kaisermühlen 5 Brückenobjekte für Richtungsfahrbahnen der Auf- und Abfahrten zur Nordost- autobahn errichtet. Es handelt sich hierbei um 2 Brücken über das Mühlwasser im Zuge der Auf- und Abfahrts- rampe der 4. Donaubrücke mit Brückenlängen von 202 m und 323 m, ferner um 2 Brücken nördlich des Pump- werkes der Magistratsabteilung für Kanalisation, von denen je eine in Richtung Reichsbrücke und Richtung Ölhafen mit Brückenlängen von 60 m und 122 m zu liegt, sowie schließlich um eine Brücke südlich dieses Pump- werkes, die zur Viktor Kaplan-Straße führt und eine Brückenlänge von 56 m aufweist. Die Arbeiten an diesen 5 Brücken, die im September 1969 begonnen wurden, konnten im Herbst 1970 fertiggestellt werden. Sämtliche Brücken im Zuge der Nordostautobahn, mit Ausnahme der Donaukanalbrücke, wurden am 22. Dezember 1970 dem Verkehr übergeben.

Für die Brückenbauten im Zuge der Nordostautobahn hatte die Stadt Wien einen Kostenanteil zu tragen. Ebenso hat sie für die Brückenbauten der Österreichischen Bundesbahnen Baukostenbeiträge zu leisten; im Jahre 1970 wurden von der Stadt Wien 8,694.514 S angewiesen. Die Ersätze für die Überlassung der Nordwestbahn-

trasse und der Eisenbahnbrücke für den Bau der Nordbrücke an die Österreichischen Bundesbahnen werden für den Bau der Verbindungsschleifen von der Nordwestbahn zur Donauuferbahn und zur Nordbahn verwendet.

Von den **Schutzwasserbauten** war die Liesingbachregulierung im zweiten Bauabschnitt des Bauloses „Liesing Eindeckung“ im wesentlichen bereits im Jahre 1969 abgeschlossen worden, so daß im Jahre 1970 nur noch Arbeiten kleineren Umfangs auszuführen waren. Im Unterlauf des Liesingbaches wurden die Umpflasterungsarbeiten in der rund 750 m langen Bachstrecke in Ober-Laa fortgesetzt und abgeschlossen. Es handelte sich um die Behebung von Hochwasserschäden an der Sohlen-, Böschungs- und Bermenpflasterung. Wegen des frühen Wintereinbruchs, bereits zu Anfang Dezember 1969, waren die Bauarbeiten vorzeitig unterbrochen worden und konnten erst im April 1970 wieder in vollem Umfang aufgenommen werden. Die im Baulos „Inzersdorf“ im November 1969 begonnenen Neupflasterungsarbeiten wurden gleichfalls fortgesetzt. Vor ca. 20 Jahren mit sparsamsten Mitteln reguliert, wurde diese Bachstrecke durch mehrere schwere Hochwässer stark beschädigt. Es wird daher die Niederwasserinne umgepfastert und mit einer gepflasterten Fahrberme ausgestattet, wie sie in den übrigen Strecken des Liesingbaches im Unter- und Oberlauf bereits vorhanden ist. Die Wiederaufnahme der Bauarbeiten im Frühjahr 1970 wurde durch den strengen und langanhaltenden Winter stark verzögert. Ferner wurden die Bauarbeiten durch mehrere Hochwässer behindert. Trotzdem konnten von der rund 1.600 m langen Regulierungsstrecke bachaufwärts der Pottendorfer Bahn etwa 850 m neu gepflastert werden. Im Bereich der Eisenbahnbrücke wurde mit den Abbruch- und Umpflasterungsarbeiten begonnen. Weiters wurden im Oberlauf des Liesingbaches die Regulierungsarbeiten in dem rund 800 m langen zweiten Bauabschnitt des Bauloses „Kalksburg“ abgeschlossen, in dem diese Arbeiten ebenfalls infolge des frühen Wintereinbruchs im Jahr 1969 unterbrochen worden waren. Im Jahre 1970 wurden die Grünböschungen profiliert, humusiert und besämt, aber auch noch andere kleinere Arbeiten ausgeführt. Im Herbst 1970 wurde in Kalksburg mit der Regulierung des Grenzbaches, eines linksufrigen Zubringers des Liesingbaches an der Stadtgrenze von Wien gegen Niederösterreich, begonnen. Die Bauarbeiten an dieser rund 130 m langen Ausbaustrecke zwischen dem Liesingbach und der Breitenfurter Straße konnten im wesentlichen noch bis Jahresende abgeschlossen werden. Bei diesen Regulierungsarbeiten wurde der Rohrdurchlaß an der Breitenfurter Straße, der bereits baufällig war, erneuert und bachaufwärts durch ein Einlauf- und Absturzbauwerk gesichert. Die eigentliche Regulierungsstrecke wurde als Trapezprofil mit gepflasterter Sohle und Grünböschungen ausgeführt. Wegen Verzögerungen in den Grundeinlösungsverhandlungen konnte mit den Regulierungsarbeiten im dritten und letzten Bauabschnitt des Bauloses „Kalksburg“ der Liesingbachregulierung nicht mehr begonnen werden. Es handelt sich um die rund 1.200 m lange Bachstrecke zwischen der Straßenbrücke im Zuge der Jakob Sommerbauer-Straße in Kalksburg und der Stadtgrenze von Wien gegen Niederösterreich. Auch dieser letzte Bauabschnitt soll so wie die beiden anderen Kalksburger Abschnitte naturnah verbaut werden. Die im Jahre 1967 begonnene Regulierung des Wienflusses von der Kielmannseggbrücke bis zur Landesgrenze mit einer Gesamtlänge von 1.027 m konnte im Jahre 1970 beendet werden. Nach Abschluß der Arbeiten ist der Wienfluß in diesem Bereich zur schadlosen Abfuhr einer Hochwassermenge von 275 m³/sec ausgebaut.

Die Regulierungsarbeiten am Muhlwasser wurden im Jahre 1970 fortgesetzt, wobei unterhalb des Stadlauer Strandbades auf einer Länge von rund 120 m Sohlbaggerungen durchgeführt und die Böschungen profiliert wurden. Weiters wurden an den durch die Hochwässer der letzten Jahre in Mitleidenschaft gezogenen Dämmen der Stau-stufen III und IV Injizierungsarbeiten vorgenommen.

Die Regulierung des Schwechat-Wildbaches im Unterlauf wurde Anfang 1970 zum bevorzugten Wasserbau erklärt. Da jedoch auf Wunsch des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft noch zusätzliche hydrologische Untersuchungen und Studien ausgearbeitet werden mußten, konnte wegen der sich daraus ergebenden offenen Fragen weder mit den Grundeinlösungsverhandlungen noch mit den Bauarbeiten begonnen werden.

Die im Jahre 1969 begonnene Regulierung des Unterlaufes des Hammerschmiedgrabens zwischen der Heiligenstädter Straße und der Franz Josefs-Bahn wurde fertiggestellt. Zur Sicherung des Hammerschmiedgrabens wurden außerdem 150 m bachaufwärts der Heiligenstädter Straße, Uferbefestigungen und Sohlenstufen aus Betonfertigteilen errichtet.

Der Hainbach steht im oberen Teil in der Verwaltung der Forsttechnischen Abteilung für Wildbach- und Lawinerverbauung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft. Die Stadt Wien hat es übernommen, die rechtsufrige Böschung des Hainbaches flußabwärts der Straßenspitzenkehr beim Brückenobjekt 468 zu sanieren, um für den Schutz der neben dem Hainbach verlaufenden Adalbert Stifter-Straße zu sorgen. Nach dem Wasserrechtsgesetz beträgt der Wiener Landesbeitrag 40 Prozent der Regulierungskosten.

Infolge starker Gewitterregen kam es im Sommer 1970 bei der Haidgrabenbrücke, auf der Höhenstraße in Sievering, zu einer Hangrutschung, die eine sofortige Sanierung der Böschung notwendig machte. Zunächst wurde die rutschgefährdete Böschung abgetragen, dann wurde der Böschungsfuß durch den Einbau von Betonfertigteilen mit Steinfüllung gesichert. Für die Hangentwässerung wurden geschichtete Steinziegel und Drainagerohre verlegt. Sodann wurde die Böschung mit geeignetem Schüttmaterial wieder aufgebaut. Im Jahre 1970 ausgeführte Planungen für den Schutzwasserbau betrafen den Wurzbach im 14. Bezirk, ein Rückhaltebecken in 21, Stammersdorf, und das Mühlwasser im 22. Bezirk.

Kleinere Arbeiten, die abgeschlossen wurden, waren die Pflasterungsarbeiten in der Rothengasse im 21. Bezirk, die Verlängerung des Durchlasses für den Jägerwiesenbach im 17. Bezirk und die Sohlenpflasterung am Halterbach flußabwärts des Geschieberückhaltebeckens im 14. Bezirk. Infolge der starken Regenfälle, im Sommer 1970, trat in der Böschung des Halterbaches bei der Bujattigasse eine Rutschung auf, die, um die Straße nicht zu ge-

fährden, sofort behoben werden mußte. Schließlich wurden noch Reserveketten für die Schleuse Nußdorf angeschafft. Im übrigen wurden an sämtlichen Wiener Gewässern Erhaltungsarbeiten ausgeführt.

Die für das Stadtgartenamt ausgeführten Ufersicherungsarbeiten an der Alten Donau 22, Kaisermühlen, wurden fortgesetzt. Dabei wurde im Jahre 1970 eine ca. 25 m lange Ufermauer im Bereich der „Langen Allee“ errichtet. Ferner wurde die im Auftrag des Liegenschaftsamtes im Jahre 1969 begonnene Sanierung eines rund 200 m langen Rutschhanges in 19, Heiligenstädter Straße 297—311, durch Abflachung des Hanges, Entwässerung und Einbau von Stützrippen beendet.

Im **Verkehrswasserbau** wurden die schon in den Vorjahren begonnenen Planungsarbeiten für den weiteren Ausbau des Hafens Albern, der vor allem durch die Maßnahmen für den verbesserten Hochwasserschutz notwendig wird, fortgeführt. Nach Abschluß der Absiedlung von der rechten Stromlände konnte im November 1970 zunächst mit der Verlegung des Hochwasserschutzdammes im Hafengebiet begonnen werden. Im Hafen Freudenau wurden die bereits im Jahre 1968 begonnenen Arbeiten an dem etwa 330 m langen Teilstück der Kaianlage fortgesetzt, desgleichen die Arbeiten zur Verbesserung der Stromversorgung des Pachthafens, die im Auftrag der Wiener Hafen-Betriebs-GmbH ausgeführt werden. Hierbei wurden, im Jahre 1970, die Versorgungsleitungen gelegt und 3 neue Trafostationen im Rohbau errichtet. Ferner wurden, ebenfalls im Auftrag der Wiener Hafen-Betriebs-GmbH, im Schleifleitungskanal der schon bestehenden Kaianlage zusätzlich Heizstromschienen für den Winterbetrieb verlegt und Rodungsarbeiten für die Erweiterung des Pachtgeländes der Österreichischen Stickstoffwerke durchgeführt.

Im Hafen Kuchelau wird auf Wunsch der Liegenschaftsverwaltung ein Teil der Böschung völlig saniert; hiefür wurden im Jahre 1970 die notwendigen Rodungsarbeiten ausgeführt. Ferner wurden in den Häfen Albern und Lobau die Gleisanlagen der Städtischen Hafenbahnen, die zum Teil schon sehr überaltert sind und dem Achsdruck des derzeitigen Verkehrs kaum noch standzuhalten vermögen, in einigen Abschnitten ausgewechselt, in anderen wurde mit der Verstärkung des Oberbaues begonnen. Die Baggerungskosten für sämtliche Häfen wurden der Wiener Hafen-Betriebs-GmbH refundiert. Nach dem Hafeneinrichtungen-Förderungsgesetz sowie nach dem Wasserbauten-Förderungsgesetz gebührt für gewisse Arbeiten zum Ausbau der Häfen je ein 40prozentiger Kostenzuschuß des Bundes; um dessen Überweisung wurde angesucht. Das Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen hat auch bereits Förderungsbeträge zur Verfügung gestellt.

Der **Grundbau** umfaßte die Fundamentbeschau bei sämtlichen von der Stadt Wien und ihren Unternehmungen ausgeführten Bauvorhaben, nachdem die je nach der Baugrundbeschaffenheit notwendige Fundierungsart und -tiefe angegeben worden war. Die Angaben erfolgten auf Grund von Baugrunduntersuchungen, teilweise auch auf Grund von Baustellen-Großbelastungsversuchen, grundbaustatischen Berechnungen und Setzungsberechnungen. Wiederholte Besichtigungen während der Fundierungsarbeiten und die Auswertung der Ergebnisse von Setzungsmessungen an den Bauwerken führten oft dazu, daß weitere Maßnahmen empfohlen wurden. Während der Planung wurden die Architekten und Bauführenden grundbautechnisch beraten. Ferner waren zur Klärung unsicherer Baugrundverhältnisse Erhebungen und Nachforschungen in Archiven, Bibliotheken und Sammlungen anzustellen.

Pressiometer-Untersuchungen für einige Wohnhausbauten erbrachten die notwendigen Daten für die Angaben der zulässigen Bodenpressung und ermöglichten es, die Fundierungstiefe mit größerer Genauigkeit und geringerem Risiko zu bestimmen. Teilweise konnte dadurch der wirtschaftliche Aufwand für die Fundierung verringert werden. Die Setzungsmessungen an den „Kiespolstergründungen“ in der Per Albin Hansson-Siedlung Ost erbrachten sehr zufriedenstellende Ergebnisse, so daß diese Gründungsart für die Lösung ähnlicher Gründungsaufgaben empfohlen werden kann. Allerdings ist sie sehr witterungsabhängig und darf nur in der trockenen und wärmeren Jahreshälfte angewendet werden. Überhaupt verlangt diese Bauweise strenge Kontrollen und eine sorgfältige Durchführung.

Bei Schäden an städtischen Bauten, die durch ungleiche Setzungen entstanden sind, wurden nach eingehender Überprüfung und Klärung der Ursachen entsprechende Maßnahmen zur Beseitigung vorgeschlagen. Auch bei privaten Bauvorhaben und bei Auftreten von Schäden an privaten Bauten wurden städtische Dienststellen grundbautechnisch beraten.

Baugrunduntersuchungen, die für fast alle Hoch- und Tiefbauten der Stadt Wien und ihrer Unternehmungen durchgeführt werden, waren in größerem Umfang für die geplante Hochstraße St. Marx, für die städtischen Wohnhausanlagen 10, Per Albin Hansson-Siedlung Ost, und 21, Großfeldsiedlung, für den verbesserten Hochwasserschutz, nämlich das Wehr Nußdorf, die Flutbrückenpfeiler aller Donaustrombrücken und den linken Donauesammelkanal, aber auch für den U-Bahnbau und für den Ausbau der Klosterneuburg-Tullner Bundesstraße im Abschnitt Nußdorf-Kahlenbergdorf vorzunehmen. Bei den Baugrunduntersuchungen für die zuletzt angeführte Baustelle wurden 3 Probeanker versetzt.

Bei diesem Bauvorhaben müssen wegen der rutschgefährlichen Hänge die Stütz- und Futtermauern bergseitig verankert werden. Die Ankerkraft dieser Probeanker wurde durch verschiedene Spannstufen getestet. Aus diesen Versuchsergebnissen kann die Anzahl der notwendigen Anker sowie die zulässige einzelne Ankerkraft leichter bestimmt werden. Somit ist die wirtschaftliche Bemessung der ganzen Verankerung leichter und sicherer möglich.

Im Rahmen der Vorarbeiten für den U-Bahnbau wurden die bereits begonnenen Baugrunduntersuchungen fortgesetzt und neue aufgenommen. Im Bauabschnitt „Favoritenstraße“ der Linie U 1, der von der Paulanergasse im 4. Bezirk bis zum Reumannplatz im 10. Bezirk reicht, wurden die umfangreichen Fundamentaufschließungen an den Gebäuden, die im Einflußbereich der U-Bahntrasse liegen, fast vollständig abgeschlossen. Bei diesen Arbeiten

wurden besonders die Tiefe der Fundamente, ihr derzeitiger Zustand und die anstehenden Bodenverhältnisse erkundet und festgehalten. Diese Arbeiten sind in den beengten Kellerräumen schwierig und zeitraubend, oftmals nur unter erschwerenden Bedingungen auszuführen; mehrmals konnten sie wegen besonderer Umstände, nämlich der Behinderung durch Betriebsanlagen, Waren-, Material- und Brennstofflagerungen sowie Einbauten im Gehsteigbereich, überhaupt nicht durchgeführt werden. Es kam dabei zu ersten direkten Kontakten an Ort und Stelle mit den durch den bevorstehenden U-Bahnbau unmittelbar betroffenen Bevölkerungskreisen, deren mangelndes Verständnis für diese Vorarbeiten sich wiederholt nachteilig auswirkte. Bei den in diesem Bauabschnitt bereits durchgeführten Probebohrungen wurden Pegel für spezielle Grundwasseruntersuchungen in allen festgestellten Grundwasserstockwerken eingebaut und wöchentlich Grundwasserstandsmessungen vorgenommen. Daneben hält die darum ersuchte Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal in Wien mit Hilfe von radioaktiven Isotopen die Richtung und Geschwindigkeit der Grundwasserströmungen fest und führt Tritiumanalysen durch, um die verschiedenen Grundwasserstockwerke sicher unterscheiden zu können. Aus den gewonnenen Daten läßt sich eine hydrogeologische Beurteilung ableiten, die bei möglichen Grundwasserabsenkungen für den U-Bahnbau als Entscheidungsgrundlage dienen wird. Im Bauabschnitt „Stephansplatz-Nestroyplatz“ der Linie U 1 wurden, zur ergänzenden Untersuchung des Baugrundes, Probebohrungen in der Nähe des Stephansdomes niedergebracht. Die bei diesen sowie die in den Außenschichten zur Fundamentaufschließung gewonnenen Erkenntnisse bilden im wesentlichen die Unterlagen für ein Fakultätsgutachten, das auf Ersuchen der Stadt Wien von der Technischen Hochschule in Wien, zum Thema „U-Bahnbau-Stephansdom“ erstellt wird. Dieses Gutachten soll die zur Sicherung des Bestandes des Stephansdomes während des U-Bahnbaues notwendigen Vorkehrungen angeben. Weiters wurden im Bereich des vorgesehenen Anschlusses der Linie U 3 an das Stationsbauwerk Stephansplatz Probebohrungen und Fundamentaufschließungen durchgeführt. Ihre Ergebnisse werden die Trassenführung der Linie U 3 wesentlich beeinflussen, da die Lage des Stationsbauwerkes Stephansplatz zwangsweise durch die Linie U 1 festgelegt ist. Weitere ergänzende Probebohrungen wurden bei der Schwedenbrücke am Vorkai des Donaukanals aufgenommen. Dort sind nämlich mächtige Feinsandkomplexe vorhanden, die zum Schwimmsandphänomen neigen und schon bei den Bohrungen ihre Gefährlichkeit durch dauernden Auftrieb erkennen ließen. Die an dieser Stelle vorgesehene Unterfahrung des Donaukanals mit der U-Bahn wird sich voraussichtlich sehr schwierig gestalten und bedarf daher noch einiger Untersuchungen.

Im Bauabschnitt „Karlsplatz“ der U-Bahnlinie U 1 wurde gegen Ende des Jahres 1970 mit dem Bau eines Grundwasser-Meßbrunnens (Rohrbrunnens) in der Lothringerstraße nahe dem Konzerthaus begonnen, dem noch ein weiterer in der Hofburg folgen soll. Diese beiden Pegel sollen während der Grundwasserabsenkung bei der Herstellung des Anfahrshachtes am Karlsplatz die Reichweite der Absenkung und deren möglichen Einfluß auf in Betrieb stehende Brunnenanlagen erkennen lassen.

Für den Bau der Linie U 4, vom Schwedenplatz im Zuge des Franz Josefs-Kais bis zur Station Roßauer Lände, wurde ab Beginn des Jahres 1970 mit zahlreichen Probebohrungen begonnen; gleichzeitig wurden Fundamentaufschließungen an Gebäuden durchgeführt, besonders an der Roßauer Kaserne, bei der die Linie U 2 abzweigen soll. Die Untersuchungen ergaben unter anderem, daß die Roßauer Kaserne ursprünglich mittels zahlreicher Holzpiloten auf den tragfähigen Schotter fundiert wurde. In den eingebauten Grundwasserpegeln wurden wie an anderen Bauabschnitten von der Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal in Wien, Grundwassermessungen mittels radioaktiver Isotopen vorgenommen, um die Strömungsverhältnisse im Boden unter der Einwirkung des nahegelegenen Donaukanal-Vorfluters zu ermitteln.

Erstmals wurden für die Stadt Wien bei den Baugrunduntersuchungen für die Wohnhausanlage 11, Mühlangergasse, außer den üblichen Probebohrungen Isotopen-Sondierungen durch die Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal durchgeführt. Dabei wurden Werte über die Feuchtigkeit und Dichte der einzelnen Bodenschichten erzielt. Die Anwendbarkeit dieser Methode für die Beurteilung des Baugrundes kann noch nicht beurteilt werden.

Für die geotechnisch-geologische Kartierung des Wiener Stadtgebietes wird bereits seit mehreren Jahren eine baugelogische Beurteilung des Untergrundes der Stadt Wien vorgenommen. Als Ergebnis liegen nun 45 Blätter der Stadtkarte von Wien im Maßstab 1:2.000 in geotechnisch-geologischer Bearbeitung über ein Gebiet vor, das vom Gürtel im Westen bis an die Alte Donau im Osten und von Nußdorf im Norden bis an die Höhe des Laaer Berges im Süden reicht. Die Karte zeigt, in Isohypsen dargestellt, das Relief der Tertiäroberfläche sowie die Mächtigkeit der Überlagerung, die das Quartär und die Kulturschicht umschließt, in liniengleicher Mächtigkeit. Alte Bauwerke wie Befestigungen, aber auch größere Eingriffe in den Boden, Ziegelgruben zum Beispiel und alte Bachläufe oder Flußarme sowie bekannte Anschüttungsmächtigkeiten größerer Stärke, werden auf gesonderten Blättern noch dargestellt werden. Die Grundwasserhältnisse wurden den unterschiedlichen Beobachtungsbedingungen entsprechend aufgezeichnet. Es liegen sowohl flächenhaft-zusammenhängende Darstellungen als auch profilmäßige und punktförmige Auswertungen vor. Dieses Kartenwerk ist das Ergebnis einer intensiven Auswertung sämtlicher verfügbarer Daten und wegen seiner Aussage über die Qualität des Baugrundes sowie der Grundwasserhältnisse von großem Nutzen bei der Durchführung von großräumigen städtischen Bauvorhaben und Planungsaufgaben, wie etwa beim Bau der U-Bahn, des Hochwasserschutzes oder von Grundwasserwerken zur Versorgung Wiens. Diese geotechnisch-geologische Kartierung nimmt die Geologische Bundesanstalt im Auftrag der Stadt Wien vor; ihre Kosten betragen nur für den Norden von Wien 80.000 S.

Der Baugrundkataster wurde durch viele Baugrundaufschlüsse erweitert. Die Neuordnung des Baugrundkatasters, bedingt durch die Verwendung der bisher neu erschienenen Blätter der Stadtkarte 1:2.000, wurde fortgesetzt.

Der Schwerpunkt der Arbeiten am U-Bahnbau lag im Jahre 1970 im Bereich des Karlsplatzes. Die im Dezember 1969 begonnenen Bauarbeiten im Bauabschnitt „Karlsplatz“ der Linie U 1 machten beachtliche Fortschritte. So wurden die Schlitzwände des Anfahrschachtes für den Stationsschild bei dem bekannten Wiener Kaffeehaus Pöchlacher, Ecke Kärntner Straße und Friedrichstraße, für das Unterwerk auf den Porrhauseingängen und für die Linie U 2 zwischen der Friedrichstraße und dem Künstlerhaus hergestellt. Es konnten auch der Erdaushub und die Stahlbetondecken der Bauwerke weitgehend ausgeführt werden. Um das Passagengeschoß errichten zu können, wurde ein Teil des Wienfußgewölbes durch eine Stahlbetonrahmenkonstruktion ersetzt. Die Arbeiten am Unterwerk, dem Weichenschacht auf den ehemaligen Porrhauseingängen, wurden besonders betrieben. Der gesamte Stahlbetonrost für die oberste Decke wurde fertiggestellt und nach dieser Aussteifung der Umfassungswände der weitere Aushub bis zu etwa 16 m Tiefe vorgenommen, wobei der Grundwasserspiegel abgesenkt wurde. Dann wurde mit dem Einbau weiterer Aussteifungshorizonte begonnen. Bis März 1971 soll eine Tiefe von etwa 25 m erreicht und damit die Anfahrschächte für den vollmechanischen Streckenschild zur Schildfahrt in Richtung Paulanergasse fertiggestellt werden.

Im August 1970 wurde die durch umfangreiche technische und rechtliche Vorarbeiten eingeleitete Grundwasserabsenkung mit der Inbetriebnahme des ersten Absenkbrunnens der Brunnengruppe um das Unterwerk auf den Porrhauseingängen begonnen. Die Maßnahmen zur Versorgung der Wassernutzungsberechtigten in dem von der Grundwasserabsenkung betroffenen Gebiet waren zu Jahresende zum Teil bereits durchgeführt, zum Teil wurde noch daran gearbeitet. Vor allem wären hier die Vorarbeiten für die Errichtung eines Horizontalfilterrohrbrunnens am Morzinplatz und einer Nutzwasserleitung zur Versorgung von Wassernutzungsberechtigten im nördlichen Teil des 1. Bezirks aus diesem Brunnen zu erwähnen.

Gleichzeitig arbeiteten Stahlwerke und Maschinenfabriken bereits an den Auskleidungselementen der Tunnel und an den Schildvortriebsmaschinen. Die Vereinigte Österreichische Eisen- und Stahlwerke AG stellte im Werk Liezen die Stahlübungs für den Stationsausbau und im Werk Linz den Schildmantel für den Stationsschild her, die Firma Bade & Co. in Lehrte bei Hannover und die Firma Westfalia in Lünen arbeiteten an den Schildvortriebsmaschinen und deren hydraulischer und elektrischer Ausrüstung. Weiters wurden in den Betriebsanlagen der Vereinigten Österreichischen Eisen- und Stahlwerke AG sowie der Wagner-Biró AG die maschinellen Einrichtungen zur Herstellung der Sphärogußübungs für den Streckenausbau aufgebaut. Danach wurde mit der Tübbingproduktion begonnen.

Im Bauabschnitt „Favoritenstraße“ der Linie U 1, der von der Paulanergasse bis zum Reumannplatz reicht, wurden umfangreiche bauliche Vorarbeiten geleistet. So wurde der Baubereich von Einbauten freigemacht, die Versorgungsleitungen in den künftigen Umfahrungsstraßen wurden saniert und umfangreiche Straßenbauarbeiten sorgten dafür, daß der Umleitungsverkehr um die künftigen Baustellen reibungslos abgewickelt werden kann. Der guten Zusammenarbeit aller beteiligten städtischen Dienststellen gelang es, bis Anfang Dezember 1970 das Verkehrsumleitungssystem für den 4. Bezirk fertigzustellen. Nach der Sperre der Favoritenstraße werden die neu ausgebauten Straßenzüge Schelleingasse—Argentinierstraße den stadteinwärts führenden Verkehr, die Margaretensstraße—Zentagasse aber den stadtauswärts führenden Verkehr übernehmen. Während die Straßenzüge Weyringergasse—Kolschitzkygasse und Rainergasse—Belvederegasse für den Querverkehr zur Verfügung stehen. Auch von den Umleitungsstraßen im 10. Bezirk konnte ein großer Teil der neu ausgebauten Straßenzüge bereits zu Jahresende dem Verkehr übergeben werden. Weiters wurden für das Baulos A (Paulanergasse bis Theresianumgasse) die Angebote von 8 Arbeitsgemeinschaften und einer Einzelfirma sowie für das Baulos B (Theresianumgasse bis Columbusplatz), in dem der Streckenschild und die Errichtung der U-Bahnhaltestelle Südtiroler Platz in geschlossener Bauweise vorgesehen sind, die Angebote von 6 Arbeitsgemeinschaften überprüft und die Ausschreibungsgrundlagen für das Baulos C (Columbusplatz bis Reumannplatz) fertiggestellt.

Für den Bauabschnitt „Stephansplatz—Nestroyplatz“ der Linie U 1 wurde das Ausschreibungsprojekt ausgearbeitet. Auch hier wurde als Vorarbeit der Baubereich freigemacht sowie die Umleitung des Verkehrs in der Inneren Stadt gemeinsam mit den hierfür zuständigen Dienststellen studiert. Einer besonderen Sorgfalt bedarf die Vorbereitung der Baumaßnahmen für den U-Bahnbau in der Nähe des Stephansdomes, stellen sie doch sicherlich den einschneidendsten baulichen Eingriff im Kerngebiet der Stadt seit langer Zeit dar. Grundsätzlich muß während derselben unbedingte Sicherheit für alle Gebäude sowie für die Passanten, die Verkehrsteilnehmer und für die am Bau Beschäftigten bestehen, das Kultur- und Wirtschaftsleben im Stadtzentrum aber aufrecht erhalten werden. Darüber hinaus müssen sie ebenso wie alle anderen notwendigen Maßnahmen sparsam und wirtschaftlich durchgeführt werden. In eingehenden Beratungen wurden die organisatorischen und baulichen Vorarbeiten festgelegt, die notwendig sind, um mit dem Bau der U-Bahn am Stephansplatz und Schwedenplatz beginnen zu können. Vor allem wurde ein Umleitungssystem für den Individualverkehr im 1. Bezirk ausgearbeitet, um den Anlieferverkehr und die Zufahrt zu den Baustellen möglichst klaglos zu gestalten, den Durchgangsverkehr aber vom Stadtkern abzuhalten. Unter anderem werden die Ringstraße und der Franz Josefs-Kai in Richtung Urania—Operring—Schottentor—Urania und in der Gegenrichtung die Straßenzüge Schottengasse—Herrengasse—Augustinerstraße—Schellinggasse—Dominikanerbastei zur Einbahn erklärt. Ferner wurde ein System für die optimale Führung des öffentlichen Verkehrs mittels Autobussen in der Inneren Stadt auszuarbeiten begonnen. Das bereits erwähnte Fakultätsgutachten der Technischen Hochschule in Wien soll die Grundlage für alle zum Schutze des Domes zu treffenden Maßnahmen an dessen Fundamenten, im Einflußbereich der Fundamentlasten und an den zu errichtenden U-Bahnbauwerken bilden.

Für den Bauabschnitt „Praterstern“ der Linie U 1 wurde begonnen, das Ausschreibungsprojekt auszuarbeiten.

Ferner wurden im August 1970 die Fundierungsarbeiten für den Steg im Zuge der Rampengasse über die Franz Josefs-Bahn und die künftige Linie U 4 aufgenommen. Da es für den Bau des Betriebsbahnhofes Wasserleitungswiese notwendig war, die derzeitige Stadtbahn- und künftige Trasse der Linie U 4 abzusenken, muß dieser Steg geschaffen werden, um den Fußgängern das Übersetzen der U-Bahn und der Franz Josefs-Bahn ohne direktes Überschreiten der Gleise zu ermöglichen; der Steg wird an den Döblinger Steg über den Donaukanal anschließen. Die Stahlbetonsäulen für den Steg wurden noch im Jahre 1970 fertiggestellt, der Überbau, der Stahlträger mit der Stahlbetongehwegplatte, wird im folgenden Jahr ausgeführt werden.

Der seit April 1970 laufende allgemeine österreichische Wettbewerb für die Gestaltung der Stationen der Wiener U-Bahn wurde am 10. November 1970 mit der Entscheidung des aus internationalen Fachleuten gebildeten Preisgerichtes abgeschlossen. Es wurden zwei zweite Preise und ein dritter Preis vergeben und 4 Ankäufe von Wettbewerbsarbeiten beschlossen. Im Dezember nahmen die Architekten und Brückenbauingenieure der Stadt Wien gemeinsam mit den Sachverständigen der Wiener Verkehrsbetriebe mit den Preisträgern des Wettbewerbes Kontakt auf, um die Gestaltung der Linie U 1 sowie des im Ausbau befindlichen Abschnittes Friedensbrücke—Heiligenstadt der Linie U 4 zu besprechen.

Ferner wurde der Bau der Fernheizkanäle überwacht. Die Rohrlegearbeiten und der Einbau der Armaturen wurden unter der Aufsicht der Magistratsabteilung für Maschinenbau, Wärme-, Kälte- und Energiewirtschaft, Heizwerkstätte und Heizbetriebe von der Heizbetriebe Wien GesmbH ausgeführt. An den Fernheizleitungen vom Fernwärmewerk Spittelau zum Diana-Zentrum (Stadtleitung) wurden die im Juli 1969 begonnenen Arbeiten fortgesetzt und im wesentlichen zum Abschluß gebracht. In der ca. 2,7 km langen Strecke mußten zwei Teilstrecken von je 100 m Länge im Stollenvortrieb in 20 bis 22 m Tiefe unter dem Straßenniveau hergestellt werden. Da diese Vortriebsarbeiten unterhalb des bestehenden Grundwasserspiegels erfolgten, war für den Fall eines Wasserbruches der Vortrieb mit Hilfe einer Druckluftanlage vorgesehen worden. Die ersten 94 m des Stollens bei der Friedensbrücke unterhalb der Stadtbahn und des Aserbachüberlaufes konnten ohne wesentliche Zwischenfälle vorgetrieben werden. Am 23. März 1970 kam es aber vom ca. 6 m entfernten Zielschacht her zu einem Wasserbruch, der in kurzer Zeit ein gefährliches Ausmaß annahm und ca. 70 m³ Erdmaterial in den zum Teil bereits ausgekleideten Kanal einschwenkte. Mit Hilfe der Drucklufteinrichtung gelang es schließlich, den Stollen fertigzustellen. Der Vortrieb des zweiten, ebenfalls ca. 100 m langen Stollens ging ohne Zwischenfälle vor sich und konnte dank der beim Bau der ersten Teilstrecke gesammelten Erfahrungen ohne Druckluftinsatz durchgeführt werden. Der Bau des Fernheizkanals wird voraussichtlich 34 Millionen Schilling kosten. Die vom Fernwärmewerk Spittelau aus gespeiste Fernwärmeleitung zum Studentenheim Döbling, mit deren Bau im Juni 1969 begonnen wurde, konnte im März 1970 fertiggestellt werden. Sie schließt an die Fernheizleitung zum Allgemeinen Krankenhaus bei der Nußdorfer Straße an und führt durch die Philippovichgasse—Felix Mottl-Straße—Lannerstraße zum Studentenheim. Ihre Baukosten beliefen sich auf etwa 1,4 Millionen Schilling. Auch der Bau der Fernwärmeleitung vom Fernwärmewerk Spittelau zu den neuen Wohnhausanlagen in der Brigittenau, der einige Jahre in Anspruch nahm, konnte abgeschlossen werden.

Ferner wurde für die Fernwärmeleitung vom Fernwärmewerk Kagran zu der neuen Wohnhausanlage Quadenstraße im Jahre 1970 ein 1.300 m langes Teilstück des insgesamt 2.700 m langen Haubenkanals in Fertigbetonbauweise ausgeführt. Die Leitungen des Fernwärmenetzes in der Großfeldsiedlung wurden der Entwicklung der Wohnhausanlagen entsprechend ergänzt.

Gleichfalls abgeschlossen wurden die Bauarbeiten am Kanal der Fernwärmeleitung Süd von Fernwärmewerk Süd (Blumental) zur Grenzackergasse und zur Per Albin Hansson-Siedlung Ost. Der ca. 4 km lange Fernwärme-kanal wurde in Fertigteilbauweise als Haubenkanal ausgeführt. In diesem Abschnitt befinden sich 5 bergmännisch hergestellte Stollenteile mit einer Gesamtlänge von ca. 300 m. Außerdem mußte die Südautobahn zweimal unterquert werden; dort wurde der Kanal in Ortsbeton ausgeführt. Der neu errichtete Blumengroßmarkt wurde an diese Fernwärmeleitung angeschlossen. In den Jahren 1969 und 1970 wurden für diesen Kanalbau 32 Millionen Schilling ausgegeben.

Weiters wurde das Fernwärmenetz in der Per Albin Hansson-Siedlung Ost ausgebaut und eine Pumpenstation errichtet. Das Fernwärmeleitungsnetz in der Wohnhausanlage Mangasse in Mauer wurde erweitert, wobei Rohrleitungen unter bestehenden Straßen mit Hilfe des Rohrpreßverfahrens durchgeführt wurden. Bei dieser Methode wird ein Stahlrohr von ca. 1 m Durchmesser durch den Boden gepreßt und gleichzeitig der Rohrkern mit Handwerkzeugen abgebaut. Dadurch wird ein Aufbruch der Straßenoberfläche vermieden. Ebenfalls mit Hilfe der Rohrpreßmethode wurde die Abzweigung von der Fernwärmeleitung des Allgemeinen Krankenhauses zum Sanatorium Hera unter der inneren Gürtelstraße durchgeführt, im übrigen aber in offener Baugrube hergestellt.

Schließlich wurde damit begonnen, das Fernwärmeleitungsnetz in der Wohnhausanlage Thürndlhofstraße in Simmering auszubauen, wobei für den Bauteil des Wärmeleitungssystems Eternitrohre verwendet wurden.

Das Projekt für den verbesserten Donauhochwasserschutz von Wien wurde am 7. Juli 1970 von der Obersten Wasserrechtsbehörde im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft generell genehmigt. Damit haben die jahrelangen Bemühungen der Stadt Wien um die Verbesserung des Donauhochwasserschutzes einen Abschluß gefunden. Nach Vorliegen dieser grundsätzlichen wasserrechtlichen Bewilligung konnte mit der Detailprojektierung begonnen werden. Obwohl die Arbeiten für die Errichtung des rechten Donaukanalrückstaudammes im Bereich des Hafens Albern bereits aufgenommen wurden, konnten sie nicht im ganzen vorgesehenen Abschnitt des rechten Donauufers in vollem Umfang einsetzen. Der Umbau des Nußdorfer Wehres wurde nämlich deshalb verzögert, weil die Architektur des bestehenden Nadelwehres mit den Löwenpylonen von Otto Wagner

stammt und das Wehr unter Denkmalschutz steht. Es bereitete große Schwierigkeiten, die Erfordernisse des Hochwasserschutzes und der Betriebssicherheit mit denen des Denkmalschutzes in Einklang zu bringen, doch konnte schließlich eine Möglichkeit gefunden werden, die Architektur Otto *Wagners* zu erhalten und doch eine moderne Wehranlage zu schaffen. Im Jahre 1970 konnten dann nur noch die Stahlwasserbauarbeiten vergeben werden. Wegen der angespannten Lage der Wasserversorgung Wiens können die Dammschüttungsarbeiten beim Grundwasserwehr Nußdorf nämlich nur zur Zeit der Schneeschmelze vorgenommen werden. Da die wasserrechtliche Genehmigung für den Bau aber erst im Juli 1970 erfolgte, mußten die Arbeiten an diesem Abschnitt auf das Jahr 1971 verschoben werden. Beim Hafen Albern wurde mit der Erhöhung und Versenkung des rechten Donaukanalrückstaudammes begonnen, wodurch auch eine künftige Hafenerweiterung ermöglicht wird. Weiters wurde die Freimachung der für die Dammschüttung erforderlichen Flächen fortgesetzt. Bezüglich des Objekts 20, Handelskai 127, wurde ein Räumungsvertrag abgeschlossen, der die Räumung bis zum Jahre 1973 vorsieht. Das Areal des ehemaligen Bayerischen Lloyd unterhalb der Ostbahnbrücke konnte bereits freigemacht werden. Am linken Donauufer wurden die Vorarbeiten fortgesetzt. Das Detailprojekt für das Entlastungsgerinne wurde fertiggestellt, so daß im Jahre 1971 mit Arbeiten größeren Umfangs begonnen werden kann.

Wasserwerke

Im Jahre 1970 wurden einige rechtliche Maßnahmen getroffen, um die Versorgung Wiens mit einwandfreiem Wasser, aber auch mit einer genügenden Wassermenge zu gewährleisten. So wurde am 17. März 1970 beim Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft beantragt, eine Verordnung zum Schutze des Einzugsgebietes der II. Hochquellenleitung zu erlassen. Vorher, im Februar 1970, waren bereits zur Beseitigung der Wasserknappheit Notkonsense erwirkt worden. Einer dieser Notkonsense sieht die Einleitung der von der Niederösterreichischen Molkerei nicht benötigten Wassermengen des Brunnens I in das Wiener Wasserleitungsnetz vor, ein weiterer gestattet die provisorische Einleitung von 8.000 m³ Wasser pro Tag aus dem Siebenseebach in die II. Hochquellenleitung. Auf Grund des neuerlich überarbeiteten Projektes der III. Wiener Wasserleitung wurde dann am 11. April 1970 der Antrag auf Bewilligung der Entnahme von je 400 l/sec aus den beiden Horizontalfilterrohrbrunnen Moosbrunn MI und MII beim Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft gestellt und gleichzeitig die Erklärung dieses Projektes zum bevorzugten Wasserbau beantragt. Die in den Monaten November und Dezember 1970 an insgesamt neun Tagen geführte wasserrechtliche Verhandlung zeitigte zunächst die Erklärung des Projektes zum bevorzugten Wasserbau. Weiters wurde für die Verlegung einer Erdgasleitung im Schutzgebiet des Grundwasserwerkes Untere Lobau mit der Österreichischen Mineralöl AG ein Arbeitsdurchführungsübereinkommen abgeschlossen, das von der Berghauptmannschaft Wien am 3. August 1970 unter Wahrung der Interessen der Stadt Wien genehmigt wurde. Überdies bewilligte das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft am 4. August 1970 die von der Stadt Wien beantragten Erweiterungen des Schutzgebietes, wobei es gleichzeitig einen das Schutzgebiet betreffenden Bescheid der Wiener Wasserrechtsbehörde aufhob. Am 29. Mai 1970 erteilte die Wiener Wasserrechtsbehörde die wasserrechtliche Bewilligung zur Entnahme von 150 l/sec aus dem Horizontalfilterrohrbrunnen Markethäufel; die baubehördliche Verhandlung über diesen Brunnen erfolgte im November 1970. Eine verfahrensrechtlich interessante Entscheidung fällt der Verwaltungsgerichtshof. Nach dieser ist zur Behandlung von Berufungen gegen die Vorschreibung von Kosten nach dem Wasserversorgungsgesetz 1960 nicht die Abgabenberufungskommission zuständig, vielmehr ist nach dem Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetz 1950 vorzugehen.

Im Jahre 1970 wurden auch mehrere Grundkaufverhandlungen geführt, vor allem über den Ankauf des Forstgutes Vois. Die Verhandlungen mit den Österreichischen Bundesforsten zur Klärung der Besitzverhältnisse an der Unteren Lobau wurden fortgesetzt.

Ferner wurden für Beschädigungen von Wasserleitungseinrichtungen rund 307.000 S hereingebracht und im Zusammenhang mit Wasserrohrgebrechen im Vergleichswege Schadenersätze von rund 528.000 S geleistet.

Aus den Mitteln des Wasserwirtschaftsfonds wurde vom Bundesministerium für Bauten und Technik für das Wasserleitungsprojekt „Sieben Quellen“ und für die Errichtung des Wasserbehälters und des Hebewerkes Laaer Berg ein Förderungsbeitrag von insgesamt 79,2 Millionen Schilling bewilligt; als Jahresquote für 1970 wurden davon 39 Millionen Schilling angewiesen.

Anlässlich des 60jährigen Bestandes der II. Wiener Hochquellenleitung wurde im Amtshaus Grabnergasse eine Ausstellung gezeigt.

Die Wasserwirtschaft war auch im Jahre 1970 durch außergewöhnliche Witterungsverhältnisse beeinflusst. Es traten nämlich während des Spätwinters infolge der frostbedingten starken Rückgänge der Quellschüttungen Mangelerscheinungen auf, die nur dadurch behoben werden konnten, daß rechtzeitig von dem auf Grund der Notkonsense zustehenden Recht zur Einleitung von 8.000 m³ Wasser aus dem Siebenseebach und von 25.920 m³ Stollenwässern aus dem Nordabschnitt des Schneecalpenstollens pro Tag Gebrauch gemacht wurde. Nach dem Einsetzen der Schneeschmelze ergaben sich im Frühjahr 1970 durch die Rekordniederschläge des vorangegangenen Winters reichliche Quellschüttungen, die im Verein mit den gleichmäßig verteilten Niederschlagsmengen im Sommer und Herbst in der restlichen Zeit des Jahres eine klaglose Wasserversorgung der Stadt Wien gewährleisten. Die Grundwasserwerke an der I. Wiener Hochquellenleitung konnten daher ausschließlich nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrieben werden. Maßnahmen zur Einschränkung des Wasserverbrauchs (Wasser-



In den Glashäusern des städtischen Reservegartens Hirschstetten wird die Frühjahrsauspflanzung für die Parkanlagen vorbereitet

Stadtgartenamt

Der Filmstadtteich auf dem Laaer Berg soll bis zur WIG 1974 in eine attraktive Teichlandschaft umgewandelt werden





Dieser selbstaufnehmende Kehrwagen ist eine Neuerwerbung des städtischen Fuhrparks

Stadtreinigung

In nächtlichen Sondereinsätzen werden die Schneeberge mit Frontladergeräten zusammengeschoben, auf Lastautos verladen und sind bald darauf in den Kanälen verschwunden



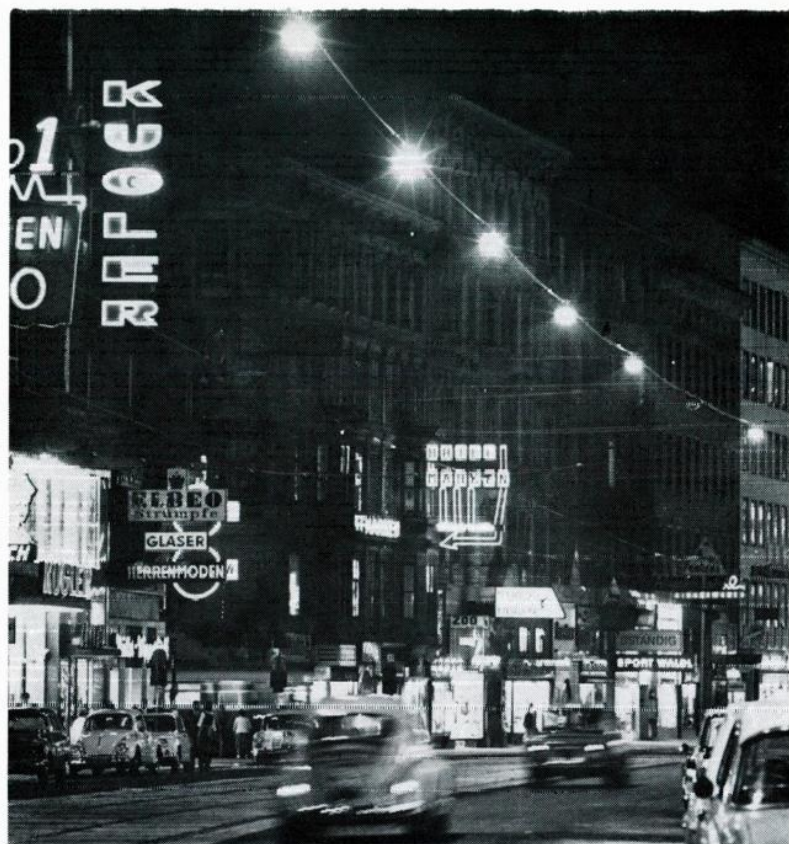


Frau Stadtrat Dr. Maria Schaumayer (baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten) übergibt Polizeipräsident Josef Holaubek in der Wiener Verkehrsleitzentrale vier an die zentrale Verkehrsregelung angeschlossene Signalgruppen mit 30 Verkehrsampeln

Verkehrsangelegenheiten

Zahlreiche Verkehrsmaßnahmen waren bei der Sanierung der Mariahilfer Straße notwendig





Im erneuerten Teil der Mariahilfer Straße, zwischen Neubaugürtel und Neubaugasse, wurde eine neuartige Beleuchtung installiert

Öffentliche Beleuchtung

In Grinzing werden die ersten, einem Modell der englischen Gasgesellschaft nachempfundenen Altstadtleuchten installiert



sparmaßnahmen) waren während des ganzen Jahres nicht erforderlich. Der Gesamtwasserverbrauch stieg gegenüber dem Jahre 1969 um 1,19 Millionen Kubikmeter, somit um 0,99 Prozent an.

Wie die Wasserbilanz zeigt, lieferten die beiden Hochquellenleitungen 127,29 (67,6 Prozent), die Grundwasserförderungen 38,11 (20,3 Prozent), die Oberflächenwasser 5,30 (2,8 Prozent) und der Fremdwasserbezug 17,57 Millionen Kubikmeter (9,3 Prozent) Wasser nach Wien. Von dieser Menge wurden an die auswärtigen Abnehmer und Verbundgemeinden 4,607.420 m³, an den Wasserleitungsverband der Triestingtal- und Südbahngemeinden 895.740 m³ und an das Wiener Rohrnetz 180,973.260 m³ Wasser abgegeben; auf Überfälle und Ableitungen entfielen 1,798.750 m³ Wasser. Die durchschnittliche Tagesabgabe an das Wiener Rohrnetz betrug 495.817 m³. Das Tagesmaximum wurde am 22. Juni 1970 mit 634.300 m³, das Tagesminimum am 25. Dezember 1970 mit 378.760 m³ gemessen. Zur Entkeimung des Wassers wurden insgesamt 26.610 kg Chlor verwendet, was einer durchschnittlichen Beimengung von 0,20 mg pro Liter Wasser entspricht.

Von den Wasserleitungskraftwerken in Wien und an den beiden Außenstrecken wurden im Jahre 1970 insgesamt 48.288.081 kWh an elektrischer Energie geliefert. Hievon entfielen auf die Werke in Wildalpen 8.039.358 kWh, auf das Werk in Gaming 36.492.388 kWh, das Werk in Hirschwang 640.200 kWh, das Werk in Naßwald 182.134 kWh, das Werk in Kaiserbrunn 38.097 kWh und auf die Wiener Werke 2.895.904 kWh.

Die Bauten zur Gewinnung von Wasser für Wien wurden mit Nachdruck betrieben. Für den Bau der III. Wiener Wasserleitung wurden die vorgeschriebenen Messungen und Beobachtungen fortgesetzt und unter Mitwirkung der Bundesanstalt für Wasserbiologie Untersuchungen zur Festsetzung des biologischen Gütebildes sämtlicher Gerinne durchgeführt. Beim Grundwasserwerk Untere Lobau wurde die zur Sicherstellung der Trinkwasserqualität des Horizontalfilterrohrbrunnens „Gänshaufen“ notwendige Zuschüttung des Gänshaufenwassers und die Dammerhöhung der Künigltraverse beendet. Der Horizontalfilterrohrbrunn „Markethäufel“ wurde fertiggestellt, die Arbeiten für die 20 kV-Anspeisung konnten ebenfalls abgeschlossen werden. Der Brunnenableitungsrohrstrang und das Pumpenhaus waren bis auf abschließende Arbeiten hergestellt. Für das Wasserleitungsprojekt „Sieben Quellen“ wurden die zur Wasserableitung erforderlichen Rohrstränge, vor allem der 700 m lange Parallelstrang im Bereich des Reithofes in Naßwald, fertiggestellt und in das Leistungssystem der I. Hochquellenleitung eingebunden. Mit der Aufstauung der Bergwässer im Schneecalpenstollen wurde zur Zeit der Schneeschmelze begonnen, wobei im Nordabschnitt des Stollens ein Wasserverlust bis zu 188 l/sec auftrat, der durch die eingeleiteten Abdichtungsmaßnahmen nicht behoben werden konnte. Erst nach Ende des Stauversuches und Entleerung der gefluteten Stollenröhre wird die Undichtheit endgültig behoben werden können. Für das Wasserleitungsprojekt „Pfannbauernquelle“ konnten infolge der vorübergehenden Einstellung der Bauarbeiten nur Untersuchungen und geringfügige Nebenarbeiten durchgeführt werden. Beim Wasserleitungsprojekt „Pirknerquelle“ konnten die projektierten Druckrohrleitungen im Brunngrabenstollen wegen der reichlichen Quellschüttung im Jahre 1970 nicht mehr verlegt werden, so daß mit dem Abschluß dieser Arbeiten erst im Jahre 1971 zu rechnen ist. Beim Bau des „Österreicherstollens“, des Ersatzstollens für den baufälligen Abschnitt der II. Hochquellenleitung bei Neubruck, wirkten sich die Witterungsverhältnisse wohl erschwerend aus, doch konnte der Stollen nach seinem Durchbruch in seiner gesamten Länge ausgekleidet und am 4. Dezember in Betrieb genommen werden. In den Quellgebieten von Wildalpen und Weichselboden wurden die Studien für das Projekt zur Einleitung der Antongrabenquelle in die II. Hochquellenleitung fortgesetzt und die geologische Detailaufnahme, die für die Abgrenzung eines Schutzgebietes für die Quellen entlang der Salza notwendig war, abgeschlossen. Anlässlich der Wasserrechtsverhandlungen wurde das gesamte, 430 km² große Gebiet mit drei Hubschraubern befliegen. Schließlich wurden noch die Asphaltierungsarbeiten auf der Schreierstraße nach Hinterwildalpen weitergeführt.

Zur Verbesserung der Druck- und Versorgungsverhältnisse in Wien wurden der neue Behälter und das Hebewerk Laer Berg im Rohbau fertiggestellt. Sodann wurden der Innenputz, die Spenglerarbeiten sowie die Dachendeckung des Hebewerkes vorgenommen. Die beiden Kammern des Behälters Laer Berg konnten bis auf die Stiegenabgänge und die noch fehlenden Ein- und Auslaufbauwerke vollendet werden. Im Zusammenhang mit diesem Bauvorhaben wurden insgesamt 3.950 m Transportrohrleitungen verlegt. Ferner wurden für die Wasserabgabe aus der Ringleitung Süd sowie aus dem Behälter Steinhof je eine Mengenmeßeinrichtung und in der Gudrunstraße eine Druckmeßeinrichtung für die „Grüne Zone“ hergestellt. In der Chlorstation Mauer wurde eine provisorische Chlordioxydanlage, im Wasserwerk Breitenlee eine Ultraviolettentkeimungsanlage und im Grundwasserwerk Wasserpark eine Hydrochloritentkeimungsanlage in Betrieb genommen.

Erhaltungsarbeiten wurden an der I. und II. Hochquellenleitung vorgenommen, wofür an beiden Hochquellenleitungen je drei Abkehrungen durchgeführt wurden. Außer der Sanierung von festgestellten Schadensstellen wurde hiebei auch mit Arbeiten für eine Leistungssteigerung der Leitungskanäle begonnen. Die Sanierung von Rutschhängen entlang der II. Hochquellenleitung und die Untersuchungen nach der Methode *Veder* auf der Beckerwiese bei Wilhelmsburg wurden fortgesetzt. Im Wientalwasserwerk wurde das Klappwehr im Absperrdamm des Stauweihers in Betrieb genommen; damit war nach langjähriger Unterbrechung die Aufnahme des Staubetriebes im Wienerwaldsee wieder möglich.

Weitere Erhaltungsarbeiten ergaben sich an den Anlagen in Wien. An den Rohrleitungen des Behälters Rosenhügel wurden Korrosionsschutzarbeiten durchgeführt, ferner wurde die Einfriedung an der Südseite des Behältergeländes instandgesetzt. In der Übergangskammer Mauer wurde die Schieberkammer des Übergangsbauwerkes nach Ausbau der alten Chloranlage instandgesetzt und die Rohrleitungen wurden neu gestrichen. Im Behälter Mauer wurden die Lichtaufsätze abgetragen und die Laufsteggeländer in Beton hergestellt. Weiters wurden im Hebewerk Steinhof neue Pumpenaggregate installiert und die Rohrleitungen entsprechend abgeändert. In den

Hebwerken Hungerberg I und Neustift wurden die gesamten bau- und maschinentechnischen Anlagen neu gestrichen. In der Auslaufkammer des Behälters Schafberg wurde der Verputz erneuert. Die schadhafte Belüchtungs- und Belüftungsaufsätze des Behälters Breitensee wurden entfernt, die Gewölbedecke verschlossen und isoliert. Die Grünflächen auf der Decke des Behälters Wienerberg und entlang der Raxstraße wurden neu hergestellt. Auch die Kanalleitung im Gelände des Behälters Hackenberg wurde saniert. Neue Anstriche erhielten ferner die Rohrleitungen in der Schieberkammer des Behälters Krapfenwaldl sowie die gesamte Bau- und maschinelle Anlage des Drucksteigerungswerkes Grinzing. In und auf dem Behälter Anton Krieger-Gasse wurden bauliche Sanierungsarbeiten durchgeführt, gleichzeitig wurde die Ableitung des Behälters abgeändert. Das schadhafte Eternitdach des Grundwasserwerkes Wasserpark wurde abgetragen und durch ein Blechdach ersetzt. Im Amtsgebäude Grabnergasse wurden verschiedene kleinere, durch Zeit- und Wetterschäden bedingte Instandsetzungsarbeiten durchgeführt und die Dachhaut über der Schaltwarte wurde gänzlich erneuert. Die Bezirksdienststelle in Liesing, die Dienstaufsichtsgebäude Hungerberg und Krapfenwaldl sowie das Objekt Windtenstraße 3 wurden gleichfalls instandgesetzt. Schließlich wurde noch das Preßkiesdach der Wasserzählerwerkstätte in der Spengergasse 45 erneuert.

Bei den Arbeiten am Rohrnetz wurden die Neurohrlegungen im zweiten Bauabschnitt der Ringleitung Ost, zwischen der Reichsbrücke und der 4. Donaubrücke, vollendet, wobei insgesamt 1.850 m Rohrstrang mit einem Querschnitt von 1.200 mm verlegt wurden. Der erste Bauabschnitt der Ringleitung Süd vom Behälter Rosenhügel bis zur Südautobahn wurde fertiggestellt und der zweite Bauabschnitt bis zum projektierten Behälter Unterlaa begonnen. Insgesamt wurden hierfür 2.900 m Rohrstrang mit 1.000 mm Querschnitt verlegt. Beim Bahnhof Brigittenau wurde für das Bundesstraßenprojekt mit den Rohrumlegearbeiten angefangen; hier wurden 367 m Rohrstränge und für die Unterführung der Altmannsdorfer Straße 5.565 m Rohrstränge verlegt. Weiters wurden geologische Untersuchungen und ein Pumpversuch für den projektierten Bau eines Horizontalfilterrohrbrunnens auf dem Morzinplatz durchgeführt, um Wasserrechtinhabern während der Grundwasserabsenkung für den Bau der U-Bahnlinie U 1 ersatzweise Nutzwasser zu beschaffen. Es wurde auch im 1. Bezirk eine Ersatzwasserleitung gebaut. Die im Baubereich der Linien U 1, U 2 und U 4 notwendigen Verlegungen von Wasserleitungsrohrsträngen wurden ebenfalls durchgeführt. Ferner wurden in der Saltenstraße zur Aufschließung der Trabrennvereinsgründe 1.000 m Rohrstrang verlegt. Bis Ende des Jahres 1970 wurden für den Ausbau des städtischen Rohrnetzes und für die Versorgung neuer Wohnhausbauten 13.264 m neue Rohrstränge hergestellt; das Ausmaß der Neurohrlegungen betrug insgesamt 24.996 m. Überdies wurden rund 33.000 m überalterte und schadhafte Rohrstränge ausgewechselt und 805 Schadensstellen am öffentlichen Rohrnetz behoben.

Der Wasserleitungsbereitschaftsdienst leistete bei rund 2.853 Gebrechen an Wasserleitungseinrichtungen Hilfe; hiebei legten die Einsatzwagen 47.447 km zurück. Die Einsatzfahrzeuge waren an 7 Unfällen beteiligt, 2 von ihnen wurden erheblich beschädigt.

Neue Anschlüsse von Häusern und Grundstücken an das öffentliche Versorgungsnetz wurden 1.039 vorgenommen und zu diesem Zweck rund 21.000 m Rohre verlegt. Für diese Anschlüsse war der Einbau von 894 Wasserzählern erforderlich. An den Abzweigleitungen traten 4.398 Gebrechen auf. Der turnusmäßige Auswechslungsdienst wechselte 24.282 Wasserzähler aus; in der Werkstätte der Wasserwerke wurden 22.804 Wasserzähler repariert. Außerdem wurden rund 6.315 Kontrollen von Inneninstallationen bei 1.864 Wasserabnehmern vorgenommen. Dabei wurden 1.595 Gebrechen festgestellt, deren Behebung veranlaßt wurde.

Städtische Bäder

Im Jahr 1970 standen einschließlich der Volksbäder 23 Warmbäder sowie 3 Warm- und Sommerbäder, darunter 4 Schwimmhallen, und 11 Sommerbäder in Betrieb. Da die Kinderfreibäder Auer-Welsbach-Park und Hugo Wolf-Park fertiggestellt werden konnten, waren auch sämtliche 32 Kinderfreibäder wieder benützbar.

Größere bauliche Instandsetzungen oder sonstige Erneuerungen wurden an den Volksbädern 5, Einsiedlerplatz, 7, Hermannsgasse, 14, Hütteldorfer Straße, und 15, Heinickegasse, vorgenommen; im Volksbad 7, Hermannsgasse, wurde auch mit dem Einbau einer Saunaabteilung begonnen. Im Amalienbad wurden die Beleuchtungs- und Lüftungsanlagen instandgesetzt, außerdem wurden Teile der Elektroinstallation ausgewechselt. Im Theresienbad mußten die Wärmepumpe, die Filteranlagen und die Saunakammern, aber auch Fenster und Türen überholt werden. Im Thaliabad waren Instandsetzungsarbeiten vor allem in der Dampfkammer sowie an den Elektroinstallationen und an den wärmetechnischen Anlagen notwendig.

Die Umbauarbeiten im Jörgerbad zur Umstellung auf den Fernwärmebetrieb und an den Aufzügen wurden fortgesetzt, der Wannenbadtrakt Ost konnte fertiggestellt werden; außerdem wurde die Betriebskanzlei verlegt und auch einige Pächter erhielten andere Räumlichkeiten zugewiesen. Im Sommerbad Laaer Berg wurden Maler- und Anstreicherarbeiten vorgenommen und die Becken sowie das Filterhausdach instandgesetzt; für den fahrbaren Kessel wurde überdies eine Ölwanne hergestellt. Im Sommerbad Kongreßplatz wurde das Schwimmbecken renoviert und auch die elektrischen und wassertechnischen Anlagen im Filterhaus wurden ergänzt. Desgleichen mußten im Sommerbad Krapfenwaldl Teile der elektrischen Anlagen und der sanitären Einrichtungen erneuert werden, während an den Sonnenbädern, an den Einfriedungen und am Tischtennisplatz Erhaltungsarbeiten vorgenommen und die Gartenanlagen ausgebessert wurden. Im Strandbad Gänsehäufel ergaben sich Arbeiten an Straßen und Wegen, Baggerungen wurden vorgenommen, der Ballspielplatz erhielt ein Schutzgitter und die sanitären Anlagen wurden in Ordnung gebracht. Größere Erhaltungsarbeiten an den Baulichkeiten von Kinder-

freibädern ergaben sich in 7, Neubaugürtel, 19, Hintergärtengasse und 20, Friedrich Engels-Platz. In dem zuletzt genannten Kinderfreibad wurde auch das Becken instandgesetzt, desgleichen im Kinderfreibad 23, Rodaun, wo außerdem ein Kanalschluß hergestellt wurde. Die im Rahmen des Bäderkonzepts vorgenommenen Arbeiten zum Neubau des Dianabades und des Schafbergbades sowie zum Umbau des Ottakringer Bades und des Liesinger Bades werden unter dem Titel „Errichtung und Erhaltung von Nutzbauten“ besprochen.

Günstige Erfahrungen wurden mit Kartenautomaten, die vorerst in Schwimmhallen zur Ausgabe von Kinderkarten verwendet wurden, gemacht. Ein weiterer, im Strandbad Gänschäufel aufgestellter Automat bewährte sich ebenfalls. Bei entsprechender Anordnung dieser Geräte könnte, wenn schon nicht eine gänzliche, so doch eine fühlbare Einsparung von Kassenpersonalkosten erzielt werden.

Der Besuch der Brause- und Wannenbäder nahm weiterhin ab, hingegen stiegen die Besucherziffern bei den Dampf- und Saunabädern und bei den Schwimmhallen wieder beträchtlich an.

Im Jahre 1970 verzeichneten die Brausebäder 1.815.314, die Wannenbäder 179.018, die Dampfbäder und Saunen 627.391, die Schwimmhallen 1.073.249, die Medizinalbäder im Amalienbad und Theresienbad zusammen 128.162 und die Sonnenbäder im Amalien- sowie im Jörgerbad 8.528 Badegäste. Die Sommerbäder hatten 1.457.840 Besucher und die Kinderfreibäder 497.577. Von den 1.305.331 Kindern, die als Badegäste gezählt wurden, brauchten 711.054 kein Entgelt zu entrichten.

Kanalisationwesen

Das größte Bauvorhaben des Jahres 1970 ist die Hauptkläranlage von Wien. Diese Kläranlage, an die 2.500.000 Einwohnergleichwerte angeschlossen werden sollen, wird zu den größten Kläranlagen Europas gehören. Das Abwasser wird in dieser Kläranlage mechanisch und teilbiologisch gereinigt. Es ist dies das Abwasser der gesamten Stadt einschließlich dem Abwasser einiger Randgemeinden, die bereits zu Niederösterreich gehören. Auch vom Einzugsgebiet der Kläranlage Inzersdorf-Blumental wird der Schlamm zur Behandlung übernommen. Die errechnete Wassermenge bei trockenem Wetter beträgt $9 \text{ m}^3/\text{sec}$. Bei Regen kann das durch Regenwasser verdünnte Abwasser bis zu einer Menge von $24 \text{ m}^3/\text{sec}$ in die Kläranlage gepumpt werden. Davon wird eine Hälfte mechanisch-teilbiologisch, die andere Hälfte nur mechanisch gereinigt. Fließt eine größere Menge als 24 m^3 Abwasser je Sekunde der Kläranlage zu, wird der Rest über einen Überfall in den Donaukanal abgeleitet. Das zur Kläranlage gelangende Abwasser wird mittels 6 Schneckenpumpen mit einer Leistung von je $4 \text{ m}^3/\text{sec}$ um rund $4,50 \text{ m}$ gehoben. Jeder dieser Schnecken ist ein Grobrechen mit einem Stababstand von 80 mm und ein Feinrechen mit einem Stababstand von 25 mm zugeordnet. Die Rechen sind 3 m breit und werden von einem Greifer gereinigt, der automatisch durch die Differenz der Wasserspiegellhöhe vor und nach dem Rechen geschaltet wird. Den Feinrechen ist ein ungefähr 50 m langer sechsteiliger Langsandfang mit Rechteckquerschnitt nachgeordnet, dessen Gerinne jeweils 4 m breit sind. Auf dem Sandfang sind 3 gleislose Zwillingslängsräume vorgesehen, die den Sand in Trichter schieben, die sich am Sandfangeinlauf befinden. Nach dem Sandfang gelangt das Abwasser durch ein zweiteiliges Gerinne in die Beckengruppe. Aus Gründen der Kosten- und der Platzersparnis wurde für sämtliche Becken ein rechteckiger Grundriß mit gleicher Sohlenhöhe gewählt. Zunächst wird das Abwasser den 8 Vorklärbecken mit einem Gesamtrauminhalt von 28.700 m^3 zugeleitet. In den Vorklärbecken erfolgt durch rein physikalische Vorgänge (Absetzen und Aufschwimmen) die mechanische Reinigung des durch Rechen und Sandfang bereits grob gereinigten Abwassers, wobei etwa ein Drittel der Schmutzstoffe ausgeschieden werden können. Die im Abwasser enthaltenen organischen Schwebestoffe sowie die gelösten Stoffe können dem Abwasser nur durch biologische Vorgänge entzogen werden, die der biologischen Selbstreinigung der Flüsse entsprechen, in Kläranlagen aber in konzentrierter Form und bedeutend schneller verlaufen. Für die Lebenstätigkeit der dabei wirksamen Kleinstlebewesen ist das Einbringen von Sauerstoff erforderlich. In den 4 Belebungsbecken mit einer Wassertiefe von $2,60 \text{ m}$ und einem Gesamtrauminhalt von 36.600 m^3 , in die das Abwasser aus den Vorklärbecken gelangt, sorgen 24 Kreisel für den Sauerstoffeintrag. Nach dem Durchfließen der Belebungsbecken gelangt das Abwasser-Schlamm-Gemisch in die Nachklärbecken, in denen sich der „belebte Schlamm“ durch Absetzvorgänge vom gereinigten Abwasser trennt. Der abgesetzte Schlamm wird von Längsräumen gesammelt und zum Teil als Rücklaufschlamm über ein Rücklaufschlammumpwerk in die Belebungsbecken zurückgeführt, um dort weitere Reinigungsarbeit zu verrichten. Der übrige Schlamm wird ebenso wie der in den Vorklärbecken anfallende Primärschlamm in Voreindicker geleitet. Bei der Hauptkläranlage sind zwischen den Nachklärbecken mit einem Gesamtrauminhalt von 64.300 m^3 und den Belebungsbecken 2 Rücklaufschlamm Schneckenpumpen, die je $3 \text{ m}^3/\text{sec}$ um rund $2,5 \text{ m}$ Höhe fördern, vorgesehen. Das gereinigte Abwasser durchfließt vor Einleitung in den Donaukanal eine Energierückgewinnungsanlage, welche die noch überschüssige Energie verwertet. An drei Tagen im Jahr dient die Energierückgewinnungsanlage als Pumpwerk, da dann der Donauwasserstand so hoch ist, daß der freie Abfluß aus der Kläranlage nicht gewährleistet ist. Der anfallende Schlamm soll entweder einer landwirtschaftlichen Verwertung zugeführt oder verbrannt werden. Die Entscheidung hierüber wird in den ersten Monaten des Jahres 1971 getroffen werden. Für den Betrieb sind ferner Hochbauten mit ungefähr 65.000 m^3 umbautem Raum erforderlich. Die Kosten der Baumeisterarbeiten für die Beckengruppe werden voraussichtlich 94 Millionen Schilling betragen. Insgesamt wird der Bau der Hauptkläranlage etwa 535 Millionen Schilling kosten.

Mit den Bauarbeiten für den ersten Bauabschnitt wurde im September 1969 begonnen. Der 1. Bauabschnitt umfaßt den Bau des Pumpensumpfes, des Pumpen- und Rechenhauses und des Sandfanges. Der Hauptteil dieser Arbeiten wurde im Jahre 1970 ausgeführt. Die Arbeiten für den zweiten Bauabschnitt wurden im Sommer 1970

öffentlich ausgeschrieben. In diesem Bauabschnitt werden die gesamte Beckengruppe, der Verbindungskanal zwischen Vorklärbecken und Sandfang, ein 140 m langes Stahlbetongerinne, hergestellt werden. Die Beckengruppe besteht aus 8 Vorklärbecken mit je $73,70 \times 15,70$ m Seitenlängen, 3,10 m Wassertiefe und 28.700 m^3 gesamten Beckeninhalte, 4 Belebungsbecken, bei denen die entsprechenden Angaben $73,70 \times 47,70$ m, 2,60 m und 36.000 m^3 lauten, sowie 16 Nachklärbecken, bei denen die räumlichen Abmessungen je $73,70 \times 23,70 \times 2,30$ m und die Beckeninhalte insgesamt 64.300 m^3 betragen. Mit den verschiedenen Gerinnen umfaßt diese Beckengruppe, das Kernstück der ganzen Kläranlage, eine Fläche von ca. 6,5 ha. Aus Gründen der Platzersparnis und der Wirtschaftlichkeit wurden die verschiedenen Becken in einer Beckengruppe mit durchlaufender Sohle zusammengefaßt. Im Winter 1970/71 sollen bei niedrigem Wasserstand die tiefliegenden Trichtergruppen gebaut werden.

Für den projektierten erweiterten Hochwasserschutz von Wien ist der Bau eines Rechten Donausammelkanals am Handelskai von der Reichsbrücke bis zum Winterhafen und weiter, westlich des Winterhafens, bis zur Hauptkläranlage südlich des Donaukanals vorgesehen. Von diesem Projekt wurde das Teilstück von der Reichsbrücke bis zur Stadlauer Ostbahnbrücke in der Länge von 3.600 m für eine Bauzeit von 3 Jahren zum Bau ausgeschrieben und vergeben. Hievon sind im Jahre 1970 bereits 500 m hergestellt worden.

Im Zusammenhang mit dem Bau der Hauptkläranlage ist die Verlängerung des Rechten Hauptsammelkanals als Hauptzubringer zur Kläranlage notwendig. Diese Arbeiten wurden im November 1969 öffentlich ausgeschrieben und im Jänner 1970 vergeben. Die Arbeiten haben im April 1970 begonnen. Es ist hierfür eine Bauzeit von mehr als $2\frac{1}{2}$ Jahren vorgesehen. Hergestellt werden ein 1.800 m langer, zweiteiliger Betonkanal mit Ausmaßen von $2 \times 5,00/5,35$ m und ein 170 m langer, dreiteiliger Betonkanal mit den Ausmaßen $3 \times 5,00/5,35$ m. An Sonderbauwerken sind ein Schotterfang, ein Überfallbauwerk mit Auslaufkanal und mehrere Umschwellbauwerke zu errichten. Auf Vorschlag der ausführenden Firmengemeinschaft werden hierzu Fertigteile verwendet, deren Einzelgewicht ca. 50 t beträgt. Eine weitere Baustelle des Rechten Hauptsammelkanals liegt am Knoten Prater, dem Kreuzungspunkt der von der Praterbrücke her verlaufenden Autobahn mit dem Donaukanal. Diese Baustelle ergab sich durch den Bau der Autobahn und der neuen Donaukanalbrücke. Der Entwurf sieht den Umbau eines 825 m langen Kanalstückes des Rechten Hauptsammelkanals in einen zweiteiligen Betonkanal $2 \times 4,60/4,00$ m vor. Mit den voraussichtlich $1\frac{1}{2}$ Jahre dauernden Bauarbeiten wurde im Juli 1970 begonnen. Auch bei diesem Bau wurde nach dem Vorschlag der ausführenden Firmengemeinschaft gearbeitet. An Stelle der von städtischen Architekten vorgeschlagenen Stahlspundwand wurden eine Böschung und eine injizierte Schmalwand als Dichtung gewählt.

Ebenfalls ein großes Projekt, das durch die Maßnahmen zur Reinhaltung der Donau sowie durch die Verbesserung des Hochwasserschutzes ausgelöst wurde, ist das des Linken Donausammelkanals. Es ist beabsichtigt, am wasserseitigen Fuß des Hochwasserschutzdammes einen sehr großen, mehr als 10 km langen Sammelkanal zu verlegen, der die gesamten Abwässer des 21. und 22. Gemeindebezirks zusammenfassen soll. An seinem unteren Ende quert dieser Sammler das projektierte Entlastungsgerinne der Donau. Auf der künftigen Donauinsel wird ein großes Pumpwerk errichtet, von dem aus die Schmutzwässer bis zu einer entsprechenden Verdünnung (maximal $6 \text{ m}^3/\text{sec}$) über einen Dücker zum rechten Donauufer und von dort zur Hauptkläranlage weitergeleitet werden. Bei stärkeren Niederschlägen wird das über diese Menge hinaus anfallende, sehr stark verdünnte Abwasser in die Donau geleitet. Bei höheren Donauwasserständen muß dies mit Hilfe eines projektierten Hochwasserpumpwerkes mit einer Leistungsfähigkeit von $63 \text{ m}^3/\text{sec}$ erfolgen. Die Arbeiten an diesem schwierigsten und interessantesten aller bekannten Kanalprojekte, wurden gegen Ende des Jahres 1970 begonnen. Weiters wurde im Jahre 1970 das Detailprojekt für das erste Bauos des Linken Donausammlers verfaßt, und auch die Baumeisterarbeiten hierfür wurden ausgeschrieben. Dieses Bauos, das sich vom Leopoldauer Sammelkanal bis zum unteren Ende der Alten Donau erstreckt, umfaßt ein ca. 1.450 m langes, zweiteiliges Stahlbetondoppelprofil $2 \times 5,30/3,10$ m sowie einige Einmündungsbauwerke. Zur Deckung der Kosten dieses Bauos wurden 130 Millionen Schilling genehmigt. Im Jahre 1970 wurden die Arbeiten zunächst im Abschnitt vom Leopoldauer Sammelkanal, unterhalb der Stadlauer Ostbahnbrücke, bis zur Kaisermühlenstraße im November aufgenommen. Es wurden Rodungsarbeiten durchgeführt; außerdem wurde die Baustelle eingerichtet.

Wegen der in Zukunft erwarteten verstärkten Bautätigkeit im Gebiet links der Donau, zum Beispiel in der Großfeldsiedlung und auf den Trabrennvereinsgründen, müssen weitere Sammelkanäle errichtet werden. Zu diesen gehören der 2. Donaufelder Sammelkanal entlang der Industriestraße im 22. Bezirk, der vom Pumpwerk Stadlau bis zur verlängerten Godlewskigasse reicht und als 2.300 m langes Stahlbetondoppelprofil mit Abmessungen von $2 \times 2,50/2,40$ m errichtet werden soll, sowie der Verbindungskanal zum Leopoldauer Sammelkanal, der als 675 m langes Stahlbetonprofil mit Seitenlängen von 3,90 und 2,40 m ausgeführt wird. Der Bau dieser beiden Kanäle wird etwa 80 Millionen Schilling kosten.

Das Netz der öffentlichen Straßenkanäle wurde im Jahre 1970 um 27,3 km erweitert, von denen 10,2 km gebaut wurden, um die Kanalisierung städtischer Wohnhausanlagen zu ermöglichen, während die übrigen 17,1 km für Siedlungsgebiete, Betriebsbaugelände, bei städtischen Straßenbauten, für Wohnbauförderungsbauten, im Zusammenhang mit Autobahnbauten und für sonstige vordringliche Privatbauvorhaben errichtet wurden. Von diesen Bauten seien hier nur die größeren hervorgehoben. Im 11. Bezirk wurden für die städtische Wohnhausanlage Thürndlhofstraße, südöstlich des Kaiser-Ebersdorfer Friedhofes, 1.411 m Kanäle und für die Wohnhausanlage Mühlangergasse, südlich der Kaiser-Ebersdorfer Straße, 1.492 m Kanäle errichtet. Der Bau von weiteren 900 m Kanälen diente für die städtische Wohnhausanlage An den Eisteichen—Sagedergasse im 12. Bezirk. Im Ostteil der Großfeldsiedlung, im 21. Bezirk, wurden 1.415 m Kanäle, für geplante Wohnhausanlagen an der Leopoldauer Straße 995 m,

im 22. Bezirk für die Wohnbauten östlich der Ziegelhofstraße — in den äußeren Neurissen 1.015 m und im 23. Bezirk für die Anlagen an der Mangasse 835 m Kanäle gebaut. Weiters erfolgte der Bau von 630 m Kanälen für das Zentrum Liesing. Für die Kanalisierung von Siedlungsgebieten am Lainzer Tiergarten im 13. und 23. Bezirk wurden 958 m Kanäle gebaut. Die Kanalisierung der Edelsteinsiedlung an der Leopoldauer Straße im 21. Bezirk wurde mit der Errichtung von 1.288 m Kanälen durchgeführt und in der Nordrandsiedlung im 21. Bezirk wurden 700 m Kanäle errichtet. Ferner müssen zur Aufschließung des Großmarktes Inzersdorf größere Kanäle nach dem Trennsystem in einer Länge von mehr als 2½ km gebaut werden. Die Baukosten hierfür werden mehr als 13 Millionen Schilling betragen. Auch die in den letzten Jahren begonnene Aufschließung von Betriebsbaugebieten ergab die Notwendigkeit, umfangreiche Kanalbauten für diese Gebiete, etwa für 14, Auhof, 21, Scheydgasse, und 23, Zetschegasse, vorzusehen. Davon wurden im Jahre 1970 im Großmarkt Inzersdorf 565 m Kanäle gebaut und für die Beseitigung der Abwässer aus den Betriebsbaugebieten wurde mit Kanalbauten vorgesorgt, die in 14, Auhof, eine Länge von 1.030 m und in 21, beiderseits der Scheydgasse, eine Länge von 2.390 m aufweisen. Die Kanalisierung des Betriebsbaugebietes 22, östlich der Wagramer Straße (Trabrennvereinsgründe), wurde mit dem Bau von 580 m Kanälen begonnen. Anlässlich der Verlängerung der städtischen Autobuslinie 60A im 23. Bezirk mußten ebenfalls 739 m Kanäle im Bereich der Kalksburger Straße—Lindauergasse—Katleingasse errichtet werden. Im 10. Bezirk sind für projektierte Südautobahn noch 612 m Kanal im Bereich der Ferdinand Löwe-Straße zu errichten.

Eine Voraussetzung für den Beginn der Arbeiten an der U-Bahn bildet die Umlegung der sie behindernden Einbauten. Das schwierigste Problem stellt dabei die Umlegung der Kanäle dar, da diese nicht nur die einzigen gefällsgebundenen Leitungen sind, sondern auch die größte Dimension aufweisen. Die Projektierung dieser Kanalumbauten muß daher zu einem großen Teil mit der U-Bahn-Projektierung abgestimmt werden. Im Jahre 1970 wurden die Kanalumlagen im 4. Bezirk, in der Graf Starhemberg-Gasse, der Favoritenstraße und den übrigen betroffenen Straßenzügen sowie die Absenkung des Gudrunstraßensammlers, im 10. Bezirk, projektiert. In der Folge wurden, um den geplanten offenen Aushub für den Bau der Linie U 1 der U-Bahn in der Favoritenstraße, zwischen der Paulanergasse und der Theresianumgasse, zu ermöglichen, alle in diesem Bereich in den Kanal in der Favoritenstraße mündenden Straßenkanäle und der Kanal in der Favoritenstraße selbst verlegt. Hierbei waren 1.205 m Kanäle zwischen der Graf Starhemberg-Gasse und der Argentinierstraße umzubauen oder neu zu errichten.

Weiters wurde im Zusammenhang mit der geplanten Unterführung der Altmannsdorfer Straße durch die Verbindungsbahn der Umbau von 896 m Kanälen ausgeführt, hievon 366 m im Minierungsverfahren in etwa 9 m Tiefe. Das dort angewandte Verfahren wird als „Messervortrieb“ bezeichnet. Hierbei werden, dem äußeren Querschnitt des vorgesehenen Kanals folgend, 20 cm breite und 3 m lange Stahlbleche (Kanalrielen) in Führungen mittels hydraulischer Pressen jeweils 1,30 m tief ins Erdreich vorgetrieben. Im Schutz dieser Stahlbleche wird das Erdreich entfernt, die Bleche werden durch die Kanalschalung abgesteift, hierauf wird der Beton für den Kanal eingebracht. Anschließend können die Stahlbleche wieder weiter vorgetrieben und der oben beschriebene Vorgang wiederholt werden. Selbstverständlich geht diese unterirdische Minierungsarbeit infolge des beschränkten Arbeitsraumes nur langsam vor sich und ist daher gegenüber dem offenen Aushub eines Kanalgrabens erst ab einer Kanaltiefe von 8 bis 10 m wirtschaftlich vertretbar. Der Vorteil einer Minierung an Stelle eines offenen Aushubes liegt allerdings darin, daß die Arbeit vom Wetter unabhängig ist und der Straßenverkehr lediglich im Bereich der Aufbruch- und Transportschächte gehemmt wird. Die Nachteile sind die hohen Kosten und die Notwendigkeit von Schichtarbeit, um den geringen Baufortschritt zu beschleunigen.

Außerdem wurden im Jahre 1970 insgesamt 1,7 km verrottete Ziegelkanäle oder überalterte Romanzement-Kanäle in den Innenbezirken, ferner alte, seichtliegende und unzureichende Kanäle in den Randgebieten umgebaut. Größere derartige Umbauten wurden in 22, An der oberen Alten Donau (Donaufelder Sammelkanal) in einer Länge von 862 m und in 23, Kalksburg, Kirchenplatz—Kalksburger Straße, in einer Länge von 505 m durchgeführt. In noch reparaturfähigen Kanälen wurden als Winterarbeit bei geringer Wasserführung im Kanal 0,8 km ausgewaschene Kanalsohlen durch den Einbau von Steinzeug- oder Granitsteinverkleidungen erneuert. Mit der Instandsetzung des Straßenkanalnetzes waren ständig 8 Vertragsfirmen beschäftigt, die an 486 kleinen Baustellen arbeiteten. Ferner wurden 574 Stück abgenützte und daher klappernde oder gebrochene Kanalschachtabdeckungen an Ort und Stelle repariert.

In baupolizeilichen Angelegenheiten fielen im Jahre 1970 rund 7.210 neue Geschäftsstücke an. Daneben wurden rund 3.940 Kanalinstandsetzungs- und Anschlußaufträge aus früheren Jahren, die von den Hauseigentümern noch nicht erfüllt wurden, überwacht. Überdies wurden rund 3.500 Kanalbefunde ausgestellt und rund 3.470 Pläne von größeren Hauskanalanlagen mit den Planverfassern durchbesprochen sowie begutachtet.

Der Kanalbetrieb fand eine rationelle Lösung seiner Aufgaben mit dem Einsatz von 4 funkgeleiteten Einsatzwagen, die etwa die gleiche Leistung erbrachten wie vorher 10 Fahrzeuge der Außenstellen, obwohl die Zahl der Verstopfungen nicht kleiner geworden ist; sie lag wieder bei ca. 15.500. Darüber hinaus haben sich diese Einsatzwagen bei Katastrophen und auch bei akuten groben Übelstandsfällen außerordentlich gut bewährt. Der neue Autokran der Magistratsabteilung für Kanalisation mußte bei so vielen Anlässen eingesetzt werden, daß infolge der Überlastung in naher Zukunft eine andere Regelung wird getroffen werden müssen.

Da die Privatfirmen die maschinellen und elektrischen Anlagen der Wiener Kanalisation nicht zeitgerecht betreiben konnten, war es notwendig, die Hauptwerkstätte der Magistratsabteilung für Kanalisation mit dieser Aufgabe zu betrauen, um längere Ausfälle zu vermeiden. Auf diese Weise konnte der maschinelle Betrieb kontinuierlich durchgeführt werden.

Die Räumung in großen Kanälen mit Hilfe von Schrapfern ist bei dem steten Anwachsen der Aushubmenge

bereits zu einer unumgänglichen Notwendigkeit geworden. Ohne diese Art der Räumung müßten bei den stark angewachsenen Aushubmengen weitere zusätzliche Arbeitskräfte eingesetzt werden. Mit den 5 Hochdruckwagen wurden im Jahre 1970 ungefähr 403.200 m Rohrkanal und ungefähr 223.500 m Profilkanal gereinigt. Der Aushub von abgelagertem Material aus allen Teilen der Kanalanlagen erreichte im Jahre 1970 ein Ausmaß von ungefähr 7.600 m³.

Bei Hochwasser im Donaustrom waren zur ungehinderten Abfuhr des Abwassers im Jahre 1970 die 5 Hochwasserpumpwerke in Betrieb, und zwar das Pumpwerk Fännergasse an 153 Betriebstagen, das Pumpwerk Kaisermühlen an 54, das Pumpwerk Schirlinggrund an 126 und das Pumpwerk Kaiser-Ebersdorf an 66 Betriebstagen. Die Kanalhebewerke 21, Autokaderstraße, 21, Arbeiterstrandbadstraße, 21, Pastorstraße, 21, Weißenwolffgasse, und 22, Spandlgasse, hoben im Jahre 1970 eine Menge von ungefähr 682.000 m³ Abwasser; im Jahre 1969 betrug die Abwassermenge 409.000 m³ und im Jahr 1968 318.000 m³. Entsprechend der erhöhten Arbeitsleistung nahm der Stromverbrauch zu. Im Jahre 1970 wurden ungefähr 1.570.000 kWh benötigt, in den beiden Vorjahren 726.346 kWh und 707.328 kWh. Die Hochwasserpumpwerke und die Kläranlagen erbrachten einen Rechengutanfall von bisher noch nie dagewesener Menge. Im Jahre 1970 wurden ungefähr 2.030 m³ Rechengut in den beiden Vorjahren 498 m³ und 120 m³ Rechengut abgeführt. Obwohl die Arbeitsleistung zunahm, konnte die Zahl der Unfälle gesenkt werden. Im Jahre 1970 gab es nur 31 Unfälle, von denen 24 leichte und 7 schwere waren.

Die Kanalanlagen der Stadt Wien wurden bei 72 Führungen von 2.283 Personen besichtigt.

Von den im Jahre 1970 in Wien vorhandenen 29.251 Senkgruben wurden von der Magistratsabteilung für Kanalisation 20.540 geräumt; die Zahl der Räumungen betrug 25.638. Hierbei wurden ungefähr 140.000 m³ Aushub entfernt.

An den Bauwerken und Anlagen der Magistratsabteilung für Kanalisation wurden im Jahre 1970 wieder einige Änderungen und Ergänzungen vorgenommen. Im Pumpwerk 22, Stadlau, wurde nach dem Umbau der Rechen und der Montage von Förderbändern ein Rechengutbecken hergestellt. Im Pumpwerk 22, Schirlinggrund, mußte wegen des erhöhten Anfalles von Rechengut der Inhalt der beiden Rechengutbecken um 6 m³ auf 14 m³ vergrößert werden. Eine neue Kanalbetriebsstelle wurde in 10, Windtenstraße 1, eingerichtet. Das Objekt 10, Windtenstraße 1, das früher als Wohnhaus diente, wurde von den Wasserwerken übernommen und als Betriebslokal umgebaut. Ein weiteres Objekt, 14, Hackinger Straße 3, wurde von den Wiener Elektrizitätswerken übernommen und in eine Hauptwerkstätte umgebaut.

Um das ständig an Ausdehnung zunehmende Kanalnetz rationell betreuen zu können, wurde ein weiterer Hochdruckwagen mit einem Kesselinhalt von 10.000 l und einer Hochdruckpumpe mit 340 l/min Förderleistung angeschafft. Um die Räumung der Kanäle und Schotterfänge mit dem Unimog-Hochdruckwagen rationeller zu gestalten, wurde ein 4-t-Kipperanhänger angeschafft. Weiters wurden ein Ford-Transit-Bus zum Mannschafts-transport bei Katastrophen- oder bei Nachteinsätzen, ein Personenkraftwagen, Type „Renault R 4“, zur Fahrzeugkontrolle und ein Ford-Transit-Pritschenwagen für Materialtransporte der Hauptwerkstätte gekauft. Die Fahrleistung der Funkwagen betrug ca. 120.000 km, die der Hochdruckwagen ca. 40.000 km. Die neue Hauptwerkstätte Hacking wurde mit Maschinen, wie einer Drehbank, einer Bandsäge, einer Säulenbohrmaschine, einer Schmiede, einer Presse, einem Schweißtisch und Werkbänken, ausgestattet. Außerdem wurde für Pumparbeiten bei Kanalbrechen eine Tauchpumpe mit einer Leistung von 60 l/sec gekauft. Die Abmessungen der Pumpe sind so ausgelegt, daß die Pumpe in einem normalen Einstiegschacht (60/60 cm) verwendet werden kann. Für größere Katastrophenfälle wurde eine Schmutzwasserpumpe mit 330 l/sec Leistung, die bei einem Umbau in einem Hochwasserpumpwerk ausgebaut wurde, auf einen Tieflader montiert. Als Antrieb wird ein 200 PS-Dieselmotor verwendet. Der Aufbau und die Planung des Aggregats wurden in der eigenen Hauptwerkstätte vorgenommen. Weiters wurden in der neuen Hauptwerkstätte noch einige Sonderkonstruktionen für den Kanalbetrieb oder die Kläranlagen angefertigt, wie etwa ein Schlauchturm und ein Schwimmschlamm paddel. Zur Kanalbeleuchtung für den Hauptsammelkanal wurden zwei weitere tragbare 1.200 W-Notstromaggregate gekauft. Weiters wurden ca. 800 m des Alsbachkanals mit einer fixen Beleuchtung ausgestattet.

Im Zulaufkanal zum Kanalhebewerk Autokaderstraße wurden versuchsweise Dreimü-Deo-Geräte der Firma G. Saalman in Herford, Bundesrepublik Deutschland, eingebaut, um die Geruchsbelästigung bei Kanalschächten und Senkgrubenableerschächten zu verhindern. Für Pumpwerke der Magistratsabteilung für Straßenausbau in 19, Kahlenbergdorf, und 21, Siemenstraße, wurde die Planung, Ausschreibung und Bauaufsicht übernommen. Im Pumpwerk Autokaderstraße wurde für einen Gebrechenfall ein Reservemotor aufgestellt, um einen Notbetrieb aufrecht erhalten zu können.

Wegen des vergrößerten Fuhrparks sowie um die in ihren Wohnungen in Bereitschaft stehenden Betriebsangehörigen der Magistratsabteilung für Kanalisation verständigen zu können, wurden zusätzliche Funkgeräte angeschafft und ein Werkstattwagen, ein weiterer Einsatzwagen und 2 Hochdruckwagen mit mobilen Geräten ausgestattet. Außerdem wurden 2 tragbare Geräte und 2 Alarmrufempfänger samt dem nötigen Zubehör gekauft.

Für das Pumpwerk Fännergasse wurde eine tauchbare Abwasserpumpe mit einer Förderleistung von 50 l/sec und einer Arbeitsleistung von 15 PS als Reserve für die sehr störanfällige Sumpfpumpe erworben. Im Pumpwerk Kaisermühlen wurde eine neue Vakuumpumpe mit einer Luftleistung von 95 m³/h und einer Antriebsleistung von 3 PS eingebaut. Weiters wurden Arbeiten im Pumpwerk Stadlau für die Verlängerung des Rechens, für die Montage des Förderbandes sowie für die Herstellung eines Notstromanschlusses durchgeführt. In der Kläranlage Gelbe Heide mußte die durch Rost zerfressene Schlammhebeanlage in den Emscherbrunnen I und II erneuert werden. In der Kläranlage Blumental wurden die beiden Rotationsverdichter der Sandfangbelüftung durch lei-

stungsstärkere ersetzt; die Luftleistung eines Kompressors beträgt nun 500 m³/h, die Antriebsleistung 25 PS. Der Sandsaugwagen wurde auf vollautomatischen Betrieb umgestellt. In den beiden Nachklärbecken wurden je eine zusätzliche Schwimmschlammabsaugvorrichtung mit Mammutpumpe sowie an den Rundräumern zusätzliche Kettenräumer montiert. Weiters wurde im Gerinne zwischen dem Sandfang und dem Belebungsbecken ein Bogenrechen mit 2 Förderbändern und einer Rechengutgrube eingebaut. Schließlich wurde in der Nähe des Sandfanges ein 11 m hoher Schlauchturm errichtet.

Städtische Gartenanlagen

Im Rahmen des sozialen Grünflächenprogramms konnten im Jahre 1970 wieder einige öffentliche Parkanlagen und Erholungsflächen neu hergestellt werden. Beim weiteren Ausbau des Schnellstraßensystems und beim Bau der U-Bahn zerstörte Grünflächen wurden nach Abschluß der Straßenbauarbeiten wieder hergestellt, es konnten aber auch neue Grünanlagen geschaffen werden. Am Gürtel, zwischen der Eichenstraße und der Flurschützstraße, wurden die Anlagen neu gestaltet, am Mariahilfer Gürtel entstand durch den Straßenumbau und die Verlegung der Straßenbahngleise Raum für neue Grünflächen.

Der Prater wurde weiterhin gärtnerisch ausgestaltet, und es wurden auch die Wege und Platzflächen staubfrei gemacht. Ebenfalls im 2. Bezirk wurde der an der Oberen Donaustraße gelegene Wilhelm Kienzl-Park instandgesetzt; die Grünflächen erhielten zum Teil neuen Pflanzenschmuck, und es wurde auch für staubfreie Wege und Platzflächen gesorgt. Im 3. Bezirk, entlang der Erdberger Lände, wurde die Uferböschung des Donaukanals in eine Parkanlage verwandelt und damit ein weiteres Teilstück des Donaukanalufers als Erholungsgebiet der Bevölkerung gestaltet. Auch die am Kardinal Nagl-Platz bereits bestehende Anlage wurde verbessert. Im 4. Bezirk bot sich eine Möglichkeit, in der Schöffergasse eine kleine öffentliche Gartenanlage zu schaffen. Der im 5. Bezirk gelegene St. Johann-Park, mit dessen Umbau im Jahre 1969 begonnen wurde, konnte abschließend gärtnerisch ausgestaltet werden. Auch die im Lichtental, einem Assanierungsgebiet des 9. Bezirks, an Stelle alter Häuser geschaffene Parkanlage konnte nach Abbruch des letzten alten Hauses fertiggestellt werden. Damit wurde eine Auflockerung dieses dicht bebauten Stadtteiles erreicht und eine für die Bevölkerung wertvolle Erholungsmöglichkeit erzielt. Im 10. Bezirk wurde die Ausgestaltung der öffentlichen Gartenanlage in der Per Albin Hansson-Siedlung Ost fortgesetzt und ein Promenadeweg entlang der Eisenbahntrasse angelegt. Die Vorbereitungsarbeiten für die Internationale Gartenschau 1974 wurden mit der Herstellung einer Großgrünanlage in 10, Ober-Laa, begonnen. Auch die Wege und Platzflächen im Waldmüllerpark wurden staubfrei gemacht und die Grünflächen neu ausgeschmückt. Weiters nahmen im 15. Bezirk die Arbeiten zur Anlage einer neuen öffentlichen Gartenfläche zwischen der Dadlergasse und Ölweingasse ihren Anfang, nachdem der Bau der Wege und Platzflächen abgeschlossen worden war. Eine weitere neue öffentliche Gartenanlage wurde im 17. Bezirk, in der Geblergasse, zwischen der Ortliebasse und der Frauengasse, neben dem Bundessportplatz angelegt. Im Währinger Park, im 18. Bezirk, konnten ein Ballspielplatz und eine Schachspielanlage neu hergestellt werden. Im 19. Bezirk, wo ein großer Erholungsraum „Hohe Warte“ gestaltet wird, wurde auch ein Kinderspielzentrum errichtet. Ebenso wurde im Wertheimsteinpark, an der Stelle eines alten, abgebrochenen Hauses, ein Kinderspielplatz angelegt. Die gärtnerische Ausgestaltung des Denglerparks im 21. Bezirk konnte abgeschlossen werden, hingegen wurde an der Parkanlage in der Großfeldsiedlung zu Ende des Jahres 1970 noch gearbeitet. Weiters wurden die Uferböschungen der unteren Alten Donau gemeinsam mit der Magistratsabteilung für Brücken- und Wasserbau ausgestaltet. Schließlich wurden in 23, Liesing, Grünflächen bei den neuen Wohnhausbauten in der Rudolf Zeller-Gasse angelegt.

Neben diesen meist größeren gartentechnischen Arbeiten ergab sich mehrfach die Möglichkeit, kleinere Grünflächen innerhalb des Stadtgebietes, vor allem in Verbindung mit Straßenneubauten, anzulegen. Es wurden auch wieder die Ränder mehrerer Straßenzüge Wiens mit Bäumen bepflanzt. Größere Bäume, die anlässlich von Straßennearbeiten entfernt werden mußten, konnten oft an anderer Stelle eingesetzt und dadurch erhalten werden. In mehreren öffentlichen Gartenanlagen wurden die Wege befestigt und staubfrei gemacht, Spielplätze instandgesetzt oder nach modernen psychologischen Erkenntnissen umgestaltet und mit Spielgeräten ausgestattet. Das Ausgestalten der Flächen um und innerhalb der Wohnhausanlagen der Gemeinde Wien zu Wohnhausgartenanlagen erhöht nicht nur den Wohnwert der Wohnungen, sondern es wird damit auch eine sinnvolle und sehr wirksame Ergänzung der öffentlichen Grünflächen geschaffen und ein wesentlicher Beitrag zur Gesunderhaltung der Bevölkerung geleistet. Schließlich wurden noch schadhafte Einfriedungen, Ballfanggitter und Spielgeräte durch neue ersetzt oder ausgebessert. Auf mehreren Plätzen im Stadtgebiet, die gärtnerisch nicht gestaltet werden können, wurden Blumenbehälter aufgestellt.

Insgesamt wurden in den Gartenanlagen und Allen etwa 15.000 Laub- und Nadelbäume, rund 80.000 Sträucher und ca. 10.000 Rosenstöcke ausgepflanzt. Außerdem wurden 769 Gartenbänke, 30 Pensionistentische und 15 Gartentische neu aufgestellt sowie 918 Bänke instandgesetzt und neu gestrichen.

Für den Wettbewerb „Wien im Blumenschmuck“, der die Wiener Bevölkerung anregen soll, ihre Häuser mit Blumen zu schmücken um dadurch das Stadtbild zu verschönern, wurden im Jahre 1970 wieder 100.000 S aufgewendet.

Die Organe des amtlichen Pflanzenschutzdienstes unternahmen im Laufe des Jahres 1970 etwa 30.350 Gartenbegehungen in Klein-, Siedler- und Privatgärten. Außerdem gaben sie den Gartenbesitzern in 258 Vorträgen, darunter 63 Lichtbildvorträgen, bei einer Lehrschau und 5 Tonfilmvorführungen wertvolle Hinweise für die Gartenpflege. Den Dachverbänden der Siedler und Kleingärtner wurden überdies für die Schädlingsbekämpfung-

aktionen, für den Warndienst, für Ausstellungen sowie für den Ankauf von Lehrbehelfen und Schulungsmaterial Zuschüsse aus Bundes- und Landesmitteln gewährt.

Bei der Pflanzeneinfuhrkontrolle auf Wiener Gebiet wurden von den Kontrollorganen des phytosanitären Dienstes 7.104 Sendungen, darunter 3.539 Waggons, 1.441 Lastkraftwagen sowie andere Obst- und Pflanzensendungen, überprüft. Bei der Qualitätsimportkontrolle für Kernobst wurden 1.113 Sendungen beschaut.

Städtische Friedhöfe

Der Wiener Gemeinderat genehmigte mit Beschluß vom 18. Dezember 1970, Pr. Z. 3056/70, die neue Friedhofsordnung der Stadt Wien, die im Amtsblatt „Stadt Wien“ Nr. 2/1971 kundgemacht wurde. Der Zeitpunkt ihres Inkrafttretens wurde mit 1. Jänner 1971 festgesetzt und bestimmt, daß die bisherige, aus dem Jahre 1956 stammende Friedhofsordnung und die Bestattungsordnung für die Feuerhalle der Stadt Wien gleichzeitig ihre Wirksamkeit verlieren. Im Gegensatz zu den bisher geltenden Vorschriften können nunmehr auf Grund der Friedhofsordnung keine behördlichen Verwaltungsakte gesetzt werden. Es wird darin ausschließlich das Rechtsverhältnis zwischen der Stadt Wien und den Benützungsberechtigten von Grabstellen sowie den Gewerbetreibenden geregelt, die auf dem Friedhof tätig werden. Behördliche Verwaltungsakte können in Zukunft nur noch auf Grund der landesgesetzlichen Vorschriften über das Leichen- und Bestattungswesen erfolgen, die vom Wiener Landtag am 16. Oktober 1970 beschlossen und im Landesgesetzblatt für Wien unter Nr. 31/1970 kundgemacht wurden. Eine Präambel zur Friedhofsordnung unterstreicht die Zugehörigkeit des Friedhofswesens zum kulturellen Bereich der Stadt Wien.

In der neuen Friedhofsordnung wurde davon abgesehen, Angaben über die Größe und Tiefe der Gräber zu machen. Soweit Maße aufgenommen worden sind, dienen diese lediglich der Klarstellung, wieviele Leichen beigesetzt werden können, wenn keine Beschränkungen verfügt wurden. An Stelle der Grabstellen mit der Bezeichnung „Gemeinsame Gräber“ wurde ein neuer Begriff, nämlich der des „einfachen Grabes“ aufgenommen, da für die Zukunft nicht mehr daran gedacht ist, gemeinsame Grabstellen (Schachtgräber) vorzusehen, sondern auch Mittellosen individuelle Grabstellen für eine Leiche zu widmen. Der Begriff „eigene Gräber“ in der bisher gültigen Friedhofsordnung widerspricht den Tatsachen, da auch in der neuen Friedhofsordnung für die Zukunft nicht vorgesehen ist, das Eigentum an Gräbern zu vergeben. Es soll wie bisher lediglich ein Benützungsrecht eingeräumt werden, wobei entgegen der bisherigen Regelung ein Rechtsanspruch auf Beibehaltung der Grabstelle dann begründet werden soll, wenn die Grabausstattung im Zeitpunkt der Verlängerung den übernommenen Verpflichtungen entspricht. Auf Grund dieser Erwägungen wurde ein neuer Begriff, nämlich der des „Familiengrabes“, geschaffen.

Neu geregelt wurde weiters die Aufstellung von Grabgedenkzeichen, wobei die Größen dieser Gedenkzeichen für die einzelnen Arten von Grabstellen jeweils einer Beschränkung unterworfen wurden. Bei der Formulierung dieser Bestimmungen wurde davon ausgegangen, daß nur jene Gedenkzeichen zulässig sind, die dem örtlichen Friedhofsbild entsprechen, wobei erstmals hinsichtlich der Größe auch der Begriff der Sichtfläche geschaffen wurde. Über die maximal zugelassenen Höhen-, Breiten- und Sichtflächenausmaße hinausgehende Gedenkzeichen bedürfen der ausdrücklichen Zustimmung der Friedhofsverwaltung. Desgleichen bedürfen Gedenkzeichen der Zustimmung der Friedhofsverwaltung, die aus anderen Materialien als Holz, Metall, Natur- oder Kunststein bestehen. Darüber hinaus dürfen grundsätzlich nur Gedenkzeichen aufgestellt werden, deren Formen und Inschriften der Würde und dem Ernst des Friedhofes entsprechen. Alle diese Bestimmungen sind nicht als Zwang zu verstehen, sondern sollen nur vorkehren, daß durch den Ausdruck der individuellen Pietät nicht der Rahmen der notwendigen Gemeinschaftsfunktion der Friedhöfe gesprengt wird.

Auch der Gebührentarif sowie die Kundmachung über die Benützung der Friedhöfe der Stadt Wien wurden der neuen Friedhofsordnung angepaßt.

Ferner wurden im Jahre 1970 Vorarbeiten geleistet, um im Frühjahr 1971 den Autobusbetrieb auf dem Wiener Zentralfriedhof aufnehmen zu können. Die großen Entfernungen, die auf diesem Friedhof zu vielen Grabstellen zurückzulegen sind, stellen vor allem an ältere oder gebrechliche Friedhofsbesucher sehr große Anforderungen. Diesen Personen soll nun eine Möglichkeit geboten werden, auf bequeme Weise abgelegene Grabstellen zu besuchen. Allerdings müßten sich auch die Fahrpreise in sozial vertretbaren Grenzen halten. Weiters müßte ein Autobus gefunden werden, der von alten Leuten leicht bestiegen und verlassen werden kann und dessen Einsatz keine über das zumutbare Maß hinausgehende Belästigung durch Lärm oder Auspuffgase verursacht. Schließlich wäre die Fahrroute so zu wählen, daß die Entfernung von den Haltestellen zu den jeweils entferntesten Grabstellen nicht mehr als 100 m beträgt.

Weitere Vorarbeiten betrafen die Ausschreibung eines Wettbewerbs für die Erweiterung des Südwestfriedhofes. Die Vorarbeiten wurden im Dezember 1970 abgeschlossen, die Wettbewerbsausschreibung war für Jänner 1971 vorgesehen. Zu diesem Wettbewerb sollen erstmals österreichische Gartenarchitekten herangezogen werden, um Hinweise für eine zeitgemäße Friedhofsgestaltung zu erhalten. Die Befragung der Friedhofsbesucher im Jahre 1969 wurde im Jahre 1970 ausgewertet. Ihre Ergebnisse sollen bei der Friedhofsgestaltung berücksichtigt werden. Der Wettbewerb erfaßt eine Erweiterungsfläche von rund 9 ha; sie war bisher landwirtschaftlich genutzt und weist keinen Baumbestand auf.

Im Jahre 1970 konnten Erweiterungsflächen im Ausmaß von 2.579 m² für den Friedhof Aspern und von 16.985 m² für den Südwestfriedhof erworben werden. Die Flächen wurden bereits eingefriedet.

Im Vergleich zum Jahre 1969 nahm die Zahl der Bestattungen auf städtischen Friedhöfen um 540 zu; im Jahre

1970 wurden insgesamt 28.833 Bestattungen durchgeführt, um 1,9 Prozent mehr als im Vorjahr. Davon waren 24.385 Erdbestattungen und 4.448 Urnenbestattungen. Der Anteil der Urnenbestattungen betrug somit 15,4 Prozent und war damit geringfügig niedriger als im Jahre 1969. Die Erdbestattungen wurden zu 73,5 Prozent als Beilegungen, zu 11,5 Prozent als Neubelegungen heimgefallener Gräber und zu 12,2 Prozent als Neubelegungen auf Erweiterungsflächen vorgenommen. Von den Urnenbestattungen erfolgten 5,8 Prozent in Familiengräbern und 9,6 Prozent in Urnengräbern.

Die Anzahl der Einäscherungen stieg von 4.360 im Jahre 1969 auf 4.667 im Jahre 1970; demnach wurde im Jahre 1970 die Einäscherung öfter als Bestattungsart gewählt als im Vorjahr.

Im Jahre 1970 wurden zum letzten Mal Beerdigungen in Schachtgräbern vorgenommen; es handelte sich hierbei um 810 Beerdigungen. Ihre Zahl war um 41 niedriger als im Vorjahr, ihr Anteil betrug 2,8 Prozent aller Bestattungen.

Gräber mit Deckplatten zu versehen, wurde in 4.147 Fällen bewilligt; die Anzahl dieser Bewilligungen war um 3,4 Prozent höher als im Vorjahr.

97 Graböffnungen wurden von Privatfirmen vorgenommen. Diese Gräber liegen teilweise in felsigem Untergrund und mußten mit schweren Aufbruchwerkzeugen ausgehoben werden.

Der Einbau von Kühlräumen und Kühlanlagen in Leichenhallen wurde fortgesetzt. Derartige Anlagen wurden in den Hallen 1 und 3 des Wiener Zentralfriedhofes sowie in den Friedhöfen Ottakring, Hernals, Hietzing und Mauer eingebaut. Zugleich waren umfangreiche Zu- und Umbauten auszuführen, um eine Modernisierung der Aufbahrungshallen zu ermöglichen. In der Halle 2 des Ottakringer Friedhofes wurde zusätzlich eine hydraulische Sargversenkungsanlage eingebaut. Überdies wurde eine günstigere und auffallendere Situierung von Urnenhainen auf den Erweiterungsflächen einzelner Friedhöfe gewählt, um weiteren Bevölkerungskreisen die Feuerbestattung näher zu bringen.

Ferner wurden im Jahre 1970 neben anderen Arbeiten 5.205 Grabstein- und 4.484 Einfassungsfundamente auf 1.861 Piloten neu hergestellt. Es mußten 215 m Stützmauern und 273 m Einfriedung neu errichtet sowie mehr als 2.850 m Einfriedungen instandgesetzt werden. 5.591 m² neue Straßen und 695 m² Wege wurden gebaut sowie 59.640 m² Straßen und Wege instandgesetzt. Überdies wurden 340 m Wasserleitungsrohre neu verlegt und 415 m wegen Überalterung ausgewechselt. Insgesamt wurden 246 Abfallbehälter und 269 Wasserbottiche neu angefertigt und aufgestellt, wobei nur ein Teil als Ersatz für gebrochene Behälter zur Aufstellung gelangte, die übrigen aber wegen des ständig steigenden Müllanfalls und des zunehmenden Wasserbedarfs gebraucht wurden.

Bei der Erschließung neuer Gräbergruppen wurden 3.690 m Kunststeinfußfassungen mit Fundamenten verlegt und zugleich 1.500 neue Gruppen- und Reihenstände aufgestellt. Weiters wurden, um eine Verwahrlosung der Friedhöfe zu verhindern, von heimgefallenen und verfallenen Gräbern 2.332 Grabgedenke abgetragen und verwahrt. 34 Grüfte und 121 Grabkammern wurden neu errichtet, 14 heimgefallene Grabkammern wurden instandgesetzt. Schließlich wurden noch 5.776 Tagesfuhren Abfälle mit Lastkraftwagen und weitere 175 Tagesfuhren mit Pferdefuhrwerken von den Friedhöfen weggebracht.

Es ist das Bestreben der Stadtverwaltung, die Friedhöfe mehr als bisher in Grünanlagen zu verwandeln. Hiefür wurden ein großer Teil an Arbeitsleistung und bedeutende finanzielle Mittel eingesetzt. So wurden im Jahre 1970 Rasenflächen im Gesamtausmaß von mehr als 2 Millionen Quadratmeter zweimal gemäht und 1.269.000 m² Grabflächen gesäubert. Ferner wurden 5.075 m Hecken gepflanzt, 86.100 m geschnitten und 1.169 m Hecken gerodet. Ebenso wurden 1.064 Bäume gesetzt, 480 Stück ausgelichtet und 65 Bäume gefällt. 10.355 Strauchanpflanzungen standen 300 Strauchrodungen gegenüber. Für neue Beerdigungsflächen wurden 20.000 m² Gelände gerodet und planiert, wobei rund 320 m³ überschüssiges Erdreich weggeführt werden mußte. Es wurden aber auch 143 heimgefallene und 260 verwahrloste Gräber gerodet und für Neubelegungen vorbereitet. In Flachgräbergruppen wurden 11.700 Trittsteinplatten verlegt, 215 m² Gneisplattenwege und 1.650 m² Betonplattenwege neu geschaffen. Dabei wurden in neuen Flachgräbergruppen 2.375 m Kantsteineinfassungen in Betonfundamenten versetzt. 32.000 m² Flächen wurden umgestochen und besämt oder mit Rasenziegeln belegt; vorher wurden 2.036 m³ Humus in die Erde eingebracht. Schließlich wurde auf 381.500 m² Wegeflächen das Unkraut vertilgt.

Für den Friedhofsbetrieb wurden einige Geräte, Maschinen und Fahrzeuge teils zur Arbeiterleichterung, teils um Personal zu sparen, angeschafft. Davon arbeiten mit elektrischem Antrieb 1 Metall-Bandsäge, 1 Vorschubapparat, 1 Pendel-Kreissäge, 1 Winkelbieger, 1 Kantenfräser, 2 Heckenscheren, 2 Schmutzwasserpumpen, 1 Schlagbohrmaschine und 1 Mähmesserschleifergerät, während 1 Überkopf-Schaufellader, 1 Kleinschneesleuder (Schneefräse), 1 Universalschneepflug mit Kehrbesen, Wassersprenger und Schneefräse, 1 Universal-Sprühgerät mit 2 atü Druck, 1 Rasenmäher und 2 Ketten Sägen mit Benzinmotoren angetrieben sind. Weitere angekaufte Geräte waren 1 Greifzug (Seilwinde) und 1 Schweißstisch.

Die Gräber einiger Persönlichkeiten wurden als Ehrengräber in die Obhut der Stadt Wien genommen. Im Wiener Zentralfriedhof waren dies die Gräber von Prof. Marco Frank, Komponist; Universitätsprof. Dr. h. c. Adolf Merkl, Wissenschaftler; Elisabeth Nikowitz-Markus, Schauspielerin; Prof. Dr. Erwin Stransky, Psychiater und Karl Weizmann, Kammerstenograph. Im Urnenhain der Simmeringer Feuerhalle befindet sich nun auch das Grab von Dr. Rudolf Eisler, Philosoph; im Friedhof Dornbach das Grab von Prof. Dr. Leopold Matthias Walzel, Komponist und Musikschriftsteller, im Friedhof Gersthof das Grab von Prof. Gustav Gugitz, Wissenschaftler, im Friedhof Hernals das Grab von Josef Wimmer, Schriftsteller, und im Friedhof Hütteldorf das Grab von Valentin Ritter von Streffleur, dem ehemaligen Befehlshaber der Nationalgarde, in der Obhut der Stadt Wien.

Ehrenhalber auf Friedhofsdauer wurden gewidmet: auf dem Wiener Zentralfriedhof die Gräber von Prof. Rudolf

Felmayer, Schriftsteller; *Josef Fiedler*, Komponist; *Karl Hruska*, Kabarettist; Hochschulprof. *Sergius Pauser*, akad. Maler und *Grete Wiesenthal-Silverskiöld*, Tänzerin.

Die Städtische Friedhofsgärtnerei konnte bei den Aufträgen für Grabschmückungen neuerlich einen Zuwachs von 1,45 Prozent verzeichnen. Die Kundenpreise lagen dabei wie bisher zum Teil wesentlich unter dem ortsüblichen Preisniveau. Dennoch konnten gegenüber dem Jahre 1969 ca. 2 Prozent Mehreinnahmen erzielt werden.

Neben den Grabschmückungen, Kranzgebinden für Kunden und der Beistellung von Pflanzendekorationen für Aufbahrungen wurde die Aufzucht von mehr als 2,811.000 Stück Pflanzen auf 130.000 m² Kulturfläche besorgt. Außerdem wurden die Gehölz- und Pflanzenbestände auf den Friedhöfen und Grabanlagen, etwa 12.000 m² Rasen- und Blumenanlagen, 15.768 Krieger- und Opfergräber, etwa 690 Ehrengräber und 15 Ehrengrabanlagen betreut.

1.100 Pikierkistchen, 124 Kastenspannen und 540 Mistbeetfenster wurden neu gekauft, 1.270 Mistbeetfenster repariert und verglast sowie 80 gestrichen.

Im Hauptbetrieb sowie in den Filialbetrieben auf einzelnen städtischen Friedhöfen waren Erhaltungsarbeiten an den Glashäusern und Betriebsgebäuden durchzuführen. Zusätzlich wurden in der Gärtnerei des Wiener Zentralfriedhofes 4 Mistbeetkästen mit je 30 m Länge errichtet. Im Japan des Friedhofes Südwest wurden Heizungsrohre installiert und eine Stahldachkonstruktion aufgestellt, im Friedhof Ottakring wurden 2 Flugdächer mit 30 m² und 24 m² Dachfläche hergestellt und 2 Glashausdachkonstruktionen montiert. Auf 2 Glashäusern im Friedhof Hernald wurde je eine Stahldachkonstruktion aufgestellt. Außerdem wurde eine Senkgrube neu errichtet. An Geräten und Fahrzeugen wurden angeschafft: 1 Erddämpfanlage, 2 Regenanlagen, 6 elektrische Stromerzeuger 1,5 kW, 3 elektrische Heckenscheren, 4 elektrische Rasenmäher, 1 Rasenmäher mit Benzinmotor, 2 Schlauchwagen, 2 elektrische Rasenpeitschen, 1 Bodenfräse (65 cm) zu einem vorhandenen Grundgerät, 1 vierrädriger Kleintraktor, 1 Bodenfräse und 2 Lastenroller mit Benzinmotorantrieb.

Die Städtische Steinmetzwerkstätte konnte alle Aufträge der Kunden und der Stadtverwaltung zufriedenstellend und in angemessener Frist erfüllen. Eine besondere Aufgabe stellte der Wunsch der Stadtverwaltung dar, auf dem Friedhof Hietzing einen Denkmalhain zu schaffen, in dem bedeutende künstlerisch wertvolle Grabgedenkenzeichen, vorwiegend aus dem Biedermeier, nach ihrer Abtragung neu aufgestellt werden mußten.

1 elektrischer Stromerzeuger mit einer Leistung von 3 kW und eine elektrische Schlagbohrmaschine mußten gekauft und etwa 35 m Gas-Innenleitung für eine Konvektor-Heizung verlegt werden.